

Programm zur Landtags- wahl 2023

Feuer und Flamme
für Hessen.

Freie
Demokraten

Hessen **FDP**

Inhalt

Weltbeste Bildung für alle und jeden für unsere Zukunft	4
Jeder Mensch hat Potenziale	5
Frühkindliche Bildung	5
Schulische Bildung	7
Berufliche Bildung	13
Beste Lehrkräfte der Welt als Garanten für beste Bildung der Welt	14
Vorankommen durch eigene Leistungen	16
Hessens Wirtschaft 4.0: innovativ, kreativ, digital	17
Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main stärken – AMLA ansiedeln und Geldwäsche wirksamer bekämpfen ..	19
Industriestandort Hessen	20
Handwerk	20
Messestandort Hessen zukunftsfit machen	21
Rechenzentren als Herzkammern der digitalen Wirtschaft	21
Update Vergaberecht: umfassend entbürokratisieren und mittelstandsfreundlich gestalten	22
Wirtschaft entfesseln und entbürokratisieren statt ausbremsen	22
Energieversorgung: sicher, bezahlbar und klimafreundlich	23
Mobilität durch Innovation und Digitalisierung beschleunigen und nicht bremsen	25
Politik, die rechnen kann	31
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen – Innen, Gesellschaft und Religion	37
Eine liberale Innenpolitik in einem liberalen Hessen	38
Wertschätzung gegenüber den Landesbediensteten	42
Kommunale Selbstbestimmung stärken statt schwächen	43
Wahlrecht und Bürgerbeteiligung	44
Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten	45
Religionspolitik	45
Chancen durch eine gute Sportpolitik in Hessen	47
Recht	51
Wissenschaft und Hochschulen in Hessen sind Weltspitze	58
Hessen ist Kunst- und Kulturland	65
Kulturpolitik	66
Medienpolitik	68

Gesundheit und Pflege	71
Gesundheitspolitik	72
Pflege	75
Suchtprävention und Suchtbehandlung	76
Soziales und Arbeitsmarkt	78
Für eine moderne Sozialpolitik: Vorankommen durch eigene Leistung	79
Arbeitsmarkt	80
Vielfalt, Integration und Inklusion	83
Hessen als Land der Vielfalt und Akzeptanz	84
Integration	84
Inklusion	86
Umwelt und Klimaschutz	88
Liberale Klimapolitik für Hessen	89
Umweltschutz mit wirtschaftlicher Vernunft	90
Landwirtschaft und ländlicher Raum	95
Komm mit aufs Land!	96
Moderne Landwirtschaft für Hessens Zukunft	97
Wild und Wald nachhaltig bewirtschaften	99
Wohnungsbau	102
Europa	107
Digitalisierung	110

**Weltbeste
Bildung
für alle
und jeden
für unsere
Zukunft**

Jeder Mensch hat Potenziale

In einer sich immer schneller verändernden Welt ist Bildung die wertvollste Ressource, weil sie Menschen befähigt, auch in einer komplexen Umwelt selbstbestimmt ihren Weg zu gehen. Wir Freie Demokraten wollen Hessen an die Spitze der nationalen und internationalen Bildungsrankings bringen. Der Mensch als Individuum steht im Mittelpunkt unseres liberalen Leitbildes. Um dieser Individualität Rechnung zu tragen und ihr Potenzial voll auszuschöpfen, setzen wir auf ein ebenso vielfältiges Bildungssystem und zusätzliche individuelle Förderung. Bildungspolitik darf sich ausschließlich an den Bedürfnissen und Talenten jedes Einzelnen orientieren – nicht an Ideologien.

Frühkindliche Bildung

Unsere Kinder sind unsere Zukunft und gerade deshalb ist es notwendig, ihnen von Anfang an die richtige Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen. Wir wollen, dass unsere Kinder mit den frühkindlichen Bildungsangeboten für die Familien und in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Menschen heranwachsen und damit ihres eigenen Glückes Schmied sein können.

Diese Zielsetzungen im Blick, sollen Kindertagesstätten ein Garant für weltbeste frühkindliche Bildung und beziehungsvolle Betreuung werden. Jedes Kind wird frühestmöglich entsprechend seinen Bedürfnissen, Begabungen und Fähigkeiten begleitet, gefördert und unterstützt. Dafür werden wir in diesen Bereich stärker investieren.

Gleiche Chancen von Anfang an

Um Bildungs- und Betreuungsangebote allen Kindern, unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft, zugänglich zu machen, werden wir den Ausbau von Plätzen an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen weiter vorantreiben. Dabei

setzen wir uns für ein breit gefächertes Angebot verschiedener Träger ein.

Besondere Herausforderungen wie steigende Heterogenität und Inklusion müssen bei der Verteilung der finanziellen Ressourcen und dem Betreuungsschlüssel besonders berücksichtigt werden. Die Arbeit multiprofessioneller Teams wollen wir vor diesem Hintergrund verstärken. Die finanziellen Mittel, welche die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen durch Übernahme von zusätzlichen Aufgaben oder die Beteiligung an besonderen Programmen und Projekten benötigen, sollen sie „on top“ erhalten. Die Einbindung von externen Bildungsangeboten ist gewünscht und wird verstärkt gefördert. Oberste Priorität hat für uns die Qualität der Arbeit in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Die Verkleinerung der Gruppen und die damit verbundene Absenkung des Betreuungsschlüssels ist daher unser zentrales Ziel, sobald das vordringliche Ziel der Schließung der Bedarfslücken erfüllt ist.

Wir setzen uns für eine Fortschreibung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans ein und wollen diesen an die aktuellen Herausforderungen und Aufgaben anpassen. Insbesondere die Themen sprachliche Kompetenz, motorische Entwicklung, digitale Bildung, Inklusion und Vielfalt müssen vertieft aufgenommen werden.

Digitale Bildung

Digitale Souveränität ist ein wichtiges Bildungsziel. Ihr Grundstein muss schon in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der frühkindlichen Bildung gelegt werden. Wir wollen daher ein Förderprogramm aufsetzen, mit dem Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Infrastruktur und Ausstattung finanzieren können. Zudem wollen wir das Angebot der Fortbildungen im Bereich der digitalen Bildung ausbauen und einen Atlas „Digitale Kita“ einführen, der das Angebot der digitalen Bildung ebenso wie die digitale Ausstattung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen differenziert erhebt und weitere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Sprachförderung und kindgerechte Schulvorbereitung

Sprachförderung bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn und umfassende ge-

sellschaftliche Teilhabe. Für eine erfolgreiche Sprachförderung braucht es ein Konzept aus einem Guss, welches in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ansetzt und sich über die gesamte Schullaufbahn erstreckt. Daher wollen wir für die Sprachförderung mehr Landesmittel zur Verfügung stellen. Die in den sogenannten Sprach-Kitas aufgebauten Strukturen wollen wir langfristig erhalten und weiter ausbauen.

Gerade mit Blick auf die sprachliche, aber auch die mathematisch-naturwissenschaftliche Entwicklung müssen flächendeckend kindgerechte Angebote zur Sprachentwicklung und im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich installiert werden. Zusätzlich sollen Kindersprach-Screenings und Tests zur Früherkennung von Dyskalkulie frühzeitig durch Fachkräfte durchgeführt werden. So können etwaige Defizite erkannt und spezielle Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Die bisherigen Instrumente zur Schuleignung wollen wir auf Wirksamkeit und Durchführung evaluieren. Es ist zu überprüfen, inwieweit die Ergebnisse der verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen mit einfließen und welche Aussagekraft die Schuleingangsuntersuchung im Vergleich zu den Entwicklungsberichten der Kindertagesstätte und dem Schuleingangstest durch die aufnehmende Schule hat.

Wir treten für den Ausbau des „Qualifizierten Schulvorbereitungsjahrs“ (QSV) ein, setzen aber auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Bereits erfolgreiche Vorschulprogramme von Kindertagesstätten sollen in das QSV integriert werden können.

Öffnung der Kindertagesstätten

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen dem unmittelbaren Umfeld als Bildungs- und Begegnungsort öffnen und so Anlaufpunkt für die Familien vor Ort werden. Zielgerichtete Angebote wie Sprachangebote für Eltern, spezifische Elternabende und Informationsveranstaltungen sollen dazu beitragen, Schwellenängste abzubauen und miteinander in Kontakt zu treten, um eventuelle Startnachteile auszugleichen. Hierzu wollen wir Kooperationen zwischen den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der frühkindlichen Bildung auf der einen sowie Partnern der Jugendhilfe, anderen Bildungseinrichtungen

und sozialen Einrichtungen vor Ort auf der anderen Seite befördern.

Stärkung von Erzieherinnen und Erziehern

Der Fachkräftemangel im Bereich der frühkindlichen Bildung ist eine enorme Herausforderung. Als konkrete Maßnahmen, um den Erzieherberuf attraktiver zu gestalten und mehr Männer in diesen zu integrieren, fordern wir eine flächendeckende Ausbildungsvergütung, die Stärkung der dualen Ausbildung sowie eine Erhöhung des Einstiegsgehalts. Die Ausbildungsinhalte müssen den aktuellen Erkenntnissen der Fachwissenschaften und heutigen Herausforderungen entsprechen. Dazu bedarf es einer regelmäßigen Überprüfung der Lehrpläne und der Ausbildungsgänge. Wir befürworten, dass die Entwicklungsmöglichkeiten durch ein berufsbegleitendes Studium oder durch gezielte Weiterbildungsangebote ausgebaut und angepasst werden.

Flexible Betreuungszeiten

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Betreuungszeiten flexibel an den Bedürfnissen der Familien orientieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Eltern sollen darüber entscheiden können, welche Bildungs- und Betreuungseinrichtung – ob wohnortnah oder in der Nähe zum Arbeitsplatz – ihr Kind besucht. Aus diesem Grund werden wir einen angemessenen Kostenausgleich zwischen Wohngemeinde und Standortgemeinde schaffen.

Kindertagespflege

Die Kinderbetreuung in Hessen wird durch das besonders flexible und familienähnliche Angebot der Kindertagespflege ergänzt, die eine gleichwertige Betreuungsform darstellt. Wir wollen diese individuelle Art der Kinderbetreuung noch zielgenauer dort ansiedeln, wo sie gebraucht wird: in den einzelnen Kommunen. Bedarf und Angebot können dort am besten koordiniert werden und sollten deshalb vor Ort in einer Hand liegen. Die fachliche und persönliche Eignung von Tagespflegepersonen sowie die Feststellung von notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen, Weiter- und Fortbildungen sollen jedoch nach wie vor bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe verbleiben. Digitale Angebote der Fort- und Weiterbildung sollen ausgebaut werden.

Öffnungsklausel im Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) bzgl. der Tagespflege in kommunaler Trägerschaft im Einvernehmen mit dem Jugendhilfeträger

Die Tagespflege ist derzeit bei Landkreisen angesiedelt. Wir wollen überprüfen, ob das HKJGB in Bezug auf die Trägerschaft von Kitas analog auf die Tagespflege angewendet werden kann. Die Gemeinde kann kein bedarfsgerechtes Angebot an Tagespflegeplätzen vorhalten, wenn für deren Organisation der Landkreis zuständig ist. Wir wollen daher die Schaffung einer Regelung prüfen, die im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Möglichkeit eröffnet, dass die Landkreise diese Aufgabe im Einvernehmen mit der Kommune auf diese übertragen können. Dadurch könnten die Kommunen eine Satzung erlassen und dort auch die Bezahlung und die Gebühr regeln, analog zur Kita.

Schulische Bildung

Anspruch auf individuelle Förderung

Um Chancengerechtigkeit an Schulen umzusetzen, braucht es passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur Hochbegabung. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ist die individuelle Förderung jedes Einzelnen. Die Chancen der digitalen Bildung für die individuelle Förderung wollen wir zukünftig stärker nutzen.

Digitalisierung und Schule

Wir setzen uns für ein umfassendes Digitalkonzept in Form einer „Digitalstrategie Schule Hessen“ ein, das die Aspekte der Infrastruktur, der Diagnose- und Vermittlungsmöglichkeiten und der Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals ebenso umfasst wie die Umstellung der Verwaltung und Organisationsstrukturen.

Wir wollen alle hessischen Bildungseinrichtungen mit modernster Technologie ausstatten und die Einrichtungen untereinander sowie mit der Außenwelt vernetzen, denn erfolgreiche digitale Bildung erfordert sichere digitale Lernräume. Hierzu zählen

zunächst eine flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit WLAN mit einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung sowie eine moderne und sichere Hard- und Softwareausstattung, die vorrangig auf Open-Source-Lösungen setzt, sofern diese qualitativ mit proprietären Lösungen konkurrieren kann. Die Schulträger unterstützen die Schulen bei der Auswahl von Hard- und Softwareausstattung, beispielsweise durch kompetente Beratung und modulare Angebote. Hinzu kommen die Einrichtung und der Betrieb von Lernplattformen mit authentifiziertem Zugang sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Lernenden. Alle Schüler sollen zukünftig statt mit Schulbüchern nur noch mit einem Tablet zur Schule gehen können.

Da Schulen ihre eigenen Bedürfnisse am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können. Für dessen Verwaltung und Nutzung sollen dabei Personen mit pädagogischen und technischen Kenntnissen eingesetzt und hierzu ein spezielles Fachkräfteprogramm aufgesetzt werden.

Medienbildung in der Schule ist notwendig und umfassend zu verstehen und beinhaltet unter anderem Anwenderwissen, Technikverständnis, kritische Reflexion und Medienschutz. Dazu gehört für uns auch die Verankerung von Medienkompetenz-Trainings für die Schülerinnen und Schüler. Bildungsstandards und Vorgaben der Kerncurricula müssen bezüglich des Erwerbs von Wissen und Kompetenzen modernisiert und mit Blick auf die digitale Bildung regelmäßig überarbeitet werden. Bei dem Einsatz digitaler Medien müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, die technologische und pädagogische Aspekte gleichermaßen berücksichtigen und die Zulassung transparent, unbürokratisch und in angemessener Zeit möglich machen. Wir prüfen dabei, inwieweit digitale Anwendungen über eine „white list“ den Schulen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden können. Digitale Bildungsangebote müssen zudem fester Bestandteil der Lehrerbildung sein, sodass die Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Medien befähigt und unterstützt werden.

Cybermobbing und Cybergrooming erfordern ausreichend Sensibilisierung sowie Aufklärungs- und Informationsangebote für Kinder und Jugendliche, Lehrkräfte und pädagogisches Personal sowie

Eltern. Präventionsangebote sollen in Kooperation von Bildungsträgern, Medienzentren und Unternehmen ausgeweitet werden. Die Anzahl der Jugendmedienschutzbeauftragten und Medienberater muss erhöht werden.

Verpflichtender Informatik-Unterricht an Hessens Schulen

Wir wollen bis zum Ende der nächsten Wahlperiode flächendeckend ein Angebot für einen verpflichtenden Informatik-Unterricht in der Sekundarstufe I schaffen. Für Schülerinnen und Schüler muss die Funktionsweise und das Verständnis der Entwicklung digitaler Anwendungen genauso selbstverständlich sein wie deren Nutzung.

Digitalisierung schafft neue Chancen in der Pädagogik

Der Einsatz neuer Technologien hat das Potenzial, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten. Besondere Chancen bieten hierbei KI-gestützte Anwendungen, deren Einsatz wir mit einem speziellen Einsatzrahmen, der Einrichtung von KI-Innovationsschulen und einem Pool KI-gestützter Anwendungen fördern wollen.

Auch die Lernorte müssen den neuen pädagogischen und didaktischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Land und Schulträger sollen Schulen daher gemeinsam dabei unterstützen, offene Lehr-Lern-Arrangements („open space arrangements“) umzusetzen.

Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlasten

Eine moderne Bildungspolitik kann es nicht verantworten, dass wertvolle Zeit, die für den Unterricht eingesetzt werden kann, für Bürokratie verschwendet wird. Wir streben eine Entbürokratisierung durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten an, um unsere Schulleitungen und Lehrkräfte zu entlasten. Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften gehören auf den Prüfstand. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Durch zentralen Service, z. B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, deren Verwaltung ebenfalls

zentral erfolgt und die von den Schulen nur noch nachzufragen sind, sind die Schulen zu entlasten.

Wir wollen die Zahl der Sekretariats- und Assistentenstellen erhöhen. Hierzu sollen auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Schulverwaltungsassistenten und Sekretariatskräfte sollen verstärkt organisatorische Aufgaben und Verwaltungstätigkeiten übernehmen und damit Lehrkräfte entlasten.

Selbstständige Schule

Schulen benötigen mehr Selbstständigkeit, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich individuell zu fördern. Studien zeigen, dass Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit bessere schulische Leistungen erzielen. Wir wollen die selbstständigen Schulen weiter ausbauen und alle Schulen intensiv dabei unterstützen, zu einer selbstständigen Schule zu werden. Die Evaluierungen der selbstständigen Schulen sollen genutzt werden, um das Programm Selbstständige Schule für noch mehr Flexibilität weiterzuentwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so gestalten können, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht und zum sozialen Umfeld der Schule passt. Wir wollen daher, dass die Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Personalhoheit den Schulen im vorgenannten Rahmen übertragen werden. Eine Unterscheidung der Selbstständigkeit in pädagogische und finanzielle Aspekte halten wir für nicht zielführend.

Für diese zusätzlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten müssen die Schulen auch entsprechende Verwaltungsressourcen erhalten. Ein Vorbild hierfür können die Deutschen Schulen im Ausland mit einer Verwaltungs- und einer Pädagogischen Leitung sein.

Gute Lehrkräfteversorgung sicherstellen

Qualität kann nur mit genügend qualifiziertem Personal und den notwendigen Ressourcen gewährleistet werden. Dabei ist es für uns zunächst essenziell, die Grundunterrichtsversorgung sicherzustellen. Zugleich müssen auch Reserven für

Krankheit, Fortbildung, schulische Veranstaltungen und Profilbildungen gewährleistet sein. Darüber hinaus übernehmen die Schulen mittlerweile zahlreiche Aufgaben, die in der Zuweisung angemessen abgebildet sein müssen – so beispielsweise im Bereich Ganztage, Inklusion und Integration. Die aktuelle Personalzuweisung wollen wir bedarfsgerecht optimieren.

Der Mangel an Lehrkräften wird in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen sein. Wir setzen uns ein für entsprechende Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, angemessene Verdienst-, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fordern, dem Lehrkräftemangel mit einer laufend aktualisierten und transparenten Bedarfsplanung sowie einer Anpassung des Einstellungsprozesses zu begegnen. Wir brauchen qualitätsvolle Fortbildungsaktivitäten für Lehrkräfte und Führungspersonal, dies muss auch prozessbegleitend für die Herausforderungen an den Schulen möglich sein.

Darüber hinaus braucht es eine breite Fachkräfteoffensive, insbesondere zur Anwerbung von Grund- und Förderschullehrkräften und für viele Bereiche der beruflichen Bildung – hier sowohl Fachtheorie- wie auch Fachpraxislehrkräfte. Zusätzlich setzen wir auf die Gewinnung von Quer- und Seiteneinsteigern in Vollzeit und berufsbegleitend. Neben der Sicherung der Qualitätsstandards setzen wir auf Information und Transparenz für diejenigen, die über einen Quer- oder Seiteneinstieg den Beruf der Lehrkraft anstreben.

Multiprofessionelle Teams

Die Zusammenarbeit mit anderen pädagogischen Fachkräften, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, aber auch die Kooperation mit Jugendhilfeträgern und außerschulischen Partnern muss ausgebaut und intensiviert werden.

Wir fordern den Ausbau der Schulsozialarbeit. Dabei müssen die verschiedenen Angebote sinnvoll verzahnt werden. Die Einbindung der Schulsozialarbeit in eine landesgesetzliche Regelung wollen wir prüfen. Vor dem Hintergrund einer starken gesundheitlichen Belastung von Schülerinnen und Schülern wollen wir die Arbeit von Schulgesundheitsassistenten verstärken.

Die Einrichtung von Familienzentren an Grundschulen sehen wir als Chance für eine Bildungspartnerschaft zwischen dem schulischen und dem familiären Kontext.

Inklusion

Wir stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Dafür müssen die notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ziel eines inklusiven Schulsystems ist dabei immer die individuelle Förderung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderschulen sollen erhalten bleiben, wenn Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteilwird. Für Förderschulen wie für die inklusive Beschulung gilt: Die bedarfsgerechte Zuweisung von Förderstunden muss sichergestellt sein. Die Durchlässigkeit zwischen Förderschulen und Regelschulen ist zentral, um eine möglichst gute individuelle Förderung zu ermöglichen.

Die Kapazitäten der Beratungszentren sollten erhöht werden. Den Wissenstransfer zwischen allen beteiligten Institutionen wie etwa Schulen, Beratungs- und Förderzentren, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen wollen wir weiter stärken.

MINT-Förderung ausbauen und stärken

Wir werden an mehr Schulen in Hessen einen grundlegenden Schwerpunkt der MINT-Förderung legen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die MINT-Profile an Schulen deutlich geschärft werden. Dabei wollen wir alle Schulformen und Altersstufen erfassen und Einstiege mit niedrigschwelligem Angeboten erleichtern.

Zentral für den Erfolg der MINT-Förderung ist die Verknüpfung mit außerschulischen Lernorten. Es ist notwendig: MINT-Vernetzungen weiterzuknüpfen, außerschulische Initiativen einzubinden und Hochschulen als Standorte für Forschungszentren zur Unterstützung zu nutzen. Hierbei unterstützen

MINT-Ferienangebote und regionale Schülerforschungszentren. Gemeinnützige Initiativen wie „Future Space“ wollen wir in Hessen ausbauen und langfristig verankern. MINT-Ferienangebote sollen für möglichst viele Altersgruppen angeboten werden.

Wir werden verstärkt Schülerinnen und Schüler ermutigen und unterstützen, an nationalen und internationalen Wettbewerben sowie MINT-Olympiaden teilzunehmen. Parallel soll die Betreuungsleistung der Lehrkräfte für die Teilnahme an Wettbewerben besser gewürdigt und anerkannt werden.

Auch im Bereich der Berufsorientierung müssen alle Maßnahmen verstärkt werden, frühzeitig in Kontakt mit MINT-Berufen zu treten. Hierzu kann die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Universitäten ausgebaut und die Erfahrungswelt junger Menschen um das Berufsfeld MINT erweitert werden. Gemeinsame Projektstage, Ferienangebote und Unternehmensbesuche können hierbei unterstützen.

Wirtschafts- und Finanzkompetenz

Kompetenzen über Wirtschaft und Finanzen sind für eine gesellschaftliche Teilhabe von grundlegender Bedeutung. Dies gilt ausdrücklich für sämtliche Schulformen. Die Ergänzung des Hessischen Schulgesetzes um Finanzbildung und Verbraucherschutz als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben muss dafür mit Leben gefüllt werden. Dazu bedarf es insbesondere einer Verknüpfung mit der „Strategie finanzielle Bildung“ der Bundesregierung.

Dazu fordern wir insbesondere, die Themengebiete Wirtschaft und Finanzen im Fach PoWi zu stärken. Hierzu müssen die Kerncurricula (Lehrpläne) überarbeitet und angepasst werden. Wir fordern die Einrichtung eines wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhls und wollen es Schulen ermöglichen, in allen Stufen Politik und Wirtschaft gleichberechtigt getrennt zu unterrichten.

Wir werden das Thema „Finanzielle Bildung“ im Übrigen konzertiert angehen, die Verantwortung hierfür klar bei einem Fachreferat im Hessischen Kultusministerium verorten und – in Abstimmung mit der Entwicklung einer „Nationalen Strategie finanzielle Bildung“ auf Bundesebene – Maßnahmen

entwickeln, die geeignet sind, Schülerinnen und Schülern den Erwerb von Wirtschafts- und Finanzkompetenz zu ermöglichen.

Sexualkundeunterricht und kostenlose Menstruationshygieneprodukte

Wir stehen für einen modernen Sexualkundeunterricht, der Themen wie sexuelle Vielfalt sowie Menstruation und Menstruationshygiene umfassend und angemessen aufgreift und die Expertise außerschulischer Partner miteinbezieht. Bei der Bereitstellung kostenloser Menstruationshygieneprodukte in Bildungseinrichtungen sollte das Land mit den Schulträgern zusammenarbeiten. Hierfür wollen wir ein spezielles Landesprogramm auflegen.

Sport- und Schwimmunterricht

Die von der Kultusministerkonferenz vorgesehenen drei Wochenstunden Sportunterricht müssen als Mindeststandards in allen Schulformen und Schulstufen sichergestellt werden. Dies erfordert u. a. die Bereitstellung und Finanzierung von ausreichend Stellen für akademisch ausgebildete Sportlehrerinnen und Sportlehrer. Zusätzlich sollte eine tägliche Sport- oder Bewegungsstunde insbesondere in Grundschulen und den Ganztagschulen realisiert werden. Fachfremde Vertretungsstunden oder Angebote durch nicht ausgebildete Sportlehrkräfte sind für uns nicht akzeptabel. Der Schwimmunterricht ist und bleibt für uns ein wichtiger Bestandteil des Sportunterrichts; jedes Kind muss die Möglichkeit bekommen, sicher schwimmen zu lernen.

Die Kooperation von Schulen und Vereinen gerade im Nachmittagsbereich wollen wir anregen und fördern. Der Vielfalt des Sports ist im Übrigen auch baulich durch entsprechende vielfältig einsetzbare Sportmöglichkeiten an Schulen Rechnung zu tragen. Zur Sicherstellung des Schwimmunterrichts werden wir uns dafür einsetzen, Frei- und Hallenbäder bei einer Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs angemessen zu berücksichtigen.

Musische Fächer

Die Abdeckung der Stundentafel im musisch-kulturellen Bereich muss gewährleistet werden. Die Ein-

führung des Fachs Darstellendes Spiel in weiteren Jahrgangsstufen wollen wir prüfen.

Förderung von Hochbegabung

Zur Förderung von Hochbegabung wollen wir ein abgestimmtes Konzept erstellen, welches auf den Säulen Beratung, frühzeitiger Begleitung und individueller Unterstützung basiert. Die Nichterkennung einer Hochbegabung darf nicht zum Scheitern einer Schullaufbahn führen. Hier ist eine frühzeitige Diagnose eine unverzichtbare Voraussetzung. Das „Gütesiegel-Hochbegabung-Programm“ ist ein Baustein, um die integrative Hochbegabtenförderung zu verstetigen und auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm unabhängig wissenschaftlich evaluiert und weiterentwickelt und mit der Bund-Länder-Initiative „Leistung macht Schule“ sinnvoll verknüpft wird.

Von besonderer Bedeutung ist die begabungsdagnostische Beratungsstelle BRAIN, die wir in ihrer Arbeit weiter unterstützen wollen. Die Zusammenarbeit mit externen Bildungsträgern, wie etwa Bildungsstiftungen, wollen wir intensivieren. Die Schulen müssen stärker bei der Beteiligung an Schülerwettbewerben unterstützt werden, um die flächendeckende Begabungsförderung in Hessen auszubauen und zu vertiefen. Besondere Erkenntnisse aus der Arbeit der Internatsschule Schloss Hansenberg können dabei ergänzend unterstützen.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte muss verstärkt das diagnostische Handwerkszeug vermittelt werden, um Hochbegabung festzustellen, den Einzelnen in eine Förderstrategie einzubeziehen und zu unterstützen. Den Erwerb von Zusatzqualifikationen, wie z. B. dem ECHA-Zertifikat im Vorschulbereich, gilt es ausdrücklich zu fördern.

Sprachförderung, Mehrsprachigkeit und Vorlaufkurse

Sprachförderung muss in der frühkindlichen Bildung beginnen und an den Schulen Fortsetzung finden. Vorlaufkurse sind hiervon ein wichtiger Bestandteil, müssen jedoch durch Maßnahmen der alltagsintegrierten Sprachförderung ergänzt werden.

Mehrsprachigkeit verstehen wir als Ressource, die es zu fördern gilt. Zugewanderte Schülerinnen und Schüler bringen ihre Herkunftssprache als Kompetenz mit. Diese Kompetenz wird insbesondere durch den herkunftssprachlichen Unterricht gestärkt. Die weitere Förderung und Ausweitung des herkunftssprachlichen Unterrichts halten wir daher für sinnvoll, wollen aber prüfen, wie dieser zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann. Die Erweiterung des Fremdsprachenkatalogs um wichtige Herkunftssprachen wie Türkisch und Griechisch wollen wir prüfen.

Integration von Geflüchteten sowie Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern in die Bildungslandschaft

Die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen wird gelingen, wenn an den Schulen eine kontinuierliche, langanhaltende und nachhaltige Deutschförderung realisiert wird. Wir fordern, die Altersgrenze für die Teilnahme an den Intensivfördermaßnahmen über das 18. Lebensjahr hinaus bis zum 21. Lebensjahr anzuheben und sprechen uns gegen eine weitere Absenkung von Standards wie Veränderungen der Höchstgrenze der Schülerzahlen in Intensivklassen aus. Der Alphabetisierung muss unabhängig von den gesonderten Kursen mehr Raum gegeben werden.

Auch im Rahmen der dualen Ausbildung müssen ergänzende Maßnahmen getroffen werden, um den Seiteneinstieg zu ermöglichen und die Chance zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu bieten.

Schulabschlüsse sicherstellen und Abbrecherquote senken

Ein erfolgreicher Schulabschluss ist eine zentrale Grundlage für eine gesellschaftliche und berufliche Teilhabe junger Menschen. Es ist deshalb sinnvoll, die Programme fortzusetzen, die das Ziel haben, schulabbruchsgefährdete und abschlussgefährdete Jugendliche zu einem Hauptschulabschluss zu führen. Zentral dabei ist, dass mit einer Stärkung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung den Jugendlichen der Übergang von der Schule in den Beruf möglichst reibungsfrei gelingen kann.

Gleichzeitig müssen aber auch Maßnahmen entwickelt und Netzwerke aufgebaut werden, um Schul-

vermeidung und Schulverweigerung frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Einheitliche Ansprechpartner, die Lehrerinnen und Lehrer sowie betroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien unterstützen, sowie ein gesetzlich geregelter Daten- und Informationsaustausch staatlicher und kommunaler Stellen können präventiv wirken und sollen künftig verstärkt zur Verfügung stehen.

Psychische Auffälligkeiten und Störungen haben bei Kindern und Jugendlichen während der Pandemie und durch den Krieg in der Ukraine deutlich zugenommen. Verhaltensauffälligkeiten und Störungen verhindern, dass sich die jungen Menschen ihren Möglichkeiten entsprechend entwickeln, und in vielen Fällen lösen Verhaltensstörungen erhebliche soziale Konflikte aus. Wichtig ist, das Auftreten einzelner Symptome nicht mit einer psychischen Erkrankung gleichzusetzen, dennoch sollten diese Anzeichen stets ernst genommen werden. Die Nachfrage nach Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche bei Psychologen, Psychotherapeuten und psychotherapeutischen Kliniken ist deutlich angestiegen. Eltern fühlen sich häufig alleingelassen und hilflos. Deshalb fordern wir eine landesweite Kommunikationsstrategie, die bei auftretenden psychischen Notsituationen schnelle Orientierung bietet, direkte Hilfsangebote aufzeigt und nutzbar macht. Hierzu gehört auch eine verständliche Prozessbeschreibung für den Ablauf und die Inanspruchnahme von schulinternen und externen Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Fortbildungsangebote für Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen, Erzieher und weiteres an Schule eingesetztes pädagogisches Personal sind einzurichten.

Wahlfreiheit der Schule und Schulform

Schulwahlfreiheit und Schulvielfalt werden uns auch in Zukunft begleiten. Gleichwohl wollen wir es ermöglichen, dass die Schulen bei der Auswahl bis zu 25 Prozent der Plätze auch nach Eignung vergeben dürfen.

Wir wollen für alle Schulen die optimalen Bedingungen schaffen, Besonderheiten berücksichtigen und Wettbewerbs- beziehungsweise Standortnachteile beseitigen. Der Sozialindex soll auch in Zukunft dazu beitragen, dass Schulen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, zusätzliche Ressourcen bekommen.

Wir fordern die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen. Es soll die Schule ausgewählt werden können, die den Neigungen und Begabungen des Kindes am besten entspricht und deren Unterrichts- und Betreuungsangebot auf die jeweilige familiäre Situation Rücksicht nimmt. Vorrangig muss jede Grundschule die Kinder ihres Wohngebietes aufnehmen. Wenn noch Plätze frei sind, können auch Kinder aus anderen Ortsteilen aufgenommen werden.

In Zeiten des demografischen Wandels sollen Schulverbünde und Verbundschulen dazu beitragen, Schulstandorte zu erhalten und die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten. Wir wollen, dass Schulen die Möglichkeit erhalten, jahrgangübergreifenden Unterricht anzubieten und die dafür notwendigen Stellen zu bekommen.

Freie Leistungskurswahl

Neue Möglichkeiten wie schulübergreifender Unterricht eröffnen auch neue Chancen, alle individuellen Optionen unseres Schulsystems zu nutzen. Wir möchten diese Chance nutzen und den Schülerinnen und Schülern die freie Wahl ihrer Leistungskurse ermöglichen.

Offensive für Grundschulen

Wir fordern eine „Offensive für die Grundschule“, denn in der Grundschule wird die Basis für den späteren schulischen Erfolg gelegt. Dringend erforderlich sind ein Maßnahmenprogramm zur Anwerbung von Grundschullehrkräften und die Ausweitung eines Entlastungs- und Unterstützungsangebotes. Hierzu gehört unter anderem die Prüfung der Anpassung des Klassenteilers.

Wir sprechen uns für die Stärkung des Grundschullehrerstudiums aus. Wir wollen die Regelstudienzeit für das Grundschullehramt auf zumindest neun Semester erhöhen, auch um Promotionsmöglichkeiten für die Studierenden zu schaffen, sowie die Eingruppierung nach A13 schneller umsetzen. Eine Erhöhung der Regelstudienzeit wollen wir auch für das Haupt- und Realschullehramt umsetzen.

Ganztagsangebote und Ganztagschulen

Wir wollen den flächendeckend bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbau von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen fortführen und stehen hinter dem auf Bundesebene gesetzten Ziel, ab 2026 den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung zu gewährleisten.

Grundlage für den Rechtsanspruch sind qualitativ hochwertige Angebote, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien gerecht werden. Alle Betreuungs- und Bildungsangebote brauchen ein klares pädagogisches Konzept und ausreichend Fachpersonal für die Umsetzung.

Qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung erhöht die Chancengerechtigkeit. Durch qualifizierte Hausaufgabenbetreuung können mangelnde Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig abgemildert und sportliche, musische und künstlerische Aktivitäten ausgeübt werden. Durch die Öffnung der Schulen und die Kooperation mit Verbänden, Vereinen, Organisationen und außerschulischen Lernorten können die Bildungs- und Betreuungsangebote besser aufeinander abgestimmt und Kinder besser gefördert werden.

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Ersatzschulen, die häufig neue Impulse in der Pädagogik setzen, sind ein unerlässlicher und wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems. Wir sehen sie als Bereicherung und setzen uns dafür ein, dass Benachteiligungen in der Verwaltungspraxis, zum Beispiel beim Zugang zu qualifizierenden Weiterbildungen, beseitigt werden. Die Finanzierung von Ersatzschulen muss langfristig gesichert sein.

Berufliche Bildung

Wir setzen uns für eine berufliche Bildung ein, die den Strukturwandel unterstützt, individuelle Entwicklung und Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft sichert, Qualifizierungspotenziale erschließt und fördert. Berufsbildungsphasen sind durchlässig. Berufliche Schulen vermitteln neben beruflicher Orientierung und Berufsausbildung auch die allgemeinen Schulabschlüsse vom Hauptschulab-

schluss bis zum Abitur, teilweise auch ausbildungs- bzw. berufsbegleitend.

Berufsorientierung in allen Schularten nachhaltig stärken

In allen Bildungsgängen muss die Berufsorientierung und -beratung intensiviert werden, damit die Quote derer, die eine Ausbildung bzw. ein Studium abbrechen, möglichst gering ist. Sie ist praxisorientiert und in Kooperation mit außerschulischen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung zu gestalten und fest in der schulischen Biografie zu verankern. Berufsorientierung und -beratung muss rechtzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen. Eine Vernetzung der allgemeinbildenden mit den beruflichen Schulen ist in diesem Zusammenhang anzustreben.

Um mehr Einblicke ins Berufsleben zu ermöglichen, wollen wir die Anzahl der Praktika erhöhen und insbesondere freiwillige Zusatzpraktika z. B. zwischen Notenschluss und Schuljahresende erleichtern.

Da immer mehr Eltern höhere Bildungsabschlüsse für ihre Kinder anstreben, sind diese frühzeitig einzubeziehen und auf die Anschlussmöglichkeiten hinzuweisen. Dabei soll die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher (Aus-)Bildung betont werden.

Wir unterstützen eine Stärkung der Willkommenskultur, der internationalen Kompetenz, der Sprachkompetenz und der Diversity in Betrieben und Schulen. Daneben benötigen wir sichere Erkenntnisse, wie gleichwertige Lebensverhältnisse durch Maßnahmen der Berufsbildung entwickelt werden können. Dazu sind Forschungsprojekte zu initiieren und deren Empfehlungen umzusetzen.

Duale Ausbildung ist Weltklasse

Es geht darum, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen, um als Handwerker, Techniker, Dienstleister oder Händler zur Belebung der Städte und der ländlichen Regionen beizutragen. Duale Ausbildung und die höhere berufliche Bildung mit Techniker- und Meisterabschlüssen bieten mehr denn je Karrierechancen.

Aufgrund der Besonderheit von beruflichen Schulen sollten sie einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung erhalten.

Erstrebenswert ist ein dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige gering zu halten. Gleichwohl müssen alternativ zum herkömmlichen Präsenzunterricht auch Unterrichtsformen wie Teilpräsenz oder Online-Unterricht angeboten werden, um Standorte in der Fläche zu sichern. Folglich gelten die Anforderungen zur Digitalisierung des Schulbetriebs gleichermaßen.

Wir wollen die regionale Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte stärken und deshalb die Fachklassen des dualen Systems insbesondere im ländlichen Raum erhalten. Standortsicherung und Erhalt von beruflicher Bildung in der Fläche ist Wirtschaftsförderung vor Ort. Berufsbildung verknüpft das Bildungs- und Wirtschaftssystem konkret vor Ort in den Regionen. Die kommunale Bildungsinfrastruktur trägt maßgeblich zur Attraktivität der Region bei. Der Erhalt eines flächendeckenden beruflichen Bildungsangebots in der und für die Region ist daher zwingend, notfalls mit zusätzlichen Ressourcen zu unterstützen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die regionale Wirtschaftsstruktur zu erhalten.

Der Erhalt der Berufsschulstandorte und die damit verbundene betriebs- und wohnortnahe Beschulung bedingen eine Neuausrichtung des Standortkonzeptes, das im Kultusministerium zurzeit unter dem Titel „zukunftsfähige Berufsschule“ bearbeitet wird. Wir Liberalen wollen die beruflichen Schulen durch Erweiterung ihrer Handlungskompetenzen als Kooperations- und Kommunikationspartner der Betriebe in der Region und als Teil eines Netzwerks zwischen einzelnen Schulstandorten etablieren.

Berufliche Gymnasien sollen stärker als Alternative zum grundständigen Gymnasium anerkannt und gefördert werden, zumal am Ende alle Absolventinnen und Absolventen eine allgemeine Hochschulreife erlangen.

Für alle die Jugendlichen, die noch nicht die Anforderungen zur Aufnahme einer Ausbildung erfüllen oder keinen Ausbildungsplatz finden, müssen zur Festigung der Berufsfindung und besonders auch zur Weiterqualifizierung Angebote an beruflichen

Schulen gewährleistet werden. Dabei sind die regionalen Unterschiede innerhalb Hessens besonders zu berücksichtigen. Besondere regionale Angebote, auch vollschulische Angebote, müssen erhalten bleiben. Neben dem beruflichen Abschluss muss es im Sinne des lebenslangen Lernens möglich sein, sich weiter zu qualifizieren. Jugendliche in beruflichen Schulen müssen die Möglichkeit haben, sich im allgemeinbildenden Bereich weiter zu qualifizieren, also höhere allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erwerben. Dies soll auch im Bereich der dualen Berufsausbildung verstärkt gefördert werden, denn es erhöht die Attraktivität dieses Bildungsweges für junge Menschen zusätzlich.

Beste Lehrkräfte der Welt als Garanten für beste Bildung der Welt

Beste Lehrkräfteausbildung als Fundament

Lehrkräfte verdienen unsere Anerkennung und Wertschätzung! Ihr professionelles Handeln führt wesentlich zum Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern.

Wir betrachten das Studium, den Vorbereitungsdienst und die Fortbildung als miteinander verbundene Elemente eines berufsbiografischen Entwicklungsprozesses in ständiger Reflexion von Theorie und Praxis. Hieraus erwächst für uns der Auftrag, der Lehrerbildung insgesamt einen höheren Stellenwert in Lehre und Forschung einzuräumen, aber auch den angehenden Lehrkräften Raum zu bieten, ihre Identität zu finden, ihre Rolle zu definieren und auszugestalten. Dabei ist die Option der Studierenden für einen problemlosen Standortwechsel innerhalb Deutschlands und innerhalb des europäischen Auslands offenzuhalten und das erworbene Lehramt als Studienabschluss entsprechend anzuerkennen.

Beste Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Um Akzeptanz und Wirksamkeit zu erzielen, ist für uns eine Beteiligung der Lehrkräfte bei der Auswahl, der Gestaltung und der Durchführung der Professionalisierungsmaßnahmen zielführend. Schulinterne Fortbildung und Fortbildungsangebote von Externen zur Begleitung der Schule ergänzen das staatliche Angebot.

Wir fordern einen Fortbildungsbeauftragten oder eine Fortbildungsbeauftragte an jeder Schule zur Ermittlung der schulinternen Bedarfe, zur Koordination von Angebot und Nachfrage, zur Gestaltung schulinterner Fortbildungsmaßnahmen, schulbegleitender Fortbildung mit externer Fachkompetenz sowie Integration von Fortbildungsmaßnahmen des HKM. Daneben ist die Entwicklung und stetige Aktualisierung eines schulinternen Fortbildungsplans mit dem Ziel, aktuell auf Schulentwicklungsprozesse reagieren zu können und damit eine lebendige Fortbildungskultur zu etablieren, ein wichtiger Faktor. Digitale und hybride Formate der Lehreraus- und -fortbildung sind kontinuierlich auszubauen, um eine Teilnahme zeitsparend an verschiedenen Orten zu ermöglichen.

Die Anzahl der Schulberaterinnen und Schulberater sowie Fortbildnerinnen und Fortbildner muss dem Bedarf angepasst werden. Um Fortbildungen privater Anbieter bedarfsgerecht nutzen zu können, müssen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen, dass entsprechend dem Wunsch vieler Lehrerinnen und Lehrer künftig verstärkt Fortbildungsangebote in der unterrichtsfreien Zeit erfolgen, damit diese nicht gezwungen werden, sich zwischen Fortbildung und Unterrichtsausfall zu entscheiden. Um die Bereitschaft der Lehrkräfte, an Fortbildungen teilzunehmen, weiter zu steigern, sollen besondere Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen werden. Grundlage hierfür ist das fortlaufende Portfolio und die hier hinterlegten Schwerpunktsetzungen der Lehrkräfte.

Künstliche Lehrerarbeitslosigkeit vermeiden

Wir setzen uns dafür ein, die hessische „Sommerferienlehrerarbeitslosigkeit“ zu beenden und befristete Anstellungsverträge über die Sommerferien aufrechtzuerhalten, wenn eine Weiterbeschäftigung

beabsichtigt ist. Wir wollen prüfen, inwieweit die Einstellung von Lehrkräften zu Beginn eines neuen Schuljahres bereits zum 1. August erfolgen kann.

Führungskräfteausbildung

Wir wollen die Führungskräfteakademie vor dem Hintergrund neuer Anforderungen weiterentwickeln und ausreichend Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte bereitstellen, um diejenigen, die an einer Tätigkeit in der Schulleitung, aber auch an den Staatlichen Schulämtern interessiert sind, Chancen zu eröffnen.

Lebenslanges Lernen

Am Ende der 2020er-Jahre soll Hessen über ein breites und qualitativ hochwertiges Erwachsenenbildungsangebot verfügen. In diesem Umfeld soll der Erwerb von beruflichen Abschlüssen ebenso unkompliziert sein wie die Teilnahme an einem Kurs zur persönlichen Entfaltung. Am Ende des Jahrzehntes soll so der Besuch eines außerschulischen Lernangebotes ebenso normal sein wie heute ein Kino- oder Theaterbesuch.

Volkshochschulen als zentrale Säule der Erwachsenenbildung stärken

Volkshochschulen sind eine wichtige Säule in der Erwachsenenbildung. Durch ein breites Angebot an Integrations-, Deutsch- und Alphabetisierungskursen schaffen sie besonders niedrigschwellige Angebote für die eigene Weiterentwicklung und berufliche Chancen. Wir wollen daher für diese Träger Projektmittel verstetigen und durch eine dauerhafte Förderung Planungssicherheit schaffen. Zudem werden wir die bürokratischen Anforderungen bei der Beantragung von Landesmitteln abbauen. Wie auch im Bereich der schulischen, beruflichen und universitären Bildung werden wir im Bereich der Erwachsenenbildung die Digitalisierung des Kursangebotes und der Lehrmittel vorantreiben. Insbesondere im Bereich des lebenslangen Lernens sehen wir enorme Potenziale, die durch Einsatz personalisierter und datengestützter EdTech-Software gehoben werden können.

**Voran-
kommen
durch eigene
Leistungen**

Hessens Wirtschaft 4.0: innovativ, kreativ, digital

Wir wollen als Bundesland im Herzen Europas wieder Wirtschaftswachstumsland Nummer eins in Deutschland werden. Dazu müssen wir bei der Digitalisierung auch im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig werden, den Finanzplatz Frankfurt und den Gründergeist stärken, Bürokratie abbauen und auf eine leistungsfähige und zukunftsichere Infrastruktur und Mobilität setzen. Wir setzen auf den technischen Fortschritt. So wollen wir etwa die Herausforderungen an das wachsende Mobilitätsbedürfnis nicht nur durch den klassischen Individualverkehr befriedigen, sondern setzen auch auf intelligente Mobilitätskonzepte wie selbstfahrende Autos, Carsharing und – stärker als bisher – auf einen modernen öffentlichen Nahverkehr.

Für uns ist die Vielfalt Hessens – eine starke und innovative Industrie über das gesamte Land verteilt, der wichtigste Finanzplatz der EU, vielfältige Logistik in der Mitte des Landes, der zentrale Verkehrshub des Landes, eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft – eine Stärke. Wir wollen die Chancen des Ballungsraums mit den Qualitäten unserer ländlichen Regionen verbinden. Hessen 4.0 soll in ganz Hessen gelebt werden. Mit dem internationalen Finanzplatz Frankfurt, dem Flughafen und dem weltweit leistungsfähigsten Internetknoten verfügt Hessen im europäischen Vergleich über besondere Standortvorteile, die wir deutlich stärker zur Geltung bringen wollen.

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht zwischen Digitalisierung und Arbeits-/Fachkräftemangel

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt in allen Bereichen. Die Art und Weise, wie wir arbeiten, was wir tun, welche Qualifikationen wir brauchen, und die Berufe, die wir ausüben, sind im Wandel.

Neben der Verbesserung des Bildungssystems und der Stärkung der beruflichen Weiterbildung

gehört eine gesteuerte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften zu den Säulen unserer Fachkräftepolitik. Denn der Arbeits- und Fachkräftemangel ist heute eine der größten Gefahren für die hessische Wirtschaft. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Bundesregierung, ein modernes Einwanderungsrecht mit einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild zu etablieren. Wir wollen die hessischen Kommunen bei der administrativen Bewältigung der Zuwanderung unterstützen und die kommunalen Ausländerbehörden entlasten, indem wir eine zentrale Ausländerbehörde für Fachkräftezuwanderung einrichten. Um die offenen Stellen besetzen zu können, müssen wir jedoch auch endlich unsere wichtigste Ressource nutzen – die Köpfe und Begeisterung der Menschen. Wir werden daher die berufliche Bildung stärken und Hürden auf dem Weg dorthin abbauen. Es kommt für uns auf das Talent einer jeden einzelnen Person an und nicht auf ihren Lebensweg. Unnötige Hürden bei Anerkennung und Zugang zu den Ausbildungsberufen wollen wir reduzieren. Wir wollen die Behörden entsprechend ausstatten und Prozesse digitalisieren, damit Anträge schnell bearbeitet werden können. Wir wollen Hessen damit zum Sehnsuchtsort für talentierte, kreative und qualifizierte Menschen aus der ganzen Welt machen. Jeder, der sich zu den Werten des Grundgesetzes bekennt und Leistungswillen mitbringt, soll in Hessen eine gute Zukunft haben können.

Gründerkultur fördern

Viele Innovationen und neue Geschäftsideen beginnen mit der Gründung eines Unternehmens. Wir streben an, Gründungen und Betriebsübernahmen zu erleichtern. Dazu gehört die Förderung einer echten Gründerkultur, in der Scheitern kein Stigma mehr ist. Jeder soll die Chance auf einen Neuanfang haben. Innovationen und kreative Geschäftsideen brauchen den Mut, Dinge auszuprobieren, und die Bereitschaft, Risiken einzugehen. Wir werden deshalb den Gründergeist und die Experimentierlust in den Schulen und Hochschulen fördern, damit Schülerinnen und Schüler sowie Studierende erfahren, dass wirtschaftliche Selbstständigkeit und das Gründen eines Unternehmens eine Chance für jeden ist. Unabhängig davon, ob es um die Gründung eines Start-ups, die Übernahme eines Handwerksbetriebes oder eines anderen Unternehmens geht. Die Gründerkultur sollte daher

in den Lehrmaterialien, in der Ausbildung der Lehrkräfte und im Lehrplan entsprechend berücksichtigt werden.

Gründerfinanzierung, Start-ups und Betriebsübernahmen

Wir finden, dass gute Ideen und Konzepte nicht an der fehlenden Finanzierung scheitern dürfen. Deshalb sollen die Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker auf die Bedürfnisse von Gründern ausgerichtet werden.

Viele erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer werden in den kommenden Jahren altersbedingt ihre Betriebe aufgeben. Die Übernahme eines bestehenden Betriebs ist eine klassische Form der Existenzgründung. Um einen erfolgreichen Betriebsübergang sicherzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Perspektiven zu geben, wollen wir dafür spezielle Förderprogramme auflegen und Beratungsangebote zusammen mit den Kammern ausbauen. Im Rahmen des Hessischen Gründerpreises wollen wir dazu eine Kategorie für gelungene Unternehmensnachfolge etablieren, um für das Thema angemessen zu sensibilisieren. Bestehende Beratungsangebote zum Nachfolgeprozess wollen wir sowohl für die „abgebende“ Generation als auch für potenzielle Nachfolger stärken.

Im Bereich der Digitalwirtschaft spielen Start-ups eine zentrale Rolle. Bisher gehört Hessen nicht zu den führenden Start-up-Regionen. In zahlreichen relevanten Statistiken zur Start-up-Branche ist Hessen in den vergangenen Jahren abgerutscht und daher allenfalls Mittelmaß. Laut EY Start-up-Barometer fließen nach Berlin mehr als fünfundvierzig Mal mehr Investitionen als nach Hessen. Dieser Rückstand hat sich in den vergangenen fünf Jahren nochmals verstärkt. Unser Land droht abgehängt zu werden. Das wollen wir ändern.

Wir wollen dazu Bürokratie abbauen, digitale Angebote der öffentlichen Verwaltungen stärken, mehr Venture-Capital zur Verfügung stellen, eine landesweite Gründungsstrategie auf den Weg bringen, Gründungsstipendien ausbauen und in den Schulen und Hochschulen ein gründungsfreundliches Klima schaffen.

Center of Innovation

Um innovative Entwicklungen auch außerhalb der Ballungsräume zu unterstützen, wollen wir regionale Center of Innovation als Leuchttürme der Gründung und Digitalisierung etablieren. Die Center sollen drei Säulen vereinen: die Förderung von Gründern und Spin-offs aus dem Umfeld von Hochschulen (1. Säule), die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Umsetzung innovativer und digitaler Prozesse und Technologien (2. Säule) und die Integration innovativer und digitaler Themen in die berufsorientierte Aus- und Weiterbildung (3. Säule). Damit wollen wir jungen Menschen Perspektiven für neue Technologien und Gründungen in der Region aufzeigen.

In den Center of Innovation soll über die klassischen Grenzen hinweg gelernt, geforscht und gearbeitet werden. Sie sind für den Auszubildenden genauso offen wie für einen erfahrenen Facharbeiter, der eine neue Programmiersprache für vernetzte Industriemaschinen lernt, oder für eine Studentin, die an einem Projekt für Fahrzeugsensoren arbeitet. Durch eine enge Kooperation mit Schulen, Berufsschulen, Berufsakademien und Hochschulen sollen jungen Menschen in der Region Perspektiven geboten werden.

Leitbild „One-Stop-Shop“ – weniger Bürokratie, mehr Innovationen

Die bürokratischen Anforderungen für Gründer und Unternehmen wollen wir auf ein Mindestmaß reduzieren. Der Kontakt zwischen Gründern, Unternehmen und Behörden soll im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips gestaltet werden, sodass Anträge, Formulare und Daten nur einmal digital erfasst werden. Das spart Zeitaufwand und Kosten für Unternehmen und für die öffentliche Hand. Das Instrument des einheitlichen Ansprechpartners als Lotsen durch die öffentliche Verwaltung wollen wir stärken und ausbauen.

Bürokratie- und Digitalcheck durch Landesrechnungshof einführen

Jedes Gesetz schafft Bürokratie und jede Ausnahme sowie jeder Sondertatbestand erhöht den Aufwand zusätzlich. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Länder die Aufgaben des Landesrechnungshofes so erweitern, dass er Gesetze und

Vorschriften regelmäßig bezüglich ihres Bürokratieaufwandes überprüft und Vorschläge für Vereinfachungen und Digitalisierung macht.

Open Data – Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Wir wollen eine Open-Data-Strategie für Hessen. Open Data bedeutet Daten der Verwaltung, aber auch Daten von öffentlichen Unternehmen, die nicht auf Personen oder Unternehmen bezogen sind, in maschinenlesbarer Form frei zugänglich zu machen. Das führt zu mehr Transparenz und größeren Möglichkeiten der öffentlichen Teilhabe. Unternehmen können aus öffentlich zugänglichen Daten wertvolle Informationen gewinnen, die einen Mehrwert für Kunden und Beschäftigte bringen. Beispielsweise lassen sich lange Genehmigungszeiten für Schwerlasttransporte, die mitunter zu monatelangem Stillstand in Fabriken führen, drastisch verkürzen, wenn die verfügbaren Informationen aller beteiligten Behörden von Land und Kommunen über Straßen, Brücken und Baustellen in digitaler Form zusammengeführt werden und Speditionen darauf aufbauend ihre Routen planen könnten. Auch die Verwaltung würde deutlich entlastet, weil die digital eingereichten Unterlagen digital geprüft und genehmigt werden könnten. Wir wollen überdies prüfen, ob und in welcher Weise Daten von Unternehmen in öffentlicher Hand, wie etwa Verkehrsverbänden, auch in eine Open-Data-Strategie eingebunden werden können.

Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main stärken – AMLA ansiedeln und Geldwäsche wirksamer bekämpfen

Ein starker Finanzplatz ist Grundvoraussetzung für eine starke Volkswirtschaft. Unter der schwarz-grü-

nen Landesregierung ist der Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main stiefmütterlich behandelt worden. Wir Freie Demokraten erkennen die enorme Bedeutung des Finanzplatzes nicht nur für Hessen, sondern für ganz Deutschland und Europa an. Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main zur Priorität in der Landespolitik machen, um Frankfurt im Wettbewerb mit den großen europäischen Finanzplätzen zu stärken. Hierzu fordern wir, um das strategische Gewicht im internationalen Wettbewerb zu erhöhen, die Bündelung der regulatorischen Kompetenz am einzigen deutschen international bedeutsamen Finanzplatz durch die Verlegung des BaFin-Hauptsitzes von Bonn nach Frankfurt am Main.

Dabei setzen wir folgende Schwerpunkte:

Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main durch zusätzliche Institutionen weiter ausbauen und die Stellung von Frankfurt am Main als Europastadt und eine der vier europäischen Hauptstädte weiter ausbauen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main und der Bundesebene dafür ein, dass die geplante EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche (AMLA) ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Dazu schlagen wir eine gemeinsame Task-Force von Stadt, Land und Bund zur Koordinierung aller Aktivitäten vor. Auf Landesebene unterstützen wir dazu im Rahmen unserer Zuständigkeiten auch die Bemühungen von Stadt und Bund, so schnell wie möglich den Neubau der Europäischen Schule Frankfurt am Main auf den Weg zu bringen.

Ein moderner Finanzplatz braucht eine Regulierung, die kompetent und verlässlich ist und die Innovationen zulässt. Hessen soll sich deswegen auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung von EU-Regulierungen auf „Gold Plating“ verzichtet und auf eine Regulierungsstrategie gesetzt wird, die dem Ziel einer vollständigen Kapitalmarktunion mit identischen Regulierungen gerecht wird. Das gilt besonders für den regulatorischen Umgang mit Nachhaltigkeit im Finanzsektor (ESG). Hier ist in besonderem Maße auf europaweite Vergleichbarkeit von Definitionen und Labels hinzuwirken und nationale Zusatzanforderungen sind zu vermeiden.

Wir Freie Demokraten unterstützen die Vertiefung der Kapitalmarktunion und setzen uns auf europäischer Ebene für sie ein. Der Zugang zu Kapitalmarktfinanzierungen ist besonders für kleine und

mittlere Unternehmen (KMU) noch schwierig – dabei wäre es gerade für diese Unternehmen wichtig, von einem breiten Angebot an günstigen und flexiblen Finanzierungsquellen profitieren zu können, um sich am Markt zu etablieren. Die Vertiefung der Kapitalmarktunion ist deswegen ein zentraler Baustein für den Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main und die hessische Wirtschaft.

Für den Standort, aber auch für die Finanzstabilität ist es wichtig, dass das Euro-Clearing und damit das Risikomanagement des Euro künftig in Frankfurt stattfindet.

Die Landesregierung hatte angekündigt, Frankfurt zum führenden FinTech-Standort Kontinentaleuropas entwickeln zu wollen. Tatsächlich ist Frankfurt in nahezu allen Rankings abgerutscht. Start-ups im Tech- und InsurTech-Bereich gründen sich in Deutschland fast ausschließlich in Berlin. Das wollen wir ändern, denn Frankfurt ist mit dem Finanzplatz prädestiniert dafür, ein Hotspot für FinTech-Gründungen zu werden. Wir setzen uns für ein „German Tech Festival“ nach dem Vorbild des „Singapore FinTech Festivals“, einem der wichtigsten Events der Branche, am Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main ein. Damit soll Hessen eine Begegnungsplattform für Gründerinnen und Gründer, die Banken-, Finanz- und Versicherungswirtschaft sowie Investorinnen und Investoren von internationaler Bedeutung werden.

Auch die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeitsort entscheidet über die Zukunft des Finanzplatzes: Die Region Frankfurt-Rhein-Main muss daher eine weltweit bekannte Marke auch für Lebensqualität vor Ort werden, damit internationale Führungs- und Fachkräfte sich für sie als Standort und Arbeitsplatz entscheiden.

Industriestandort Hessen

Unser Ziel ist, Hessen zum innovativsten Industriestandort Europas zu machen. Deshalb soll die „House of“-Strategie des Landes Hessen ausgebaut und durch die Gründung eines „House of Production“ erweitert werden. Hier sollen Wirtschaft und Wissenschaft unter einem Dach branchenüber-

greifend an der Entwicklung produktionsbezogener digitaler Technologien arbeiten. Dabei geht es um die Entwicklung praxisbezogener Lösungen auf dem Weg zur intelligenten Fabrik.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist für Hessen eine Schlüsselbranche. Sie stellt viele Arbeitsplätze zur Verfügung und trägt entscheidend zur Wirtschaftsleistung und Forschungsstärke bei. Um die Innovationskraft auszubauen, wollen wir die Initiative Gesundheitsindustrie stärken und mit dem „House of Pharma“ besser vernetzen. Die Wissenschafts- und Innovationsförderung soll stärker auf die Bereiche Pharmakologie, Chemie, Biotechnologie und Medizintechnik fokussiert werden. Auch bei der Unterstützung von Gründungen wollen wir der Biotechnologie und Medizin hohe Priorität einräumen.

Um die Automobilindustrie und Logistikwirtschaft in Hessen zu stärken, wollen wir die Forschung und Entwicklung autonom gesteuerter Fahrzeuge und vernetzter Mobilitätsdienstleistungen ausbauen. Dies gilt auch für die Forschung an autonomen Transportmitteln auf der Schiene, in der Luft und zu Wasser. Das House of Logistics and Mobility (HOLM) soll als Plattform für die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung gestärkt werden.

Wir wollen den Anliegen des verarbeitenden Gewerbes in der praktischen Politik wieder mehr Beachtung geben – sowohl in der Gestaltung der Standortbedingungen in Hessen als auch über unsere Initiativen und das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat. Denn die Unternehmen in der Industrie erwirtschaften eine überproportional hohe Wertschöpfung, sorgen für viele Innovationen und ermöglichen überdurchschnittlich gute Einkommen.

Handwerk

Handwerk braucht wieder mehr goldenen Boden in Hessen

Besonders im Handwerk ist es schwierig, Fachkräfte und Nachwuchs zu gewinnen. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf das Thema Unternehmensnachfolge im Handwerksbereich richten. Ein bestehendes Unternehmen zu übernehmen, ist

auch eine Form der Existenzgründung. In den kommenden Jahren benötigen mehr als 11.000 Betriebe in Hessen einen Nachfolger. Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die Schlüsselvoraussetzung, damit Unternehmensübergänge gelingen. Wir werden spezielle Förderprogramme für Auszubildende mit schulischen Defiziten anbieten, damit diese die Ausbildung erfolgreich absolvieren können.

Aus Sicht der Freien Demokraten müssen Meister und Master gleichwertig sein. Dazu zählt auch, dass der Meister nicht am Geldbeutel scheitern darf. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Handwerker bei Eignung für die Meister-Ausbildung ebenso gefördert wird wie der Student für den Master. Dazu wollen wir einen Meister-Bonus auf bayrischem Niveau.

Werken sollte an Schulen gestärkt werden. Auch im beruflichen Abitur sehen wir eine große Chance, die Berufsausbildung und eine Hochschulqualifikation klug zu verbinden und die Berufsorientierung junger Menschen zu erleichtern und mehr Innovation im Handwerk zu ermöglichen.

Wir planen außerdem, duale Studiengänge nach dem Vorbild „Studium plus“ auszubauen, um wissenschaftlich fundierte, praxisnahe Ausbildungsangebote zu stärken und insbesondere Beschäftigten Qualifikationschancen zu ermöglichen. Um für den Mittelstand – sowohl im Handwerk als auch in der Industrie – zukünftig Fachkräfte auch im ländlichen Raum zu gewinnen, fordern wir, in ganz Hessen dezentrale duale Studienangebote auszubauen.

Messestandort Hessen zukunftsfit machen

Mit über 700 Millionen Euro Umsatz (Stand 2019), 2.500 Mitarbeitern weltweit und 5,1 Millionen Besuchern auf allen nationalen und internationalen Veranstaltungen ist die Messe Frankfurt die größte Messegesellschaft weltweit mit eigenem Gelände. Die Messe Frankfurt ist für 3,6 Milliarden Euro Umsatz in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main verantwortlich und ist damit unser größter Wirtschaftsförderungsmotor für die hiesige Wirtschaft

in vielfältigen Branchen. Dies gilt es zu erhalten und auszubauen.

Wir setzen uns für ein klares und unmissverständliches Bekenntnis des Landes Hessen zur Messe Frankfurt ein, um den Messestandort in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main zu stärken, bestehende Messen in Frankfurt zu halten und das Unternehmen mit allen Kräften dabei zu unterstützen, neue Veranstaltungen zu gewinnen.

Durch die digitalen Formate und das veränderte Reiseverhalten wird sich das Messegeschäft weltweit verändern. Es ist deshalb notwendig, innovative Veranstaltungsformate und Ideen zu fördern, die geeignet sind, Produkte und Veranstaltungen für den Standort zu etablieren, auch vor dem Hintergrund der nachhaltigen Förderung der hiesigen Tourismus-Branche, Hotellerie und Gastronomie.

Rechenzentren als Herzkammern der digitalen Wirtschaft

Die Rechenzentren insbesondere im Rhein-Main-Gebiet sind ein Standortvorteil für die hessische Wirtschaft. Rechenzentren sind das Herz der Digitalisierung und sichern Zukunftschancen für Hessen und ganz Deutschland. Um das weitere Wachstum der Branche zu ermöglichen, muss der Netzausbau im Rhein-Main-Gebiet schneller vorangetrieben werden. Aufgrund der Flächenknappheit und dem enormen Energiebedarf muss die Ansiedlung von Rechenzentren planerisch aktiv begleitet werden. Die Freien Demokraten unterstützen dabei einen fairen Interessenausgleich um knappe Flächen im Ballungsraum.

Update Vergaberecht: umfassend entbürokratisieren und mittelstandsfreundlich gestalten

Das heutige Vergaberecht ist gerade für den Mittelstand mit seinen rechtlichen und bürokratischen Anforderungen eine besondere Herausforderung. Vor diesem Hintergrund wurden wenig überraschend auch zahlreiche Themen aus dem Vergaberecht in der Beantwortung der vom Bundesministerium der Justiz im Januar 2023 abgefragten Verbesserungsvorschläge zu bürokratischen Entlastungen genannt.

Wir wollen vor diesem Hintergrund das hessische Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestalten und umfassend bürokratische Hemmnisse hinterfragen und beseitigen.

Das Vergaberecht darf im Übrigen nicht zum Einfallstor für die Verankerung politisch motivierter, praxisfeindlicher Vorgaben werden (zum Beispiel Festschreibung eines Landesmindestlohnes), sondern muss auf seine eigentliche Aufgabe, nämlich die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, beschränkt bleiben. Die gesetzlichen Vorschriften und Standards im Sozial- und Umweltbereich sind ausreichend und bedürfen keiner zusätzlichen Verschärfung durch spezifische Landesregelungen. Dadurch werden Aufwand und Bürokratie vermieden, was auch im Interesse der öffentlichen Hand und damit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Hessen und hat unter den Pandemie-jahren besonders gelitten. Daher bedarf der Tourismus in Hessen einer stärkeren Aufmerksamkeit der nächsten Landesregierung. Hierzu werden wir insbesondere prüfen, wie die Zuständigkeiten für den Tourismus in der Landesverwaltung besser

stärker fokussiert werden und dadurch sowohl eine bessere Vernetzung der Akteure des Tourismus als auch eine zentrale Ansprechbarkeit erreicht werden kann.

Bei der weiteren Fortschreibung und Umsetzung des Tourismuspolitischen Handlungsrahmens (TPH) werden wir prüfen, ob bei der finanziellen Förderung eine Vereinfachung der Antragstellung erfolgen kann.

Wir wollen die Förderung touristischer Destinationen kundenorientiert aufstellen und deshalb länderübergreifende Regionen auch in Kooperation mit unseren Nachbarn nach vorne bringen. Wir stehen und arbeiten seit Jahren für einen zielgerichteten Ausbau der Tourismuswirtschaft in Hessen. Dazu gehört neben der Herstellung einer optimalen Außenwirkung ebenso eine Vernetzung aller beteiligten Akteure und unserer hessischen Premium-Produkte.

Gerade in ländlichen Regionen spielt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine entscheidende Rolle.

Wirtschaft entfesseln und entbürokratisieren statt ausbremsen

Einzelhandel und Sonntagsöffnung

Während Online-Shops rund um die Uhr geöffnet haben, verbieten strenge Ladenöffnungsgesetze dem örtlichen Einzelhandel, zu attraktiven Zeiten zu öffnen. Unklare Regelungen im Hessischen Ladenöffnungsgesetz haben zur Absage vieler örtlicher verkaufsoffener Sonntage geführt. Wir wollen das Gesetz so ändern, dass die zulässige Zahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen rechtssicher ausgeschöpft werden kann, und dazu den sogenannten Anlassbezug im Gesetz streichen. So haben Kunden und Händler Klarheit. Der Einzelhandel in den Innenstädten wird gestärkt.

Wir wollen prüfen, um wie viel die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage erhöht werden kann.

Gaststättenrecht

Der Erhalt der hessischen Gaststätten und der familiengeführten Beherbergungsbetriebe in ihrer Vielfalt liegt uns deshalb besonders am Herzen, weil sie gerade auf dem Land nicht nur zum Essen und Trinken einladen, sondern für den sozialen Austausch und Zusammenhalt wichtig sind. Wir machen uns dafür stark, das Hessische Gaststättenrecht so auszugestalten, dass Investitionen in die Gastronomie lohnen und Auflagen auf das Notwendigste reduziert werden. Wir wollen die positive Entwicklung des Tourismus in Hessen durch landesplanerische Maßnahmen unterstützen und verstärken. So sind zum Beispiel bei touristischen Infrastrukturmaßnahmen die Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen stärker zu berücksichtigen; es darf zum Beispiel keinen automatischen Vorrang des Ausbaus der Windenergieanlagen vor Tourismusinfrastrukturprojekten geben.

Energieversorgung: sicher, bezahlbar und klimafreundlich

Wir Freie Demokraten stehen für eine technologieoffene und ideologiefreie Energiepolitik, die eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Hessen ermöglicht und unsere Klimaziele wirksam umsetzt.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat nicht nur zu einer „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Energiepolitik geführt. Die Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten muss dauerhaft zurückgeführt werden und ein breiter geografischer Beschaffungsmix vorhanden sein. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern müssen wir eine neue Energieversorgungsstruktur entwickeln, die eine unabhängige, sichere und bezahlbare Versorgung im Einklang mit den klimapolitischen Zielen erlaubt. Inländische Energieressourcen sind verstärkt zu nutzen. Dabei darf es keine Förderverbote geben, ebenso wenig wie Verbote einzelner Technologien, wenn Produkte, die mit dieser Techno-

logie gewonnen und produziert wurden, importiert werden dürfen.

Energiemangel, Blackouts und kontrollierte Stromabschaltungen verhindern

Wir müssen alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um einem Gas- und Strommangel in den nächsten Jahren entgegenzuwirken. Die Versorgungssicherheit ist für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die hessische Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Ohne eine sichere, zuverlässige und bezahlbare Versorgung mit Gas und Strom sind der Industriestandort Hessen und hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr. Es darf daher unter keinen Umständen zu „Blackouts“ in Hessen kommen.

Im Sinne der Energieeffizienz wollen wir außerdem sicherstellen, dass die in Rechenzentren erzeugte Abwärme in lokale Nahwärmenetze eingespeist wird und damit sinnvoll zur Quartiersentwicklung beiträgt.

Energie sparen, Effizienz steigern

Für die Erreichung unserer energiepolitischen Ziele sind Energieeinsparungen und die Steigerung der Energieeffizienz besonders wichtig. Daher wollen wir die vorhandenen Maßnahmen und Programme der Landesregierung deutlich ausbauen. Für Großverbraucher sind individuelle Lösungen notwendig, die wirklich zu den jeweiligen Standort- und Produktionsbedingungen passen.

Versorgung und Kraftwerksstandorte sichern

Für eine sichere Energieversorgung bleiben regelbare Kraftwerke unabdingbar. Auch angesichts der aktuellen Entwicklung ist zu erwarten, dass für die Stilllegung vorgesehene Kohle- und Gaskraftwerke zunächst weiter am Netz bleiben, um die Stabilität der Stromversorgung in Hessen zu sichern. Das betrifft insbesondere das Kraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg. Daher sollen die bestehenden Kraftwerksstandorte in Hessen planerisch gesichert werden. Wir wollen außerdem die Umrüstung von Kraftwerken bzw. Kraftwerksstandorten auf moderne, klimafreundliche Energieerzeugung unterstützen.

Wasserstoffwirtschaft fördern durch Wasserstoff-Zukunftsgesetz für Hessen

Von zentraler Bedeutung ist dabei der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur. Mit Wasserstoff sind sowohl eine verlässliche Energieversorgung als auch die Erreichung unserer Klimaziele möglich. Wasserstoff kann in allen Sektoren – Industrie, Verkehr, Strom- und Wärmeversorgung – zum Einsatz kommen. Ohne eine leistungsfähige Anbindung an die im Aufbau befindlichen europäischen und nationalen Wasserstofffernleitungen würden die hessische Wirtschaft und der Klimaschutz in Hessen zurückfallen.

Daher werden wir ein Wasserstoff-Zukunftsgesetz für Hessen vorlegen, das die technologieoffene Nutzung von Wasserstoff und den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur fördern wird. Alles, was hilft, den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Hessen voranzutreiben, wollen wir unterstützen. Die hessische Wirtschaft steht dafür in den Startlöchern.

Erneuerbare Energien ausbauen

Der Ausbau erneuerbarer Energien trägt zur Versorgungssicherheit und Erreichung der Klimaziele bei und muss daher weiter voranschreiten. Das gilt insbesondere für regelbare Biomasse- und Biogaskraftwerke. Der weitere Ausbau der Nutzung der Sonnenenergie durch Solarthermie und Photovoltaik wird lokal und regional erheblich zur Wärme- und Stromerzeugung beitragen. Besonders die Nutzung im Rahmen der Eigenversorgung ist sinnvoll, um vor Ort Energie klimafreundlich zu erzeugen. Neben Dachflächen können für Photovoltaik auch Freiflächen und versiegelte Flächen (zum Beispiel auch überdachte Parkplätze, Schallschutzwände und -wälle sowie Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen oder Agri-PV) noch einen weiteren Beitrag leisten. Hindernisse bei der Sektorenkopplung bauen wir konsequent ab, um die Netzstabilität und Versorgungssicherheit zu erhöhen.

Bei der Windenergie liegen im Offshore-Bereich die größten Potenziale. Offshore-Anlagen sind deutlich leistungsfähiger und erzeugen je installierte Leistung mehr Strom als Windenergieanlagen an Land. Der Bund legt daher einen besonderen Schwer-

punkt auf den Ausbau der Windkraft in Nord- und Ostsee.

Stromnetze ausbauen und besser vernetzen

Der Ausbau der Windkraft in windstarken Küstenregionen erfordert auch den Ausbau der notwendigen Übertragungsnetze im Binnenland. Insbesondere die Nord-Süd-Verbindungen „Ultranet“ und „Sued-Link“ sollen deshalb zügig umgesetzt werden. Uns ist dabei wichtig, dass die Interessen der Betroffenen bei der Festlegung der Trassen berücksichtigt werden. Auch hier braucht die Energiewende Akzeptanz.

Auf regionaler und lokaler Ebene ist der weitere Ausbau des Verteilnetzes von zentraler Bedeutung. Ohne intelligente, leistungsfähige Verteilnetze sind wichtige Transformationen wie die Elektromobilität, die stärkere Nutzung von Wärmepumpen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht möglich. Daher muss sich Hessen auf Bundesebene für attraktive Investitionsbedingungen einsetzen und auch regionale Investitionshindernisse beseitigen.

Einheitliche Strompreiszone erhalten

Für den Wirtschaftsstandort Hessen ist klar: Hessen muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben, um weitere Kostensteigerungen beim Strom zu vermeiden. Aktuelle Pläne für eine Teilung unseres Landes aufgrund neuer Regelungen zum Elektrizitätsbinnenmarkt sehen wir kritisch.

Energieforschung ausbauen

Auch die Förderung der Energieforschung wollen wir in Hessen ausbauen. Der Bund wird im Rahmen der sogenannten „IPCEI“-Projekte („Important Project of Common European Interest“) über fünf Milliarden Euro an Fördermitteln bereitstellen, um gezielt Forschung und Innovation und die gewerbliche Nutzung in der Wertschöpfungskette von Wasserstofftechnologien und E-Fuels zu fördern. Dazu kommen noch etwa neun Milliarden Euro an privaten Investitionen. Diese Maßnahmen gehen bisher leider an Hessen vorbei. Das wollen wir ändern. Hessen muss auch in der Wasserstoffförderung vorne mitspielen. Mit unseren Technologiestandorten haben wir beste Voraussetzungen dafür.

Auch bei der Kernfusionsforschung spielt Hessen mit der TU Darmstadt und den im Umfeld aktiven innovativen Unternehmen eine wichtige Rolle. Wir werden die Erforschung der Fusionsforschung unterstützen, da hier auf lange Sicht große Potenziale für eine klimaneutrale, wirtschaftliche und bezahlbare Energieversorgung nicht nur unseres Landes, sondern großer Teile der Welt bestehen.

Mobilität durch Innovation und Digitalisierung beschleunigen und nicht bremsen

Technologieoffenheit und Innovationsfähigkeit: die Vereinigung von Klimaschutz und Mobilität

Die Anforderungen an die Mobilität wachsen: Lebensentwürfe werden vielfältiger und flexibler, die vorhandene Infrastruktur ist immer stärker belastet und stößt an ihre Grenzen. Gleichzeitig besteht ein wachsender Druck, um wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu ergreifen, gerade beim Individualverkehr. Wir wollen den Klimawandel nicht ideologisch bekämpfen. Stattdessen wollen wir den Individualverkehr mit dem Klimaschutz versöhnen. Wir glauben, dass Innovation und Technologie der Schlüssel zu einem klimafreundlichen Verkehr sind.

Wir Freie Demokraten sind technologieoffen. Wir möchten, dass sich die beste Technologie im fairen Wettbewerb durchsetzt. Dafür möchten wir die richtigen Bedingungen schaffen. Ob sich eine Technologie bewähren wird, hängt nicht von politischen Entscheidungsträgern ab, sondern von der Nachfrage der Konsumenten. Genauso sind die Tauglichkeit für den breiten Einsatz der Technologie und nicht zuletzt ökonomische Faktoren, wie die Verfügbarkeit und der Preis, entscheidend. Wir wollen keinen ideologischen Kampf gegen einzelne Verkehrsmittel. Pauschale Fahrverbote lehnen wir ab.

Wir wollen Hessen zum Vorreiter in der Entwicklung und Produktion klimaneutraler Antriebe machen. Das Land muss umfassende Investitionen in die Erforschung und Bereitstellung der Infrastruktur für alternative klimaneutrale Antriebe tätigen. Die deutsche Automobilwirtschaft ist technologisch führend: Mit politischer Unterstützung können wir sie zum Vorreiter im Klimaschutz machen. Daher muss die Politik schon jetzt frühzeitig die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur sicherstellen: In der Elektromobilität bedeutet das eine flächendeckende Verfügbarkeit von Ladesäulen, insbesondere von Schnellladesäulen.

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe statt Oberleitungsbau

Flächendeckende Lkw-Oberleitungen an den hessischen Autobahnen sehen wir skeptisch. Die hohen Kosten für den Bau und die Umrüstung rechtfertigen den geringen Nutzen nicht. Das Geld wollen wir besser investieren. Und zwar durch den Ausbau des Schienennetzes und die Förderung alternativer Antriebsmethoden. Besonders große Lücken gibt es immer noch bei der Verfügbarkeit von Wasserstofftankstellen. Wir wollen diese daher ausbauen, vorrangig an Verkehrsknotenpunkten. Digitale Vernetzung von wasserstoffangetriebenen Fahrzeugen mit der Wasserstoffinfrastruktur kann die Akzeptanz der neuen Technik fördern und gleichzeitig in den ersten Jahren die Betriebskosten senken. Wir werden entsprechende Konzepte aktiv unterstützen. Großes Potenzial sehen wir in der Nutzung synthetischer Kraftstoffe. In den bereits zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbaren BtL-Kraftstoffen nach EN15940 sehen wir eine effektive Sofortmaßnahme zur starken Reduktion von CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich. Durch diese ließe sich auch die vorhandene Tankstelleninfrastruktur weitestgehend unverändert weiter nutzen. Sie ermöglichen auch, die Bestandsflotte von über 50 Millionen Pkw und Lkw in Deutschland klimafreundlicher weiterzubetreiben. Daher wollen wir die Verfügbarkeit und den Zugang erleichtern. Noch offene rechtliche Fragen und Fragen der Zulassung gilt es zügig zu klären. Noch nicht marktreife synthetische Kraftstoffe, wie PtL-Kraftstoffe (Power-to-Liquid) oder StL-Kraftstoffe (Sun-to-Liquid) versprechen dagegen nicht nur eine Reduktion der CO₂-Emissionen, sondern eine weitestgehende CO₂-Neutralität. Wir sehen in ihnen enorme Chancen, gerade auch für den Luftverkehrsstandort Hessen. Denn synthetisches

Kerosin ermöglicht den CO₂-neutralen Weiterbetrieb konventioneller Technologien und bisher hat sich in der Luftfahrt kein zufriedenstellender alternativer Antrieb herausgestellt. Aber auch für den Straßenverkehr können synthetische Kraftstoffe Chancen bieten: Durch sie wird der Verbrennungsmotor klimaneutral. Diese Technologien stecken aber noch in den Kinderschuhen. Wir wollen daher die Erforschung und den Aufbau der notwendigen Infrastruktur bis zur wettbewerbsfähigen Produktion unterstützen. Modellprojekte wollen wir fördern und die Rahmenbedingungen für den Einsatz schaffen. Dabei wollen wir insbesondere den Mittelstand in den Blick nehmen.

Mobilität als Schlüsselfaktor

Hessen soll zum Logistikstandort Nummer eins werden. Mit dem Flughafen Frankfurt befindet sich einer der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Europas in unserem Bundesland. Trotzdem gibt es in der Logistik einen massiven Handlungsbedarf. Wir wollen die Potenziale entfesseln und eine Antwort auf Amazon, Uber und Co. geben. Etwa durch die gezielte Technologieförderung und durch Testfelder für Logistik- und Verkehrsleitsysteme der Zukunft. Dazu gehören Transportdrohnen, automatisierte Paketboxen und autonome Fahrsysteme. Wir wollen gezielt Gründerinnen und Gründer sowie Start-ups mit dem Schwerpunkt Logistik und Verkehr fördern. Den Zugang zu Open Data wollen wir erleichtern: Als Datenbasis für logistikrelevante Ansiedlungen wollen wir den Logistikatlas Hessen ins Leben rufen. Ausbildungs- und Hochschulangebote im Bereich Logistik wollen wir verbessern. Die Logistikinfrastruktur wollen wir ausbauen: Die Planungsmittel für den Straßenbau wollen wir erhöhen, zusätzliche Lkw-Stellflächen schaffen und die Schieneninfrastruktur ausbauen. In der Logistik werden zukünftig auch autonom fahrende Lkw und Flugdrohnen eine Rolle spielen. Dafür sind Investitionen in die digitale Infrastruktur erforderlich. Den Kraftfahrerberuf wollen wir aufwerten und für intelligente, telematische Parksysteine an Raststätten sorgen. Wir wollen einen Masterplan kombinierter Verkehr, der eine schnelle Reaktivierung bzw. den Neubau von Bahnstrecken, von Zubringern und Terminals beinhaltet. Dabei sollten auch nicht kranbare Trailer auf die Schiene verladen werden können.

Luftverkehrsstandort Hessen stärken und nicht abbauen

Die Luftfahrt ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Hessen. Zehntausende Arbeitsplätze hängen direkt und viele weitere indirekt von ihr ab. Unsere Wirtschaft lebt von der Anbindung an die Welt und wichtige Lieferketten wären ohne sie nicht möglich. Wir wollen daher den Luftverkehrsstandort Hessen sowohl in der Passage als auch in der Luftfracht stärken. Gemeinsam mit den Kommunen, den Flughafenbetreibern und der Luftverkehrswirtschaft wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Als größte Investition in die Zukunft der Luftfahrtindustrie müssen wir für die wettbewerbsfähige Verfügbarkeit von klimafreundlichem synthetischem Kerosin sorgen. Hessen soll zum Vorreiter bei der Entwicklung und der Produktion von synthetischem Kerosin werden. Dafür müssen wir die weitere Erforschung fördern, insbesondere aber die Infrastruktur für die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen enorm ausbauen. Private Pionieranlagen, wie etwa im Industriepark Höchst, dürfen nur der Anfang sein.

Ein Verbot von Kurzstreckenflügen lehnen wir ab. Das würde den Verkehr nur über andere europäische Drehkreuze lenken und hessische Arbeitsplätze gefährden. Genauso lehnen wir ein Verbot von sog. Low-Cost-Carriern, die Flüge kostengünstig anbieten, ab. Sie ermöglichen oft erst Urlaubsreisen für Menschen mit geringerem Einkommen.

Einseitige und wettbewerbsverzerrende Belastungen, wie die Luftverkehrssteuer, wollen wir abschaffen. Sie leistet keinen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz und gefährdet Arbeitsplätze. Nach den schweren Pandemie Jahren muss die Luftfahrt entlastet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und den finanziellen Spielraum für Investitionen und Innovationen zu erhalten. Auf Bundesebene wollen wir uns für faire Wettbewerbsbedingungen im europäischen Luftverkehr einsetzen. Gleichzeitig erteilen wir unlauteren Methoden, wie einem Verdrängungswettbewerb, eine Absage.

Bei Streiks wollen wir für verbindliche Spielregeln sorgen. Arbeitskämpfe kleiner Gruppen können zum Ausfall weiter Teile des Luftverkehrs führen. Eine gütliche Einigung der Tarifparteien soll im Mittelpunkt stehen. Deshalb wollen wir verbindliche

Schlichtungsverfahren einführen. Das Streikrecht bleibt davon grundsätzlich unberührt.

Wir bekennen uns zum weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt und damit auch zum Bau und der Fertigstellung des Terminals 3, inklusive aller geplanter Piers. Wir wollen das Terminal 3 ans Schienennetz anbinden und damit die Anbindung an den ÖPNV schaffen. Die stärkere Systempartnerschaft zwischen der Lufthansa und der Fraport bewerten wir als positiv. An der gerichtlich festgelegten Nachtruhe halten wir fest. Weitere Betriebsbeschränkungen über den Planfeststellungsbeschluss hinaus lehnen wir ab. Die in der Allianz der Nachtruhe vereinbarten Maßnahmen wollen wir fortführen. Darunter die vereinbarten Maßnahmen für den Lärmschutz und das Regionallastenausgleichsgesetz. Bei den Landesentgelten wollen wir mehr Anreize zur Förderung technischer Innovation setzen, etwa für den Einsatz moderner und leiser Muster.

ÖPNV

Damit der ÖPNV im urbanen Raum eine attraktive Alternative zum Auto sein kann, muss er schnell, bequem, einfach und leistungsfähig sein – und sich dabei an den realen Mobilitätsbedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientieren. Das ist die Voraussetzung für funktionierende Mobilität. Vielerorts muss der Lückenschluss in der Infrastruktur geschaffen und teilweise müssen ganz neue Verkehrsachsen gebaut werden. Aber auch bestehende Infrastruktur muss verbessert werden.

Die Anbindung des Ballungsraums Rhein-Main ins Umland soll verbessert werden. Die urbanen Räume der zwölf größeren Städte müssen im ÖPNV ausgebaut und in einem Taktverkehr, soweit irgend möglich umsteigefrei, erreichbar sein. Unser Ziel dabei ist es, möglichst schnell eine 30-Minuten-Taktung zu erreichen. Durch die größere Attraktivität des ländlichen Raums versprechen wir uns einen sinkenden Siedlungsdruck auf die Metropole Frankfurt. Um eine weitere Verdichtung in den Städten zu verhindern, brauchen wir mehr P+R-Anlagen – möglichst kostenfrei. In den Planungen der Anlagen soll berücksichtigt werden, dass die Ladesäuleninfrastruktur mehr Platz einnehmen wird. In Zukunft streben wir digitale Mobilitätsinformationen an, die P+R-Anlagen (etwa deren Kapazität) und den ÖPNV vernetzen. Einen effizienten Beitrag

zur Personenbeförderung können urbane Seilbahnen leisten. Gerade die Anbindung ans Umland kann verbessert und attraktiver gemacht werden. Seilbahnen sind schnell realisierbar und deutlich günstiger als Bahn- oder Straßenverbindungen. Die WLAN-Verfügbarkeit im ÖPNV, insbesondere in den Zügen der S-Bahn, wollen wir ausbauen. Wir sehen im Carsharing einen wichtigen Baustein im Mobilitätsmix. Den Kommunen wollen wir durch stationsbasiertes Carsharing ermöglichen, öffentlichen Straßenraum per Sondernutzung zur Verfügung zu stellen – bisher ist das nur auf privaten Flächen möglich. Das Angebot trägt zu nachhaltiger Mobilität bei: Weniger öffentliche Parkflächen werden gebraucht, während oft der Grund für ein eigenes Auto im urbanen Raum entfällt.

Im ländlichen Raum ist der ÖPNV meistens nur spärlich verfügbar und die Taktung weniger dicht. Dabei würde die Aufwertung des ÖPNV im ländlichen Raum zu einer Aufwertung des ländlichen Raums insgesamt. Wir sehen dabei in den ÖPNV fest integrierte On-Demand-Verkehre als wichtigen Baustein für mehr Mobilität im ländlichen Raum. Algorithmen ermöglichen einen effizienten Betrieb, auch in größeren Arealen. Fahrzeuge kommen nur dann zum Einsatz, wenn sie tatsächlich gebraucht werden und Fahrten werden automatisch gebündelt. On-Demand-Verkehre schaffen den Lückenschluss zwischen den Knotenpunkten und der „letzten Meile“. Zudem setzen wir große Hoffnung auf die Entwicklung und den Einsatz autonomer Fahrzeuge. Hier wollen wir Pilotprojekte unterstützen und voranbringen. Das alles muss für die beteiligten Verkehrsträger und Kommunen finanziell tragbar sein. Eine weitere Absenkung des Kostenanteils der Nutzer lehnen wir ab.

Schieneverkehr

Hessen ist Transitland – auch im Schienenverkehr. Über die Hälfte aller ICE-Verbindungen der Deutschen Bahn verlaufen über hessische Bahnhöfe. Der Bahnknoten Frankfurt ist das Rückgrat des deutschen Fernverkehrs. Dabei ist hier das Schienennetz bereits heute stark überlastet. Die Prognosen sagen deutliche Zuwächse voraus, insbesondere im Schienengüterverkehr. Verspätungen, Zugausfälle und völlig überfüllte Züge gehören zum Alltag von hunderttausenden Pendlern. Das liegt auch daran, dass sich S-Bahnen, Fernverkehr und

Güterverkehr die bestehenden Gleise teilen müssen.

Hessen braucht dringend mehr Schieneninfrastruktur. Für die Umsetzung dieser Projekte wollen wir das Know-how der RTW-Planungsgesellschaft zum Einsatz bringen. Diese soll in eine hessische Schieneninfrastrukturgesellschaft überführt werden. Damit können wir die Vorlaufzeit von großen Infrastrukturprojekten künftig verringern.

Zu den dringendsten Projekten zählen wir die Realisierung der Nordmainischen S-Bahn, den Bau der Regionaltangente West und die Verlängerung der S5 über die Taunusbahn. Perspektivisch wollen wir für eine Umgehung südlich um Frankfurt sorgen und mit einer Südtangente den Lückenschluss für einen S-Bahn-Ring um Frankfurt vorbereiten. Langfristig sehen wir die Notwendigkeit eines zweiten S-Bahn-Tunnels für Frankfurt.

Bei der Planung neuer Strecken wollen wir die Bahn als Planungsträger beim Ausbau neuer Schieneninfrastruktur unterstützen. Schon frühzeitig wollen wir die Betroffenen in Planungen einbinden. Bei der Planung muss der Fokus auf die Reisezeitverkürzung im gesamten System betrachtet werden. Anschlussfähigkeit und Konnektivität sind hier von großer Bedeutung. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die Fixierung auf die Maximalgeschwindigkeit nicht zielführend ist. Für den Ausbau von Schienenstrecken sollen die erforderlichen Trassen bereits frühzeitig freigehalten werden. Gleichzeitig muss das Land seinen finanziellen Verpflichtungen im Ausbau der Strecken nachkommen.

Wir wollen Bahnlärm wirksam und nachhaltig bekämpfen. Die Lärmbekämpfung soll deshalb schon in der Planung besonders berücksichtigt werden. Lärmschutzmaßnahmen sollen in einem Gesamtkonzept geplant und umgesetzt werden. Dazu gehören für uns Erhöhungen der Trassenpreise für laute Züge, Innovationsboni für Umbauten und Neuanschaffungen, Umsetzungen von Schallschutzmaßnahmen, wie Schallschutzwänden, Geschwindigkeits- und Betriebsbeschränkungen, wo notwendig und nicht vermeidbar, sowie ein einheitliches Schutzniveau für Bestands- und Neubaustrassen.

Der Fernbahntunnel ist in unseren Augen eine Schlüsselinvestition in die Zukunft des Verkehrs-

knotenpunkts Frankfurt. Wir begrüßen ausdrücklich die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf und sind weitergehend der Auffassung, dass er für eine gesetzliche Genehmigung (Maßnahmegesetz) besonders prädestiniert ist. Alternativ setzen wir uns für ein Genehmigungsverfahren nach dänischem Vorbild und eine entsprechend schnelle Planung ein.

Der Fernbahntunnel als Verkehrsknotenpunkt garantiert eine schnelle und verlässliche Verbindung und eine Entlastung der vorhandenen Infrastruktur. Gleichzeitig werden notwendige Gleise für die Verknüpfung des Fernverkehrs mit dem Nah- und Regionalverkehr frei. Eine nachhaltige, aber auch schnelle Planung ist notwendig, insbesondere für ausreichend viele Fernverkehrsgleise. Ein städtebauliches Konzept zur besseren Integration der Bahnhoffläche in die Stadt und der Infrastruktur, unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens, bietet sich an. Das Projekt wird auch nicht unerhebliche Verbesserungen für den ÖPNV im Ballungsraum Rhein-Main mit sich bringen und damit auch eine Rolle in der klimapolitischen Diskussion einnehmen, kann doch eine erhebliche Verbesserung des ÖPNV damit verbunden sein.

Wir streben die Verkürzung der mittleren Fahrzeit zwischen Mittelhessen (Gießen) und Frankfurt auf unter vierzig Minuten an. Das kann durch eine erhöhte Taktung mit nur einem Zwischenhalt in Friedberg und Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt erreicht werden, auch tagsüber.

Die Main-Weser-Bahn Frankfurt-Friedberg-Gießen-Marburg-Kassel muss nicht nur zwischen Frankfurt und Friedberg, sondern auch weiter bis Gießen viergleisig ausgebaut werden, so wie dies der neue Regionalplan Mittelhessen vorsieht. Zwischen Gießen, Marburg und Kassel muss die Strecke ausgebaut werden, so dass die Reisezeit auf der für Hessen wichtigsten Schienennahverkehrsachse auf ihrem gesamten Abschnitt deutlich reduziert wird und mehr Nah- und Fernzüge die Strecke befahren können. Die Bahnstrecke zwischen Frankfurt und Mainz muss viergleisig ausgebaut werden, um den Bedarf an Mehrleistungen auch auf dieser Achse für die Zukunft decken zu können.

Im Regionalverkehr streben wir eine deutliche Verbesserung der Servicequalität an. Das schaffen wir durch moderne Züge mit genügend Sitzplät-

zen, funktionierenden Klimaanlage, WLAN und durch insgesamt bessere Online-Angebote. Auf besonders stark frequentierten Strecken wollen wir Regio-Sprinter-Züge einsetzen, um eine Verkürzung der Reisezeit zu ermöglichen. Dringend erforderliche Großprojekte im Fernverkehr sind in unseren Augen die ICE-Strecke Frankfurt-Fulda, die ICE-Strecke Fulda-Gerstungen und die ICE-Strecke Frankfurt-Mannheim.

Binnenschifffahrt

Die Binnenschifffahrt spielt in dem System Wasserstraße und kombinierter Verkehre eine zunehmend wichtige Rolle und soll bei Digitalisierungsvorhaben und der Dekarbonisierung der Flotte unterstützt werden. Durch Innovation und Technologieführerschaft, z. B. bei alternativen Antrieben, ergeben sich weitere Chancen im Wettbewerb und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Erhaltung der hessischen Binnenhäfen wollen wir daher sicherstellen und deren Einbindung in die Verkehrsbeziehungen verbessern.

Radverkehr

Die Ergebnisse des Fahrradmonitors 2022 haben die Schwachstellen der hessischen Verkehrspolitik im Radverkehr offengelegt. Mehr als ein Drittel der Berufspendler würde, bei vorhandenen Radschnellwegen, auf das Rad umsteigen. 79 Prozent der bisherigen Radpendler würden ihr Rad häufiger nutzen. Rund die Hälfte der Radfahrerinnen und Radfahrer ist mit der Möglichkeit der Mitnahme ihrer Räder in Nah- und Regionalverkehrsügen unzufrieden und mehr als die Hälfte hält den Ausbau des Radwegenetzes für dringlich. Kurzum: Die Menschen sind bereit, auf das Rad umzusteigen, nur haben sie dafür keine ausreichende Infrastruktur. Das wollen wir ändern!

Mit einem landesweiten Radwegekonzept wollen wir den Ausbau der Radinfrastruktur endlich anpacken. Die Verantwortung für den Ausbau der Radinfrastruktur muss zukünftig stärker bei Hessen Mobil liegen, also in Landesverantwortung. Die Planung von Radwegen muss beschleunigt werden. Wo sie sinnvoll sind, sollen sie besser gefördert werden, insbesondere in Ballungsräumen. Dafür wollen wir ausreichend Planungskapazitäten bei Hessen Mobil schaffen. Flächendeckend wollen wir für ausreichend viele und sichere Radabstellanlagen sorgen.

Im urbanen Raum müssen wir schleunigst die Bedingungen verbessern. Sichere, schnelle und effiziente Radwege sind eine Grundvoraussetzung, um das Radfahren attraktiv zu machen und als Alternative zu anderen Verkehrsträgern zu etablieren. Wir möchten faire Bedingungen zwischen den Verkehrsmitteln schaffen. Kein Verkehrsmittel soll einseitig und aus ideologischen Gründen eingeschränkt werden. Daraus folgt für uns: Pop-up-Radwege und andere disruptive Maßnahmen lehnen wir ab. Ziel muss es sein, die Verkehrslage für alle zu verbessern und nicht planlos Verwirrung zu stiften.

Die Anbindung des Umlandes an die urbanen Zentren wollen wir mit Radschnellwegen voranbringen. Den Kommunen wollen wir die Baulast abnehmen, indem ihr Bau zur Aufgabe des Landes wird. Die Zuständigkeiten wollen wir in einem Radschnellwege-Gesetz klären. Damit schaffen wir ein Ende der scheinbar endlosen Hängepartie beim Bau der Radschnellwege. Durch die Radschnellwege erwarten wir positive Auswirkungen auf das Klima und die Verkehrssituation, da Pendlerströme umgelenkt werden und Flächen effizienter genutzt werden können.

Straßenverkehr und das Auto

Trotz der Bestrebungen, die Klimaziele zu erreichen, sind Investitionen in Neu- und Ausbauten der Straßeninfrastruktur weiter notwendig. Allein schon deshalb, weil nach der Dekarbonisierung des Autoverkehrs weiter eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur gebraucht wird.

Bis 2030 will der Bund rund 8,2 Milliarden Euro in hessische Bundesfernstraßen investieren. Alle Prognosen gehen von einer weiteren starken Zunahme der Verkehre aus. Die Landesregierung will trotzdem 40 Prozent dieser Projekte nicht planen. Damit warten die Pendler weiter auf den dringend notwendigen Ausbau von 16 Ortsumgehungen an Bundesstraßen, die der Bund finanzieren will. Aber auch schon lange beschlossene Projekte werden immer wieder verschoben, wie der Riederwaldtunnel. Wir werden uns für die Bepanung der B508n zwischen dem Hattenbacher Dreieck und dem Kreuz Olpe-Süd einsetzen. Spätestens seit der Sperrung und Sprengung der Salzbachtalbrücke steht fest: Marode Autobahnbrücken werden auf Jahre zu Stauchoos führen und stellen ein Sicher-

heitsrisiko dar. Den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ wollen wir beenden. In Ballungsräumen sind Neubauten dringend notwendig, genauso wie auch Ortsumfahrungen in den Vororten. Wir brauchen ein Umdenken. Bei den Landesstraßen gibt es großen Sanierungsbedarf. Mehr als die Hälfte ist laut Straßenzustandsbericht in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. In einem ersten Schritt wollen wir die Investitionen in diesem Bereich dem Werteverzehr der Landesstraßen angleichen. Das allein ist zur Erhaltung des Bestandsnetzes notwendig. Aber wir wollen sogar einen Schritt weitergehen und die Landesstraßen ausbauen. Der wachsenden Region muss mit einem wachsenden Straßennetz Rechnung getragen werden. Wir wollen das Kommunale Interessenmodell (KIM) wiederbeleben. Das hat Kommunen ermöglicht, den Bau einer Ortsumfahrung vorzufinanzieren, sodass mehr Straßenbaumaßnahmen in kürzerer Zeit realisiert werden konnten.

Wir wollen die Planung von Baumaßnahmen beschleunigen. Versuche der Planungsbeschleunigung sind auf Landesebene gescheitert. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben der Bundesregierung, das Planungsrecht grundlegend zu reformieren und zu beschleunigen. Das Verfahren der Bürgerbeteiligung soll durch den Vorhabenträger durchgeführt und verantwortet werden. Gleichzeitig soll die Bürgerbeteiligung stärker in der frühen Planungsphase erfolgen, um langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Auszuschließen sind Doppelprüfungen in unterschiedlichen Genehmigungsverfahren. Externe Planungsbüros sollen stärker einbezogen werden. Die Bearbeitungszeiten sollen durch digitale Planung verkürzt werden. Wir möchten prüfen lassen, wie parlamentarische Entscheidungen den Entscheidungsprozess verkürzen können und ob sie als Teil des Verfahrens rechtlich zulässig und geeignet sind. Die FDP sieht viele Vorteile in einem mit der A5, A3 und A661 gut ausgebauten Autobahnring um Frankfurt. Dieser sollte auch als „Frankfurter Ring“ ausgeschildert und so aufgewertet werden.

**Politik,
die rechnen
kann**

Solide Finanzen sicherstellen, richtig in die Zukunft investieren, Steuern senken

Politik muss gestalten. Aber sie ist kein Wunschkonzert. Was für jeden Bürger selbstverständlich ist, muss auch für Staat und Politik gelten: nicht mehr Geld auszugeben, als man hat.

Solide Finanzen in einem Staat, der rechnen kann, waren, sind und bleiben unser Ziel. Sie sind Voraussetzung für Hilfen im Krisenfall. Nach der Krise dürfen die zusätzlichen Schulden aus der Krise junge Generationen nicht länger als notwendig belasten. Einem Aufweichen der Schuldenbremse treten wir deswegen entschieden entgegen.

Wir wollen, dass der Staat mit dem Geld der Bürger sparsam umgeht. Haushaltspolitische Nachhaltigkeit bedeutet auch Generationengerechtigkeit, weil sie Spielräume für die Zukunft erhält und damit im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Freiheitsrechte der zukünftigen Generationen sichert. Wir haben deshalb 2009 die erfolgreiche Volksabstimmung mitinitiiert, mit der die Schuldenbremse in die Hessische Verfassung aufgenommen wurde. Wir wollen, dass der Staat clever investiert, vor allem in Bildung. Wir wollen und werden eine neue Balance zwischen den Einnahmen der Bürger und den Einnahmen des Staates herstellen. Hessen hat die Grunderwerbsteuer über Gebühr erhöht und zwingt die Kommunen zu einer Steuererhöhungsspirale. Das wollen wir ändern.

Tilgungsplan für Altschulden vorlegen

Hessen hat damit begonnen, seine Altschulden zu tilgen. Wir setzen uns dafür ein, dass wir diesen Weg weitergehen und einen Tilgungsplan vorlegen, der festschreibt, wie und bis wann wir die Schuldentilgung erreicht haben wollen. Wir wollen nicht nur tilgen, wenn es die Haushaltslage überraschend zulässt. Zusätzliche Überschüsse sollen in Rückstellungen überführt werden, um auch in Zeiten schlechter Konjunktur und in Krisenphasen nicht auf die Aufnahme von Krediten angewiesen zu sein. Planungssicherheit muss gewährleistet sein, auch in Zeiten eines Zinsniveaustiegs oder wenn Steuereinnahmen unter ihren Schätzungen zurückbleiben. In den letzten Jahren waren es vor allem die

niedrigen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen, die einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben. Der Schuldenberg von rund 40 Milliarden Euro nach den allgemeinen Landesschulden zu Ende 2022 ist nach wie vor hoch. Schulden sind das Gegenteil von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Steigende Zinszahlungen reduzieren zusammen mit vielen weiteren Zahlungsverpflichtungen des Staates immer mehr den haushaltspolitischen Ausgabenspielraum: und damit auch die Zukunftschancen und die Möglichkeiten der Eigenentscheidung unserer Kinder und Enkel.

Der Staat ist der schlechtere Unternehmer – Besinnen auf Kernaufgaben

Trotz jährlicher Rekordsteuereinnahmen ist die Investitionsquote des Landes Hessen erschreckend niedrig. Um diese langfristig zu erhöhen, werden wir alle Landesbeteiligungen auf ihre strategische und inhaltliche Sinnhaftigkeit überprüfen. Hessen hält 49 unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen. Unserer Auffassung nach kann eine Unternehmensbeteiligung des Landes Hessen nur dann gerechtfertigt sein, wenn das Landesinteresse in einem klar definierten landespolitischen Ziel zum Ausdruck kommt, von überragender öffentlicher Bedeutung ist und ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Landesbeteiligung und der Zielerreichung zu erwarten ist. Die realisierten Einnahmen aus Privatisierung sollen dabei in einen Infrastrukturinvestitionsfonds fließen, der in der Höhe seiner Einnahmen für Investitionen zur Verfügung steht. Dies bietet die Möglichkeit, auch in Zeiten geringerer Einnahmen und konjunktureller Einbrüche, die Mittel aus dem Fonds zweckgebunden in Infrastruktur zu investieren.

Grunderwerbsteuer

Wir setzen uns für einen Freibetrag von mindestens 500.000 Euro beim Erwerb der ersten selbstgenutzten Immobilie ein. Dieser Freibetrag senkt die finanzielle Belastung erheblich und ermöglicht vielen Menschen den Traum der eigenen vier Wände. Gleichzeitig leistet er einen Beitrag zur Bekämpfung des Wohnraummangels, da eine niedrigere Grunderwerbsteuer nachweislich zu vermehrtem Wohnungsbau durch die Privatwirtschaft führt. Die Einführung eines solchen Freibetrags ist für Hessen günstiger als die Finanzierung staatlichen Neubaus,

da sich der privatwirtschaftliche Bau als wesentlich effizienter erwiesen hat. Darüber hinaus ist es mit unserem Verständnis von Eigentumsbildung unvereinbar, den Erwerb von Immobilien zu Lasten der Bürger zu erschweren, insbesondere wenn die Steuereinnahmen nicht maßgeblich für den Wohnungsbau genutzt werden.

Investitionen

Wir treten dafür ein, dass das Land Hessen mehr in die eigene Zukunft investiert. Dazu wollen wir eine Investitionsquote im Landeshaushalt etablieren. Die öffentlichen Investitionen müssen demnach mindestens in derselben Höhe sein wie die Abschreibungen, um die öffentliche Infrastruktur mindestens zu erhalten. Einen besonderen Schwerpunkt setzen wir in höhere Ausgaben für Bildung, insbesondere für frühkindliche Bildung, sowie in die Infrastruktur. Um die Digitalisierung voranzubringen, sollen Schulen besser ausgerüstet werden, das Gigabitnetz in Hessen ausgebaut und regionale Leuchttürme (Center of Innovation) entstehen, in denen Gründer, Hochschulen, Mittelständler und Bildungseinrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten. Der Ausbau des schnellen Internetzugangs soll vorrangig durch Glasfaserinfrastruktur bis zum Endkunden erfolgen. Insbesondere die strukturschwachen Räume werden wir dabei unterstützen. Die geschaffene Infrastruktur soll allen Zugangsanbietern gleichermaßen offenstehen. Die Gründerförderung soll ein weiterer Fokus unserer Arbeit sein. Auch in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung werden wir investieren, damit sie bürgerfreundlicher und effizienter werden kann.

Leistungsfähige Finanzverwaltung

Wir stehen für eine effiziente und leistungsstarke Finanzverwaltung. Die Digitalisierung und Automatisierung der hessischen Finanzverwaltung wollen wir fördern und ausbauen. Dafür wollen wir bedarfsgerecht ausbilden und die Fort- und Weiterbildungsangebote kontinuierlich verbessern und damit die Effizienz der Finanzverwaltung weiter stärken. Wir verstehen die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Finanzverwaltung als große Chance. Dies gilt vor allem für das E-Government und eine moderne Arbeitsorganisation. Hierdurch entstehende Effizienzpotenziale wollen wir identifizieren und nutzen. Insbesondere wollen wir das Risikomanagement weiterentwickeln und durch eine IT-gesteuerte

Kosten-Nutzen-Analyse die Schnelligkeit der Aufgabenerledigung erhöhen.

Gebührenstruktur der Landesverwaltung überarbeiten

Viele der derzeit erhobenen Gebühren stehen in keinem Verhältnis mit der damit verbundenen Aufgabe. Wir wollen die Gebührenordnung zeitgemäß aufstellen, indem wir Verwaltungsprozesse modernisieren und verschlanken.

Günstigerprüfung von Amts wegen

Der Staat soll nur die Steuern erhalten, die ihm auch zustehen. Wir werden darauf hinwirken, dass die Bürgerinnen und Bürger nur noch mit der Einkommensteuer belastet werden, die nach Rechtslage tatsächlich zu bezahlen ist. Die Günstigerprüfung soll deshalb generell von Amts wegen für die Veranlagungsform im Veranlagungsfall von Ehegatten durchgeführt und entsprechend veranlagt werden.

Abschaffung des Bargelds und Bargeldobergrenze verhindern

Wir setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns zum Beispiel, ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren oder Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten. Der Abschaffung des Bargelds und den Forderungen danach ist rechtzeitig Einhalt zu gebieten bzw. entgegenzutreten. Ein solcher Eingriff in die persönliche Freiheit der Bürger ist nicht zu verantworten. Bargeld ist ein persönliches Gut, das einzig und allein in der Verantwortung des freien Menschen steht. Bargeld per se als Instrument zur Steuerhinterziehung zu bezeichnen, rückt jeden barzahlenden Bürger pauschal in die Nähe der Steuerkriminalität. Eine Deckelung in der Höhe von Bargeldtransaktionen erteilen wir ebenfalls eine Absage. Eine Absage an die Chancen der Digitalisierung stellt dieses Plädoyer nicht dar.

Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen

Der Solidaritätszuschlag hat nach Auslaufen des Solidarpaktes II aus Sicht der Freien Demokraten keine Rechtfertigung mehr. Ohnehin sind die Gesamteinnahmen aus dem Solidaritätszuschlag höher, als Mittel für den Aufbau Ost tatsächlich eingesetzt wurden. Daher ist die teilweise Abschaffung nicht ausreichend. Sollte das Bundesverfassungsgericht im laufenden Verfahren daher den Solidaritätszuschlag nicht für verfassungswidrig erklären, werden wir uns politisch für die vollständige Abschaffung einsetzen.

Abschaffung Solidaritätsumlage

Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) wollen wir Nachbesserungen erreichen und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Kommunen sicherstellen. Dazu soll der KFA evaluiert und gemeinsam mit den Kommunen an Verbesserungen gearbeitet werden. Die Solidaritätsabgabe, die wirtschaftlich erfolgreiche Kommunen leisten müssen, halten wir für leistungsfeindlich. Wir werden diese daher abschaffen.

Grundsteuer

Hessens Gemeinden liegen bei den Grundsteuerhebesätzen im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Das macht Hessen als Wohnort unattraktiver. Wir fordern daher eine Festsetzung einer Höchstgrenze für die Realsteuerhebesätze. Dies wäre gleichzeitig auch eine Deckelung von Nebenkosten für Mieter in Hessen. Die Höhe einer solchen Maximalgrenze für die Grundsteuer soll gutachterlich in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet werden.

Wir lehnen die Einführung einer landesweiten Grundsteuer C weiterhin ab. Die Grundsteuer C hat sich in der Vergangenheit als Förderprojekt für Grundstücksspekulation und gegen privaten Wohnungsbau erwiesen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wollen wir es den Gemeinden selbst überlassen, diese Form der Flächenbesteuerung einzuführen. Als Voraussetzung sehen wir die Reduzierung der Belastung durch die Grundsteuer B im selben Umfang wie die prognostizierten Einnahmen durch die Umsetzung der Grundsteuer C.

Standards überprüfen und anpassen

Die kommunalen Verwaltungen werden von Brüssel, Berlin und Wiesbaden mit Gesetzen und Verwaltungsvorschriften regelrecht erwürgt. Diese vielen Vorschriften und Verordnungen führen zu enormem Verwaltungsaufwand und Kosten. Wir wollen den Kommunen entsprechend das Leben erleichtern. Wir brauchen eine Aufgabenkritik, die das Ziel hat, unnötige Gesetze abzuschaffen und komplizierte Vorschriften auch für kleine Verwaltungen so zu vereinfachen, dass diese auch mit den kommunal vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden können.

Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs

In den vergangenen Jahren wurde durch Steuererhöhungszwänge im Rahmen der sogenannten Herbstlerasse der Kommunalaufsicht und durch die Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs die kommunale Selbstverwaltung erheblich beschnitten. Kommunalparlamente mussten die Steuern pauschal ohne jeglichen eigenen Ermessensspielraum erhöhen. Wir Freie Demokraten werden die Eigenverantwortung der Kommunalparlamente wieder in den Vordergrund rücken und diese stärken. Nur so wird man auch in Zukunft Menschen finden, die sich ehrenamtlich für ihre Kommunen einsetzen wollen. Die Steuererhöhungserlasse der Landesregierung sind daher aufzuheben und die Steuererhöhungsspirale bei Grund- und Gewerbesteuer damit zu beenden. Für uns sind die Hauptkriterien einer sachgemäßen Finanzpolitik gegenüber den Kommunen die Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung und der Konnexität. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung wiederherstellen.

Der Kommunale Finanzausgleich muss überarbeitet werden, insbesondere bzgl. der Mittel für den ÖPNV, Krankenhäuser und Asyl/Flüchtlinge. Für uns Freie Demokraten ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung, dass die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Städte und Gemeinden erhalten bleibt. Gerade in Zeiten der Krise, wie wir sie gegenwärtig mit den Herausforderungen der geopolitischen Lage erleben, gewinnt dieser Aspekt besondere Bedeutung. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen haben auch auf die

Städte und Gemeinden Einfluss, die zudem mit den finanziellen Einbußen der Corona-Pandemie zu kämpfen haben. Die Städte und Gemeinden sind in der Regel die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger; hier haben die Handlungsfähigkeit und die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungen eine ganz besondere Bedeutung für das Vertrauen in staatliche Institutionen. Die Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung lösen jedoch die bestehenden langfristigen Herausforderungen nicht. Wir Freie Demokraten wollen langfristig die kommunale Selbstverwaltung erhalten und stärken und nicht schwächen und dazu auch die finanzielle Souveränität der Städte und Gemeinden erweitern. Dazu bedarf es einer langfristig ausreichenden Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, einer vollständigen Übernahme sämtlicher Kosten für ihnen übertragene Aufgaben und eines Ausbaus der kommunalen Zusammenarbeit, um bei grundsätzlicher Wahrung der gewachsenen Strukturen den Veränderungen Rechnung zu tragen. Die unbedingte Wahrung des Konnexitätsprinzips (wer Aufgaben auf die Städte und Gemeinden überträgt, hat die damit verbundenen Kosten vollständig auszugleichen) bei gleichzeitiger Schaffung von Anreizen für eine effiziente und sparsame Mittelverwendung ist für uns ein zentraler Baustein zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Städte und Gemeinden müssen insbesondere in ihren Kernaufgaben handlungsfähig bleiben können. Der Bau und vor allem die dauerhafte und verlässliche Erhaltung von zentralen und notwendigen Infrastrukturen wie Schulen, Kitas, Sportflächen, Verkehrswegen für alle Verkehrsmittel und Verkehrsteilnehmer sowie die Bereitstellung eines breiten Kulturangebotes müssen gerade auch in Krisenzeiten gewährleistet bleiben. Das schafft nicht nur Vertrauen, es stabilisiert auch die mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe in den Städten und Gemeinden. Derartige dauerhaft verlässliche kommunale Investitionen in die Infrastrukturen ziehen wir daher kurzfristigen Konjunkturprogrammen vor, die oft zu Projekten ohne langfristigen Nutzen führen.

Sofern die Städte und Gemeinden bestimmte Aufgaben nicht selbst oder aufgrund ihrer besonderen Situation nur unzureichend erbringen können oder wollen, sollte die erste Maßnahme immer die Förderung und Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sein. Wir fordern und unterstützen

jede Form des Ausbaus der interkommunalen und regionalen Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und Kreisen. Hier sind Landesmittel auch besser aufgehoben als durch eine Verteilung der Steuermittel nach „Gutsherrenart“. Für uns Freie Demokraten ist dabei besonders wichtig, dass auch die interkommunale Zusammenarbeit demokratisch kontrolliert und legitimiert wird. Daher setzen wir uns dafür ein, interkommunale parlamentarische Versammlungen zu ermöglichen.

In Bezug auf die Straßenausbaubeiträge sind wir Freie Demokraten der Auffassung, dass die Kommunen in der Lage sein müssen, ihren Aufgaben nachzukommen und über die entsprechende finanzielle Ausstattung zu verfügen. Da dies vor allem im ländlichen Raum nicht der Fall ist, gleichzeitig dort der Investitionsstau aber besonders groß ist, wollen wir eine bessere Ausstattung gerade der kreisangehörigen Kommunen und der Kommunen mit vielen Kilometern Straße in ihrer Baulast erreichen. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, dass sie sowohl die Straßen sanieren als auch die Beiträge abschaffen können. Die Bedarfe der Kommunen für die Instandhaltung und Sanierung ihrer kommunalen Straßen müssen im KFA entsprechend berücksichtigt werden. Wir wollen die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich entlasten. Mit diesem Vorgehen wahren wir die kommunale Selbstverwaltung und geben den Kommunen durch die Gewährung adäquater finanzieller Mittel die Möglichkeit, eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorzunehmen. Wir wollen das Programm „laufende Zuweisungen für Straßen kommunaler Träger“ von jeweils 18 auf 78 Millionen Euro anheben. Diese zusätzlichen Mittel sollen schwerpunktmäßig den kreisangehörigen Kommunen zur Verfügung stehen und sich an der Anzahl der Straßenkilometer in Baulast der Kommune orientieren.

Starke Heimat Hessen: Gewerbsteuerumlage abschaffen

Wir wollen die Gewerbsteuerumlage abschaffen, auch wenn der Staatsgerichtshof entschieden hat, dass sie grundsätzlich verfassungsgemäß ist. Kommunales Geld wird als Landesgeld verkauft, womit die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen getreten wird. Aus unserer Sicht ist es unverschämte, dass die Landesregierung den Kommunen über 400 Millionen Euro wegnimmt und sich dann

mit diesem kommunalen Geld mit fremden Federn schmückt. Die Gewerbesteuereinnahmen gehören den Kommunen und dort sollten sie auch bleiben. Zuerst wollte der Finanzminister die Gewerbesteuerumlage beibehalten, um die Hessenkasse zu finanzieren. Nur nach erheblichem Druck der Opposition konnte dieses Vorhaben abgewendet werden. Nun will das Land den Kommunen vorschreiben, in welche Bereiche die 400 Millionen Euro von den Kommunen zu investieren sind. Damit verplant das Finanzministerium die Gelder der Kommunen – dabei wissen die Kommunen viel besser, in welchen Bereichen es Investitionsbedarf gibt und für welche Bereiche eine Verwendung notwendiger ist als für andere Bereiche. Insoweit scheint der Finanzminister den Kommunen nicht zuzutrauen, selbst die Entscheidungen hinsichtlich der Verwendung ihrer Einnahmen zu treffen. Wir wollen die Gewerbesteuerumlage abschaffen und unsere hessische Heimat stärken, indem wir dies mit eigenen Mitteln aus seinem Landeshaushalt tun. Insbesondere die großen Städte und boomenden Regionen werden durch die Gewerbesteuerumlage finanziell geschwächt.

**Selbst-
bestimmt in
allen Lebens-
lagen – Innen,
Gesellschaft
und Religion**

Eine liberale Innenpolitik in einem liberalen Hessen

Selbstbestimmt in Freiheit und Sicherheit leben

Wir wollen, dass die Menschen selbstbestimmt in Freiheit und ohne Angst leben können. Dafür brauchen wir einen Rechtsstaat in guter Verfassung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat überall gilt, sich zu verteidigen weiß und in jedem Winkel unseres Landes auch durchgesetzt wird. Es ist eine „Kultur um der Freiheit willen“, welche die Grundlage unseres Zusammenlebens darstellt. Diese Freiheitskultur unserer offenen Gesellschaft wird bedroht wie selten: von internationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität und den Ewiggestrigen an den politischen Rändern.

Mehr Stellen und bessere Ausstattung für die Polizei

Mit 1.500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten (bis 2027) fordern wir eine starke Präsenz der hessischen Polizei. Denn das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird nicht allein durch die abstrakte Bedrohung durch den Terror, sondern ganz besonders durch Alltagskriminalität wie Diebstähle, Körperverletzungen oder Wohnungseinbrüche erschüttert. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir auch das Programm „Schutzmann vor Ort“ weiter ausbauen.

Wir stehen dafür ein, dass sich unsere Polizeivollzugskräfte auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Bestehende Dokumentationspflichten sind kritisch zu prüfen und auf das zu reduzieren, was rechtsstaatlich notwendig und geboten ist. Wir wollen die Zahl der Polizeiverwaltungsangestellten erhöhen, die sich um administrative Tätigkeiten wie Schreibarbeiten und Datenverarbeitung kümmern.

Strukturreformen bei der Polizei angehen

Die Zusammenlegungen von Ausbildungsstellen (HfPV/Polizeiakademie), Revieren sowie Dienstleistungseinheiten (Kurierdienste, Druckereien) müssen geprüft sowie Kooperationen (Wasserschutzpolizei) ausgeweitet werden.

Im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes fordern wir eine kritische Evaluation insbesondere im Hinblick auf die notwendigen Voraussetzungen für eine Übernahme in den freiwilligen Polizeidienst sowie auf dessen Einsatzfelder.

Zudem sollen Aufgaben an die Ordnungsämter übertragen werden, wo dies möglich ist. Hoheitliche Aufgaben dürfen jedoch nicht privatisiert werden.

Polizeifachkräfte gewinnen – Attraktivität des Polizeidienstes steigern

In Zukunft müssen für den Polizeidienst weiterhin verantwortungsbewusste und qualifizierte Anwärter gewonnen werden. Dies funktioniert nur, indem der Polizeiberuf wirtschaftlich attraktiv gehalten wird und innerhalb der Polizei bei entsprechender Leistung Aufstiegs- und Weiterentwicklungschancen geschaffen werden. Gut ausgebildeten Realschülern soll der berufliche Einstieg in den hessischen Polizeidienst wieder ermöglicht werden. Wir wollen deshalb das neue Berufsbild von Polizeiverwaltungsassistenten schaffen und über diesen Einstieg und eine Weiterqualifikation mit Fachhochschulreife den Aufstieg in den Polizeivollzugsdienst ermöglichen. Auch in Zukunft muss gewährleistet bleiben, dass Polizeianwärter dem physischen, vor allem aber dem psychischen Druck, der sie im Dienst erwartet, gewachsen sind. Echte berufliche Aufstiegschancen innerhalb des Polizeidienstes sowie die bessere Abbildung besonderer Qualifikationen, Erfahrungen und Tätigkeiten im Rahmen des Besoldungsrechtes sind Teil unserer Agenda. Daher fordern wir auch eine grundsätzliche Neuordnung der Laufbahnen, um zum Beispiel die Schaffung von Funktionsstellen für spezifische Themen (etwa im Bereich der Herausforderungen der Digitalisierung) zu erleichtern.

Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Wir möchten die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage aus Wertschätzung für unsere Polizistinnen und Polizisten in Hessen einführen. Dies soll ebenfalls zum Anlass genommen werden, das Zulagen-system insgesamt zu überarbeiten.

Digitalisierungsoffensive Polizei

Wir fordern eine Digitalisierungsoffensive innerhalb der hessischen Polizei. Dies ist nicht nur notwendig, um mit den allgemeinen Digitalisierungs-entwicklungen Schritt zu halten, es ist auch ein wichtiger Baustein, den Polizeidienst als modernen Beruf an einem modernen Arbeitsplatz attraktiv darzustellen. Beispielsweise bedarf es mit Blick auf die fortschreitende Spezialisierung von Tätern (im digitalen Bereich) ebenso hochspezialisierter Kräfte seitens der Polizei.

Wir sehen es angesichts des erheblichen Anstiegs der Cyberkriminalität für zwingend notwendig an, die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) sowie die Cybersecurity-Forschung (bspw. im Rahmen des Center for Advanced Security Research Darmstadt (CASED) mit Hilfe des LOEWE-Programms) weiter zu stärken. Außerdem soll jeder Streifenwagen mit mobilen Geräten sowie polizeispezifischen Softwareapplikationen (Apps) ausgestattet werden, sodass Polizeivollzugskräfte jederzeit im Einsatz auf alle vorliegenden Informationen zurückgreifen und Vorgänge sofort digital dokumentieren können. Ein Stellenabbau kommt vor diesem Hintergrund weder in der Polizeiverwaltung noch beim Polizeivollzugsdienst in Frage. Da es innerhalb der bestehenden Besoldungsordnung nicht immer gelingen wird, Experten für besondere technische oder auch wirtschaftskriminologische Zusammenhänge zu finden, wollen wir die Möglichkeiten ausweiten, externe „Hilfskräfte“ bspw. zur Auswertung von Daten oder Finanzströmen hinzuzuziehen.

Soweit es mit den dienstlichen Anforderungen in Einklang zu bringen ist, möchten wir auch im Polizeidienst die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens vorantreiben.

Ausstattung verbessern

Wir unterstützen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der sachlichen Ausstattung und der Einsatzmittel der Polizei. Wir fordern, dass die Nutzung von Tasern bereits im Rahmen der Ausbildung für Polizeibeamtinnen und -beamte verpflichtend wird. Darüber hinaus sollen regelmäßig Schulungen hinsichtlich der Nutzung von dieser stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass in jedem Polizeiwagen ein Taser als Ausstattung gegeben ist.

Wir verurteilen Pläne zur Verwendung von Staats-trojanern, Massenüberwachung privater Kommunikation sowie Durchsuchungen privater Cloudinhalte aufs Schärfste.

Die Nutzung von predictive policing beobachten wir kritisch, die Nutzung muss datenschutzkonform sein und lediglich als Hilfsmittel für Polizisten dienen. Deswegen wollen wir die weitere Entwicklung in diesem Gebiet kritisch begleiten. Wir versprechen uns hiervon neue Ansätze, um insbesondere die Einbruchskriminalität in Hessen einzudämmen. Wir werden dabei konstruktiv-kritisch im Auge behalten, ob und gegebenenfalls inwieweit hierdurch in Freiheitsrechte eingegriffen würde. Eine Ausweitung der aktuell möglichen technischen Überwachung lehnt die FDP ab. Angewendete Überwachungen sind unabhängig wissenschaftlich zu evaluieren. Die FDP fordert eine jährliche Überwachungsgesamtrechnung für Hessen, in der alle durchgeführten Überwachungen der Telekommunikation, Online-Durchsuchungen und installierte Videoüberwachungen und daraus resultierende Ermittlungserfolge summarisch aufgeführt sind.

DNA-Analyse

Wir befürworten eine Ausweitung der DNA-Analyse auch auf äußere Merkmale wie Haar, Augen und Hautfarbe sowie Herkunft bei schwersten Straftaten wie z. B. Mord, Totschlag und schweren Sexualdelikten. Hierdurch können zum einen schnellere Fahndungserfolge erreicht werden, zum anderen geraten Unschuldige nicht mehr (so leicht) ins Visier der Ermittler.

Zeitgemäßes Verfassungsschutzgesetz für Hessen

Wir werden ein modernes Verfassungsschutzgesetz vorlegen, welches die Stellungnahme der überparteilichen Expertenkommission in Hessen umfassend aufnimmt und umsetzt. Inhaltlich gehört hierzu insbesondere die Erweiterung und Verbesserung parlamentarischer Kontrolle durch Ausweitung der Befugnisse und Möglichkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz („PKV“), insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit, Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vorzuladen und eigene Ermittlungen anzustoßen. Dazu gehört auch das Recht für Angehörige des Landesamtes für Verfassungsschutz, sich in dienstlichen Angelegenheiten direkt an die Kontrollkommission zu wenden („Whistleblowerregelung“).

Ausbildungsstandards müssen sich in Zukunft klar an den Vorgaben des Bundesgesetzes orientieren. Außerdem muss den Mitgliedern der Kontrollkommission das Recht eingeräumt werden, Mitarbeiter zu ihrer Arbeit hinzuzuziehen und sich vertraulich mit ihrem Fraktionsvorsitzenden auszutauschen.

Brand- und Katastrophenschutz

Durch die weitestgehend ehrenamtliche Struktur im Brand- und Katastrophenschutz übernehmen die Bürgerinnen und Bürger in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens große Verantwortung und Aufgaben, die als Gefahrenabwehr originär in die Zuständigkeit des Staates fallen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass hierfür zumindest die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie die Grundlage für einen möglichst gefahrlosen Einsatz bilden. Dies bedeutet im Einzelnen: Erleichterungen für den Feuerwehrführerschein, flexible Einsatzmöglichkeiten auch für nur noch beschränkt einsatztaugliche Kräfte, eine moderne Ausstattung der Landesfeuerweherschule und die Bereitstellung von Schulungsmöglichkeiten (bspw. für Einsatzfahrzeugführer) in Zusammenarbeit mit den hessischen Berufsfeuerwehren und der hessischen Polizei.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Berichtspflichten der Feuerwehr gegenüber dem hessischen Ministerium des Innern minimiert werden, um von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Feuerwehren bei Unfällen künftig wieder rechtssicher auch komplexe

Warneinrichtungen mit verkehrsleitenden Funktionen verwenden dürfen, die Kommunen hinreichend unterstützt werden und die Koordinierung verbessert wird.

Die für die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren geltenden Altersgrenzen wollen wir flexibilisieren, um körperlich sowie geistig fitte Engagierte nicht gegen ihren Willen aus dem Ehrenamt zu entlassen und die Freiwilligen Feuerwehren insbesondere im ländlichen Raum zu stärken.

Die Förderung der Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten sowie der Errichtung von Gebäuden für künftig geplante Geräte wollen wir ausbauen. Dabei wollen wir besonders die überörtliche gemeinsame Beschaffung von einheitlichem Gerät unterstützen.

Freiheitliches Versammlungsrecht

Ein Versammlungsrecht, das den Namen Freiheit im Titel verdient hat, garantieren nur die Freien Demokraten. Wir wollen keine staatlich orchestrierte Versammlungsfreiheit, sondern einen möglichst staatsfreien Raum zur Meinungsbildung gewährleisten. Freie Versammlungen und Diskurse stärken den Staat und gefährden ihn nicht. Wir sind gegen präventive Videoaufzeichnungen und verdeckte Polizisten auf Versammlungen, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht.

Wir Freie Demokraten stehen für ein freiheitsorientiertes Versammlungsrecht ein, das auch die Freiheit und Rechtsgüter Dritter respektiert. Die schikanöse Störung und andauernde Gefährdung von Rechtsgütern anderer sind nicht von der Versammlungsfreiheit gedeckt. Wir wollen prüfen, ob Versammlungen an bestimmten Orten, die stets Rechtsgüter anderer erheblich gefährden, wie auf Autobahnen oder unmittelbar vor Schwangerschaftskonfliktberatungen, gesetzlich verhindert werden können.

Videoüberwachung an neuralgischen Punkten

Wir setzen uns entschieden gegen anlasslose und flächendeckende Videoüberwachung ein.

Sie stellt keinen Ersatz für die Präsenz von Polizeikräften vor Ort dar.

Nur vereinzelt können Überwachungskameras an neuralgischen Punkten einen ausreichenden Beitrag zur Aufklärung von Kriminalität liefern. Deshalb bedarf es einer sehr genauen Prüfung der Verhältnismäßigkeit und Aufnahmen müssen – sollten sie keine strafrechtlichen Inhalte enthalten – nach gewisser Zeit (bspw. maximal 48 Stunden) durch das Überschreiben der Aufnahmen sicher gelöscht werden.

Landesgesetzliche Regelung zur Waffenverbotszone

Wir möchten eine klare landesgesetzliche Regelung schaffen, die konkret definiert, unter welchen Bedingungen Waffenverbotszonen an welchen Orten eingerichtet werden können und welche „Waffen“ hiervon erfasst werden. Dies sorgt zum einen für Rechtssicherheit der Kommunen und beugt zugleich unverhältnismäßigen Eingriffen in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger vor.

Statistische Erfassung der Kriminalitätsentwicklung

Die jährlich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gibt erste Anhaltspunkte über die Entwicklung von Straftaten in Hessen. Jedoch können darin nur solche Taten Berücksichtigung finden, die der Polizei auch bekannt werden. Um frühzeitig durch politische Maßnahmen negativen Veränderungen der Kriminalitätsstruktur begegnen und entsprechende Maßnahmen verlässlich evaluieren zu können, ist es jedoch zwingend nötig, ein verlässlicheres Bild über die tatsächliche Kriminalität in Hessen zu erhalten. Hierzu soll ergänzend zur PKS in regelmäßigen Abständen eine entsprechende Dunkelfeldstudie als Längsschnittstudie durchgeführt werden. Dabei ist die Kooperation mit den hessischen Hochschulen und Universitäten zu forcieren.

Extremismus jedweder Art konsequent begegnen

Für uns gilt der Grundsatz „keine Toleranz für die Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung“ – unabhängig davon, ob diese aus dem rechten, linken oder islamistischen Spektrum, aus dem Inland oder Ausland kommen. Sowohl bei der Präventionsarbeit als auch bei der Verfolgung und Ahndung von Straftaten darf es keinen Unter-

schied machen, welche radikale Weltanschauung zugrunde liegt. Das beste Mittel dagegen ist, das Abgleiten in Extremismus von vornherein zu verhindern. Hierzu setzen wir auf den intensiven Dialog mit allen Vertretern der entsprechenden Verbände, Vereine und Gruppierungen. Die erfolgreiche Arbeit des Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus (HKE) im Bereich der Deradikalisierung und Prävention gegen Rechts-Extremismus werden wir auf dem derzeitigen hohen Niveau fortsetzen. Deradikalisierungs- und Präventionsprogramme in Zusammenarbeit mit dem Violence Prevention Network (VPN) werden wir auch weiterhin im bestehenden Rahmen unterstützen und prüfen, inwieweit diese weiter ausgebaut werden müssen und können.

Wir verurteilen jede Form von psychischer oder physischer Gewalt gegen Gruppen oder Einzelpersonen, die ihrer Identität in der Öffentlichkeit Ausdruck verleihen. Solange irgendeine jüdische Einrichtung in diesem Land unter Polizeischutz stehen muss, so lange ist die Arbeit bei der entschiedenen Bekämpfung von allen Formen des Antisemitismus nicht erledigt. Der wachsende Antisemitismus muss durch Präventions- und Aufklärungsprogramme ebenso bekämpft werden wie durch eine konsequente Strafverfolgung; es gibt keine Toleranz gegenüber Antisemitismus. Als besondere Form des Antisemitismus verurteilen wir auch den Ansatz, den Staat Israel und seine Institutionen zu dämonisieren, zu delegitimieren oder auf Basis von Maßstäben anzugreifen, die so an keinen anderen Staat dieser Welt angelegt werden. Unsere Freundschaft zum jüdischen Staat Israel und unser Einstehen für die Legitimität seiner Existenz in gesicherten Grenzen sind für uns unverhandelbare Staatsräson. Wir dulden es nicht, wenn dieses in Wort oder Tat angezweifelt wird.

Wir wollen die Implementierung folgender Maßnahmen prüfen: Spezialzuständigkeit bei Polizeibehörden für den Bereich des Rechtsextremismus; Stärkung der Staatsschutzabteilungen bei der Polizei und entsprechende Sonderzuständigkeiten bei Staatsanwaltschaften; standardmäßige Sicherheitsüberprüfung nach Maßgabe des SÜG 1 des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes bei Neueinstellungen von Polizeibeamtinnen und -beamten; Stellenaufwuchs in den Sicherheitsbehörden (insbesondere beim LfV) – dieser soll auch dafür genutzt werden, die Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden zu

stärken; Erweiterung von Sicherheitsvorkehrungen an Synagogen und Moscheen; effizientere Entwaffnung gewaltbereiter Rechtsextremisten, insbesondere auch der sog. „Reichsbürger“ (allein die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene muss zu einer waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit führen); zusätzliche Bereitstellung von Mitteln für ein spezifisches Programm gegen Linksextremismus. Insgesamt sind die bestehenden Programme gegen Extremismus auch vor dem Hintergrund gewaltgeneigter Protestformen im Bereich Klimaschutz zu evaluieren.

Höhere Gebühren für Polizeieinsätze

Rechtswidrige Protestformen wie die Straßenblockaden der Klimakleber stören nicht nur die Freiheit aller. Die mutwillig provozierten Polizeieinsätze sind auch teuer. Die Kosten, die die Allgemeinheit zu tragen hat, werden durch die bislang erhobenen Gebühren nicht ausreichend gedeckt. Neue Protestformen erfordern teils beachtlichen Aufwand der Polizei, wie etwa das Herausfräsen von Händen, die mit speziellem Kleber an Straßenbeton geklebt werden. Wir Freie Demokraten werden das Kostenrecht überarbeiten und die entsprechenden Gebühren erhöhen, damit Kostendeckung gewährleistet wird.

Gefährderüberwachung mittels elektronischer Fußfessel

Wir wollen eine gesetzliche Grundlage im hessischen Polizeirecht schaffen, durch die eine Überwachung von identifizierten Gefährdern mittels elektronischer Fußfessel zum Zwecke der Gefahrenabwehr durch richterliche Anordnung möglich wird. Die elektronische Fußfessel kann als ergänzendes sicherheitspolitisches Instrument einen erheblichen Sicherheitsbeitrag leisten. Darüber hinaus stellt der Einsatz der elektronischen Fußfessel gegenüber der Überwachung durch Beamte „auf Schritt und Tritt“ einen geringeren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen dar.

Sicherheit bei Großveranstaltungen

Das Gewaltmonopol in unserer Rechtsordnung liegt allein beim Staat. Dies gilt auch für Großveranstaltungen. Wir sprechen uns daher gegen die Kostenbeteiligung von Veranstaltern oder Vereinen an Polizeieinsätzen aus. Stattdessen sollten die

unmittelbaren Störer im Zusammenwirken mit den Vereinen und den Fanggruppierungen stärker in den Blick und für entstandene Kosten in Anspruch genommen werden. Hier muss der Rechtsstaat einerseits friedliche Fans schützen und andererseits klarmachen, dass Gewalt weder bei Fußballspielen noch auf anderen Großveranstaltungen etwas zu suchen hat. „Fankultur“ legitimiert keine Gewalt. Die Begrenzung der Rechte von Gästefans bei Auswärtsspielen, etwa durch vorgeschriebene Anreisewege oder -mittel, ist kein probates Mittel, um gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern, und schränkt überdies die allgemeine Handlungsfreiheit unbescholtener Fans in unverhältnismäßiger Weise ein.

Enquete-Kommission zur Demokratiestärkung und Extremismusbekämpfung

Hessen war in den letzten Jahren immer wieder im Fokus aufgrund von extremistischen Anschlägen, beispielsweise dem Mord an Dr. Walter Lübcke oder dem Attentat in Hanau. Die furchtbaren Taten dürfen nicht instrumentalisiert werden und es gilt ein Klima aus Hass, Vorurteilen und Angst zu verhindern. Die Geschehnisse zeigen jedoch, dass es hinsichtlich der Bekämpfung von Rechtsextremismus einen großen Handlungsbedarf gibt – er ist eine ständige Bedrohung unserer offenen und freien Gesellschaft und muss daher stärker in den Fokus der Politik und der Sicherheitsbehörden gelangen. Wir setzen uns daher für die Gründung einer Enquete-Kommission ein, die eine Analyse der bestehenden Angebote zur Bekämpfung von Extremismus vornimmt.

Wertschätzung gegenüber den Landesbediensteten

Land Hessen als Arbeitgeber attraktiver machen

Wir wollen, dass das Land Hessen auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Eine leistungsfähige Ver-

waltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Hierzu gehört, dass die verfassungsmäßige Besoldung für Beamte unverzüglich wiederhergestellt wird. Konkret werden wir uns an den Vorgaben des BVerfG orientieren und insbesondere das Mindestabstandsgebot von 15 Prozent zum Grundsicherungsniveau halten. Sowohl Tarifbeschäftigte als auch die Beamtenschaft dürfen nicht einfach von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Wir wollen stattdessen eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente. Auch wollen wir prüfen, ob die Vergütungsstrukturen des öffentlichen Dienstes noch im richtigen Verhältnis zu den Strukturen außerhalb des öffentlichen Dienstes stehen. Insbesondere sollte auch der höhere Dienst aus unserer Sicht flexibler und finanziell attraktiver werden, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die klügsten Köpfe bestehen und neue Herausforderungen wie im Bereich IT/Digitalisierung meistern zu können.

Kommunale Selbstbestimmung stärken statt schwächen

Handlungsfähige Kommunen

Wir wollen die bestehenden Programme zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit ausweiten und Fusionen auch durch Altschuldenübernahme oder den Verbleib von Synergiegewinnen bei den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs finanziell fördern. Dies soll künftig auch für (Land-)Kreise und kreisfreie Städte möglich sein. Grundprinzip bleibt auch hier die Freiwilligkeit. Daher werden wir – wie es derzeit für Gemeinden bereits geregelt ist – die Möglichkeit schaffen, dass die Einwohner der Kreise im Wege eines „Kreisesentscheides“ am Ende selbst darüber abstimmen können, ob Fusionen stattfinden oder nicht.

Auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen statt Lenkung durch Landesprogramme und Hessenkasse

Im Bewusstsein der Fehlanreize der derzeitigen Einnahmestrukturen der kommunalen Ebene in Deutschland bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung fordern wir Freie Demokraten eine Erhöhung des Gemeindeanteils an den Gemeinschaftssteuern (insbesondere Umsatzsteuer und Einkommensteuer). Dabei geht es insbesondere darum, dass die Entwicklung von Baugebieten im Vergleich zur Entwicklung von Gewerbegebieten, z. B. durch den Bau und Unterhalt von Schulen und Kitas, zu Folgekosten führt, was allzu oft dazu führt, dass Gewerbeflächen statt der gerade im Ballungsraum so notwendigen Bauflächen entwickelt werden. Wir wollen beides möglich machen und durch die strukturellen Änderungen erreichen, dass die Entscheidungen vor Ort nach sachlichen Erwägungen und nicht nur mit Blick auf die Gewerbesteuer erfolgen.

Wir wollen, dass sich gutes Wirtschaften dann im öffentlichen Bereich lohnt. Eine Kommune, die gut wirtschaftet, darf nicht bestraft werden. Statt durch Sonderregelungen für die Kommunen vorgesehene Mittel mit zusätzlichen Bedingungen zu versehen, die verfassungsrechtlich durchaus fragwürdig sind, fordern wir, dass Bund und Land die erforderlichen Mittel für übertragene Aufgaben bedingungslos und in der notwendigen Höhe zur Verfügung stellen. Wir setzen uns für eine kritische Evaluation der unüberschaubaren Förderlandschaft des Landes ein. Stattdessen fordern wir, dass die Analyse für den kommunalen Finanzbedarf nach dem Alsfeld-Urteil auf transparenten, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten Kriterien erneut durchgeführt wird. So sollen die Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung erhalten, die eine echte kommunale Selbstverwaltung ermöglicht.

Digitalisierung der kommunalen Gremienarbeit

Durch die Digitalisierung der kommunalen Gremienarbeit in unseren Städten und Gemeinden wird einerseits Transparenz zum Bürger geschaffen und andererseits ist diese dringend notwendig, um auch in Krisen voll handlungsfähig zu sein. Die Mandatsträger müssen künftig vollständig papierlos

arbeiten können. Die Gemeindeordnung wollen wir dahingehend modernisieren, dass Beschlüsse von Gemeindevertretungen und Gemeindevorständen auch digital gefasst werden können. Den Mandatsträgern sollten sowohl digitale Endgeräte als auch die entsprechenden Systeme (z. B. für Videokonferenzen und gemeinsame Arbeit an Dokumenten) für ihre Arbeit sowie die zur Verwaltung der Geräte benötigte Software zur Verfügung gestellt werden.

Förderung von interkommunaler Zusammenarbeit

Wir wollen die Vereinfachung von interkommunaler Zusammenarbeit durch die Unterstützung des Landes fördern. Aus unserer Sicht muss das System der Mittelzentren differenziert werden, da diese Orte im ländlichen Raum größere Gebiete zu versorgen haben als z. B. im Rhein-Main-Gebiet. Wir wollen feste Kooperationen benachbarter Zentren etablieren – etwa in der Gesundheitsversorgung, beim Betrieb von Sportstätten, bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten oder im Öffentlichen Nahverkehr. So können die Orte etwaige Defizite gegenseitig ausgleichen.

Sicherheitsarchitektur in den Kommunen

Wir wollen die Kommunen dazu ermuntern, bei KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) mitzumachen. Es ist ein Angebot an die Städte und Gemeinden mit dem Ziel, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenaue Lösungen für Probleme vor Ort aufzubauen. Dabei soll Bestehendes auf den Prüfstand gestellt und eine detaillierte Maßnahmenliste erstellt werden, wie die Sicherheit vor Ort weiter verbessert werden kann. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. Von grundlegender Bedeutung ist, dass alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen, sowie die Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch geholt werden. Unser Ziel ist, dass alle hessischen Kommunen Teil von KOMPASS werden und so die Sicherheit vor Ort gewährleistet wird.

Wahlrecht und Bürgerbeteiligung

Wahlrechtsreform für den Landtag

Wir wollen den Landtag „kleiner machen“, um seine Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. zu verbessern und den Steuerzahler nicht unnötig zu belasten. Daher setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig das Wahlrecht dahingehend reformiert wird, dass die Zahl der Abgeordneten sicher auf 110 begrenzt wird. Daher soll es in Hessen zukünftig 45 Wahlkreise, mithin 45 Direktmandate geben sowie 65 Mandate über die Listen der Parteien. Die Zahl der Überhangmandate und die Wahrscheinlichkeit einer Vergrößerung des Landtags werden dadurch geringer.

Aktives Wahlrecht ab 16

Die Freien Demokraten Hessen fordern eine Absenkung des Mindestalters zur Ausübung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre für die Wahlen zum Hessischen Landtag und für Kommunalwahlen in Hessen. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation und das vornehmste Recht in einer Demokratie. Konsequenzen politischer Entscheidungen werden auch immer von jungen und künftigen Generationen getragen. Sie sind es, welche die Folgen der Renten-, Finanz-, Digital- und Klimapolitik am stärksten treffen. Die Fehlentscheidungen von heute stellen sie vor die vollendeten Tatsachen von morgen.

Briefwahlen besser schützen

Die FDP Hessen will bei Briefwahlen Manipulationen verhindern. So sollen Wahlämter zukünftig einer entsprechend benannten Person nur für maximal vier Wahlberechtigte die Briefwahlunterlagen zusenden dürfen.

Direktdemokratische Beteiligung erleichtern

Wir wollen die Eingangshürden für Bürger- und Volksentscheide senken und damit den förmlichen Zugang zu direktdemokratischer Mitbestimmung erleichtern. Hierzu gehört auch, dass durch Entbürokratisierung von formellen Voraussetzungen

und Einführung fairer Fristen Bürgerentscheide nicht schon im Organisationsstadium hängenbleiben. Auf der anderen Seite halten wir die Quoren, die Bürgerentscheide erfüllen müssen, um Erfolg zu haben, für angemessen – auch direktdemokratische Entscheidungen brauchen einen wesentlichen Grad an Unterstützung der ganzen Bevölkerung, um demokratisch als legitim gelten zu können. Wir stehen dazu, dass unser politisches System grundsätzlich in Form einer parlamentarischen Demokratie organisiert ist. Gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger sollten daher nicht regelmäßig dadurch ihre Verantwortung für politische Entscheidungen abgeben können oder müssen, dass sie diese in die Hand der Bürger durch Abstimmungen geben, in denen nur verkürzt mit „Ja“ oder „Nein“ gestimmt werden kann.

Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten

Wir halten die zeitliche Begrenzung der Amtszeit des hessischen Ministerpräsidenten auf höchstens zwei volle Wahlperioden für geboten, um die Reform- und Innovationsfähigkeit des Landes zu gewährleisten.

Integrität und Leistungsfähigkeit der Landesregierung sicherstellen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ernennung von Ministern durch den Ministerpräsidenten eine öffentliche Befragung durch die fachlich zuständigen Ausschüsse des Landtags voranzugehen hat. Die Ausschüsse sollen vor der Ernennung auf Grundlage der Befragung eine Stellungnahme über die Eignung der Minister abgeben.

Religionspolitik

Wir Freie Demokraten stehen für eine offene Gesellschaft, in der jeder und jede seine Religion frei ausüben kann und keiner aufgrund der Religionszugehörigkeit diskriminiert wird.

Für eine bessere interreligiöse Zusammenarbeit wollen wir einen Runden Tisch der Religionen als Experten- und Beratungsgremium des Landtags einberufen. Hierbei wird eine enge Zusammenarbeit mit geeigneten Institutionen angestrebt.

Imamausbildung

In Zusammenarbeit mit den Hochschulen wollen wir eine deutschsprachige Imamausbildung in Hessen etablieren und die Seelsorge in Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten ausbauen.

Islamischer Religionsunterricht

Wir sprechen uns für das Angebot eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen aus. Die Unabhängigkeit der Lehrkräfte muss dabei umfassend gewährleistet und Einflussmöglichkeiten von Dritten müssen ausgeschlossen sein. Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer obliegt dem Land. Kooperationspartner müssen die Gewähr dafür bieten, die Einflussnahme ausländischer Regierungen sowie religiöser Gruppen und Institutionen auszuschließen.

Jüdisches Leben

Die Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Anliegen. Wir fordern eine vielfältige Einbeziehung jüdischer Kultur in der Bildungsarbeit. In Schulen soll dem Kennenlernen der jüdischen Religion ausreichend Platz eingeräumt werden.

Hessisches Feiertagsgesetz

Wir erkennen das zivilgesellschaftliche Engagement der christlichen Kirchen und Gemeinden in Hessen und die Bedeutung des Christentums für unsere Gesellschaft an. Sehr viele Feiertage und deren Ausgestaltung haben daher einen christlichen Hintergrund. Wir wollen in den Dialog mit den Kirchen und der Gesellschaft darüber eintreten, wie diese Ausgestaltung zukünftig aussehen soll. Dabei wollen wir auch über das Maß und den Umfang von Tanzverboten und ähnliche Einschränkungen an stillen Feiertagen sprechen mit dem Ziel, hier eine Lösung zu erarbeiten, die langfristig getragen werden kann. Wir sprechen uns gegen generelle Verbote, wie das Tanzverbot an Karfreitag, aus.

Erweiterte Wahlmöglichkeit nach Feuerbestattungen

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des Einzelnen auch am Ende und nach dem Ende des Lebens ein. Jeder soll selbst bestimmen können, was nach einer Feuerbestattung mit der eigenen Asche geschehen soll, sofern damit nicht anderen ohne Zustimmung Lasten auferlegt werden.

Die Beisetzung von Urnen an einem nachvollziehbaren und zugänglichen Ort soll die Regel bleiben. Die verfassungsrechtlich ohnehin gebotenen Ausnahmen vom Friedhofszwang für Urnen dürfen aber nicht nur theoretisch erwähnt, sondern müssen in der Praxis auch möglich sein.

Die Aufbewahrung einer Urne in eigenen Räumen soll für das Trauerjahr ermöglicht, aber darauf auch begrenzt bleiben. Den Kommunen wollen wir die Möglichkeit eröffnen, geeignete Orte zum Verstreuen von Asche auszuweisen.

Chancen durch eine gute Sportpolitik in Hessen

Sport verbindet und hält gesund

Sport ist ein zentraler Faktor bei der Persönlichkeitsentwicklung und Charakterbildung und hat zugleich eine hohe Relevanz für die Gesundheit jedes Einzelnen. So verbindet der Sport unsere Gesellschaft, indem Werte, soziale Kompetenz, Toleranz, Teamgeist und Fairness vermittelt werden. Gewaltfreiheit und Antidiskriminierung müssen zu selbstverständlichen und gesellschaftlich anerkannten Leitlinien des Verhaltens aller am Sport Beteiligten werden.

Sport bedeutet Aktivität, Gesunderhaltung, Prävention von Gesundheitsbeeinträchtigungen und Lebensfreude. Daher fordern wir Freie Demokraten einen Ausbau präventiver Angebote und deren ausreichende finanzielle Ausstattung. Die Liberalen setzen sich für eine unabhängige und vielfältige Sportlandschaft in Hessen ein.

Integration und Inklusion durch Sport

Mit der Förderung von integrativen und inklusiven Angeboten wollen wir Freie Demokraten die zentrale gesellschaftliche Funktion von Sport herausstellen: Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Sprache als auch aus unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen einander näherbringen. Gemeinsame sportliche Aktivitäten von Menschen bieten die besten Möglichkeiten, Integration erfolgreich zu gestalten. Dies sieht man auch aktuell am Beispiel der Integration von ukrainischen Flüchtlingen in Hessen. Wir Freie Demokraten fordern, dass das Programm „Sport integriert Hessen“ fortgeschrieben wird.

Inklusion gelingt, wenn Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenkommen. Auch hier bietet der Sport hervorragende Möglichkeiten, um gemeinsam aktiv zu sein und die von der EU-Behindertenrechtskonvention geforderten Ziele auch in Hessen zu erreichen. Die Förderhilfen der Menschen mit Behinderungen sollten dabei stets mit einbezogen werden, um Training und Wettkämpfe inklusiv zu erreichen. Wir wollen der wachsenden Bedeutung des Behindertensports Rechnung tragen und dieser mit einer verbesserten Unterstützung gerecht werden. Gefördert werden müssen gemeinsame Veranstaltungen wie das Deutsche Sportabzeichen für Menschen mit und ohne Behinderung. Die Sportpolitik in Hessen muss eine enge

Kooperation mit allen Beteiligten der Wohlfahrtshilfe anstreben, um die vielfältigen Chancen des Sports für eine gelungene Inklusion und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen. Das Projekt „Modellregion – Inklusion und Sport“ ist daher nach seinem Abschluss auszuwerten, gegebenenfalls zu optimieren und sollte dann in Hessen möglichst flächendeckend eingerichtet werden.

Vereine stärken

Die Sportvereine und das damit verbundene ehrenamtliche Engagement bilden den Kitt für ein Zusammenleben vor Ort. Ehrenamt und Sport wollen wir durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen. Es gibt keinen einfacheren Weg, sich in eine Gemeinschaft zu integrieren, als in einem Verein aktiv mitzuarbeiten. Wir Freie Demokraten werden daher auch künftig Förderprogramme bereitstellen, um die vorhandenen Vereinsinfrastrukturen zu unterstützen. Ihren Fortbestand und ihre Leistungsfähigkeit zu stärken, ist ein wesentlicher Bestandteil liberaler Sportpolitik. Sportvereine werden in Zukunft durch schlechtere Rahmenbedingungen wie z. B. höhere Energiepreise verstärkt auf die finanzielle Unterstützung des Landes angewiesen sein. Die FDP Hessen steht zu einer angemessenen finanziellen Unterstützung sportlichen Engagements durch den Staat, vorrangig zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit in den Sportvereinen. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Qualifikation setzen und uns deshalb für eine Offensive im Bereich der Qualifizierung von Übungsleitern, Wettkampfwarten und Schiedsrichtern einsetzen.

Die FDP Hessen macht sich dafür stark, den Weg über steuerfreie Pauschalen für die ehrenamtlich Tätigen und weniger Bürokratie durch Forcierung der Digitalisierung für die Vereine konsequent weiterzugehen. Wir Freie Demokraten wollen die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse angemessen erhöhen und das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen, u. a. in den Bereichen Akquise und Verwaltung.

Ein besonderes Augenmerk ist aus liberaler Sicht auf den Einsatz von Jugendlichen im Ehrenamt zu richten, um die Zukunft der hessischen Vereine zu sichern. Dem Vorbild Schleswig-Holsteins folgend, soll die Ehrenamtskarte zukünftig automatisch

gemeinsam mit der Jugendleitercard (Juleica) beantragt und erworben werden. Für eine Ausbildung oder ein Studium förderliche Erfahrungen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit sind bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz besonders zu berücksichtigen. Weiterhin wollen wir darauf hinwirken, dass auch die BAföG-Bezugsdauer durch nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement der Empfängerin bzw. des Empfängers verlängert werden kann.

Schwimmfähigkeit der Kinder gewährleisten

Dem Schwimmenlernen muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden als dies aktuell der Fall ist. Beim Schwimmen handelt es sich um eine Grundfertigkeit, die besonders für das Überleben am und auf dem Wasser wichtig ist. Deshalb fordert die FDP Hessen, auf die Schließung von Schwimmbädern zu verzichten. Wir sehen das Land in der Verantwortung, dass die Vorgabe, dass jedes Kind am Ende der Grundschulzeit schwimmen können soll, auch erfüllt werden kann. Die FDP Hessen fordert, ein unbürokratisches Verfahren wie z. B. die Abnahme des „Seepferdchens“ zur Sicherstellung und des Erreichens der Schwimmfähigkeit für alle Grundschülerinnen und -schüler in Hessen zu entwickeln. Auch aus diesem Grund soll die künftige hessische Landesregierung das Fünf-Jahres-Programm SWIM (Zuschüsse für Sanierung und Neubau von Schwimmbädern) weiterführen.

Kitas/Kindergärten, Schulen und Vereine weiter zusammenbringen

In der frühkindlichen Bildung ist der frühzeitige spielerische Kontakt zu sportlichen Aktivitäten in der Gruppe bei der motorischen und persönlichen Entwicklung der Kinder förderlich. Die lokalen und regionalen Sportvereine sind unverzichtbare Netzwerkpartner der Kitas/Kindergärten und Schulen in Hessen. Kooperationen zwischen ihnen sind durch finanziell ausreichend auszustattende Konzepte zur Bewegungsförderung weiter auszubauen, insbesondere zwischen Schulen und Vereinen im Ganztagsbereich. Wir wollen insbesondere den zeitlichen Konflikt zwischen Ganztagsangebot bzw. Nachmittagsbetreuung im Rahmen des „Pakts für den Nachmittag“ und den Angeboten der Sportvereine durch verstärkte Förderung von Kooperationen lösen. Das Landesprogramm des Hessischen

Kultusministeriums „Schule und Verein“, welches kooperierenden Sportvereinen Übungsleiterzuschüsse für gemeinsame Sportprojekte mit Schulen gewährt, ist unbedingt weiterzuführen, da beide Seiten davon profitieren.

Die Freien Demokraten streben die Steigerung der Teilnehmerzahlen bei den Bundesjugendspielen auf 75 Prozent an. Außerdem soll am Ende der Grundschulklasse vier das „Grüne Laufabzeichen“ abgenommen werden, bei dem die Schülerinnen und Schüler nachweisen, dass sie 15 Minuten ausdauernd laufen können.

Wir Freie Demokraten werden den Schulsport als zentrales Element des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags stärken. So soll u. a. im Grundschulbereich das Pilotprojekt „tägliche Sportstunde“ an allen hessischen Grundschulen umgesetzt werden, die die fachlichen und sachlichen Voraussetzungen dafür besitzen. Auch in der Grundschule soll der Sportunterricht nicht von fachfremdem Personal geleitet werden.

Bestrebungen, die Eigenständigkeit des Schulfaches Sport abzuschaftern, lehnen die Freien Demokraten strikt ab.

Förderung des Sports in Hessen verstetigen und ausbauen

Dazu gehören auch die Verstärkung der Investitionen in die Sanierung von Vereinssportstätten, öffentlichen Schwimmbädern und die Förderung von modernen Sportstätten mit barrierefreien Zugängen, gesenkten Energieverbrauch und -kosten und mit attraktiven Bewegungsangeboten. Wir werden uns hierfür auch künftig für Förderprogramme einsetzen und fordern, dass die Investitionsanträge der Sportvereine nicht auf die lange Bank geschoben, sondern zügig bearbeitet und beschieden werden.

Bei der Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus soll der Anteil des Landes Hessen bei der sogenannten Drittel-Finanzierung durch Verein, Stadt und Land in der Zukunft in der Regel 30 Prozent betragen. Der Leistungssport weist eine große Vorbildfunktion für den Breitensport auf. Die Freien Demokraten halten an einer bedarfsorientierten Förderung des Leistungssports in Hessen fest.

Wir werden nach Ende der Pandemie die Sportvereine dabei unterstützen, wieder Mitglieder zu gewinnen und Angebote aufzubauen, damit den Menschen ein breites Angebot des Vereinssports gemacht werden kann.

Fankultur und Großveranstaltungen

Wir freuen uns über eine lebendige Fankultur im Fußballsport und anderen Sportarten. Eine pauschale Diskriminierung und Überwachung von Sportfans durch dauerhaft personalisierte Tickets, automatisierte Gesichtserkennung oder Verkehrsmittelzwang lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Dialog, Integration und Fanprojekte, die wir unterstützen wollen. Bei Chaoten sowie Gewalttäterinnen und Gewalttätern müssen Vergehen allerdings mit Sanktionen geahndet werden, um deutlich zu machen, dass Gewalt, Rassismus und Hass im Sport nichts zu suchen haben. Für uns Freie Demokraten ist der kontrollierte und zuvor genehmigte Einsatz von Pyrotechnik der richtige Weg, um Feuerwerkskörper, nicht-löschbare Pyrotechnik oder Ähnliches aus den Stadien zu verdrängen.

Olympia nach Hessen holen

Die Freien Demokraten in Hessen sprechen sich dafür aus, dass bei einer Bewerbung der Bundesrepublik Deutschland für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele die neue Hessische Landesregierung eine Bewerbung der Region Frankfurt-Rhein-Main ideell und materiell unterstützt.

E-Sport anerkennen und unterstützen

Der E-Sport findet immer mehr Anhänger in Hessen. Diesen Trend wollen wir gestalten, anstatt ihn zu ignorieren oder abzulehnen. Viele Jugendeinrichtungen und Sportvereine halten E-Sport-Angebote bereit. Die Anzahl ehrenamtlich Aktiver in diesem Bereich wächst. Wir wollen den E-Sport in Hessen durch mehr Mittel für Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, schnelleres Internet und wissenschaftliche Evaluation fördern und begleiten. Traditioneller Sport und E-Sport können voneinander profitieren und sind kein unversöhnlicher Gegensatz. Sportvereine, die ein ergänzendes Angebot bereitstellen, dürfen dadurch in ihrer Gemeinnützigkeit nicht gefährdet werden.

E-Sport kann es darüber hinaus möglich machen, Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenzubringen und so als echtes Inklusionsprojekt zu wirken.

Recht

Wir wollen den Rechtsstaat schützen, indem wir die Justiz stärken. Hessens Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und Bedienstete sind seit Jahren stark überlastet. Das wollen wir ändern. Wir wollen moderne, attraktive Arbeitsplätze schaffen, eine bessere Qualifizierung und eine „E-Justice“, die diesen Namen auch verdient.

Konkurrenzfähige Besoldung der Justiz

Wir fordern eine jederzeit verfassungsgemäße und wettbewerbsfähige Besoldung, damit leistungsstarkes Personal nicht in andere Länder oder Berufe abwandert. Das bezieht sich ausdrücklich auf den richterlichen und den nicht-richterlichen Dienst in der Justiz; die Justiz steht insgesamt durch weiter zunehmende internationale Bezüge und veränderte Anforderungen durch die Digitalisierung vor neuen Aufgaben. Bei der Einstellung und Eingruppierung sind Berufserfahrungen zu berücksichtigen. Wir wollen die „Task-Force Mutterschutz“ auf alle Gerichtszweige ausweiten und effizient ausgestalten, um mutterschutzbedingte Ausfälle zeitnah abzufedern. Allgemein sollen Unterbesetzungen durch einen Stellenpool aufgefangen werden.

Neue Personalgewinnungsstrategie

Der personellen Unterversorgung der hessischen Justiz, die zu einer Überlastung dieser geführt hat, ist durch eine neue Personalgewinnungsstrategie zu begegnen. Maßnahmen, die die Attraktivität der Justiz im Wettbewerb steigern könnten, sind das weitere Vorantreiben der Digitalisierung innerhalb der Justiz, Homeoffice-Möglichkeiten, Jobsharing, Desksharing, Anspruch auf dynamischen Ruhestandseintritt bis zum 70. Lebensjahr, Lebensarbeitszeitkonten auch für Richterinnen und Richter sowie die Möglichkeit eines Sabbaticals. Auch wollen wir einen Talentpool mit Absolventen der verschiedensten Ausbildungen von potenziellen Richtern und Staatsanwälten bis hin zu Personal in den Vollzugsanstalten einrichten, aber auch frühzeitige transparente Ausschreibungen von zu erwartenden bzw. freien Stellen könnten beispielsweise helfen. Die Durchlässigkeit verschiedener juristischer Berufe bis hin zum Quereinstieg in die Justiz sind zu fördern.

Richterliche Qualifizierung

In vielen Spezialmaterien treten den Richtern in Gerichtsverfahren Rechtsanwälte gegenüber, die sich stärker auf das jeweils betroffene Rechtsgebiet spezialisiert haben, als Richtern das derzeit möglich ist. Dies liegt vor allem an der Breite der einzelnen Rechtsgebiete, mit denen die zuständigen Richter konfrontiert sind. Daher wollen wir, soweit notwendig, weitere Spezialzuständigkeiten, wie z. B. im IT-Recht, an zentralen Gerichtsstandorten schaffen.

Anwaltsnotariat

Schlicht und ergreifend: Wir stehen zum Anwaltsnotariat. Auch im Notariatswesen sind papierlose Büros unser Ziel. Die Aufgaben und Gebührenstruktur sind kritisch zu evaluieren.

Syndikusrechtsanwälte

Syndikusrechtsanwälte sehen sich nach wie vor mit Problemen betreffend die Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht konfrontiert. Da Syndikusrechtsanwälte auch nach der Reform im Jahr 2016 weiterhin der Anwaltschaft angehören, muss der Zugang zum Versorgungswerk genauso unproblematisch sein wie für Rechtsanwälte, um die Ungleichbehandlung zu vermeiden.

Qualitätsorientierte Aus- und Fortbildung ermöglichen

Das Land gewährleistet, dass die im Rahmen der Ausbildung angebotenen Kurse und Lehrmaterialien eine professionelle Vorbereitung auf die zweite Prüfung ermöglichen. Es ist ein einheitliches Kerncurriculum auszuarbeiten, das den Anforderungen der Abschlussklausuren entspricht. Den Referendaren sind im Rahmen eines Klausurenkurses beginnend ab der ersten Ausbildungsstation ausgewählte Originalklausuren mit ausgearbeiteten Musterlösungen zur Verfügung zu stellen. Die professionalisierte Ausbildung ist mit der verbesserten Personalgewinnungsstrategie eng zu verzahnen, um bereits in der Ausbildung die Attraktivität der Justiz als Arbeitgeber deutlich zu machen. Die Ausbilder werden aus- und fortgebildet und angemessen vergütet. Weiterhin ist die Möglichkeit der Berücksichtigung der Leistungsergebnisse in den

Ausbildungsstationen in der Endnote der zweiten Staatsprüfung zu prüfen.

Das moderne Gericht (E-Justice)

Die Regierung hat die Digitalisierung der hessischen Justiz verschlafen. Wir wollen die Versäumnisse der letzten Legislaturperioden mit einem Digitalisierungsturbo aufholen. Hessens Justiz braucht einen zentralen IT-Support und Informatiker an allen großen Gerichtsstandorten, die die Mitarbeiter bei der Umsetzung der Digitalisierung unterstützen und auch die IT-Sicherheit der Justiz sicherstellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Anwälte und Bürger mittels moderner Kommunikationsmittel mit der Justiz kommunizieren können. Unser Ziel ist der papierlose Gerichtssaal. Wir wollen den elektronischen Rechtsverkehr weiter ausbauen. Dies erfordert die Bereitstellung der notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen. Wir wollen sicherstellen, dass die Vorteile des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches (beA) auch durchgängig barrierefrei von der Justiz genutzt werden. In geeigneten Fällen sollen Zeugenvernehmungen und Gerichtsverhandlungen per Videokonferenztechnik erfolgen können. Die Grundbuchakte ist bürgernah und effektiv einer vollelektronischen Lösung zuzuführen.

Frankfurt zum internationalen Top-Justizstandort entwickeln

Am Landgericht Frankfurt am Main ist bereits eine englischsprachige Kammer für Handelssachen eingerichtet worden. Dieses Angebot ist zu einem echten „Commercial Court“ auszubauen, um Frankfurts Attraktivität im internationalen Wettbewerb der Justizstandorte zu stärken. Nach dem Vorbild der „Commercial Courts“ in Stuttgart und Mannheim soll auch in Frankfurt eine Zivilkammer für Wirtschaftssachen eingerichtet werden, die in Kammerbesetzung Verfahren auf Englisch führt, in die auch englischsprachige Dokumente eingebracht werden können. Beim Oberlandesgericht Frankfurt ist ein spezialisierter Rechtsmittelsenat für diese Verfahren einzurichten.

Moderne Kommunikationsstrategie sichert Legitimation und Unabhängigkeit

Die Kommunikation der Justiz muss an den Wandel der modernen Medien angepasst werden. Die Un-

abhängigkeit der Gerichte hängt ganz entscheidend davon ab, dass die Arbeit der dritten Gewalt transparent dargestellt sowie von allen Bevölkerungsschichten wahrgenommen und verstanden werden kann. Hessen setzt sich deshalb im Bund für die Einrichtung einer Online-Datenbank zur Veröffentlichung sämtlicher Gerichtsentscheidungen sowie eines zentralen Justizportals als Eintritts- und Informationsplattform für Rechtsschutzsuchende ein.

Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts

Die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts wollen wir dort, wo es vor Ort sinnvoll und gewünscht ist, vorantreiben, da sich die bisher eingerichteten Häuser bewährt haben. In den Häusern des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe unter Einbeziehung von freien Trägern unter einem Dach zusammen, um Jugendkriminalität effektiv und schnell zu bekämpfen und kriminelle Karrieren frühzeitig zu verhindern.

Jugendstrafverfahren beschleunigen

Generell setzen wir uns dafür ein, dass besonders im Bereich der Jugendkriminalität eine schnellere Bearbeitung der Fälle stattfindet und eine schnellstmögliche Verhandlung.

Jugendvollzugsanstalten

Kein Jugendlicher darf in seinen Zukunftschancen aufgegeben oder zurückgelassen werden. Das gilt auch für straffällig gewordene Jugendliche. Im Lichte einer geforderten Chancengleichheit und Selbstbestimmung liegt der Fokus damit besonders auf den Bildungsmöglichkeiten der Jugendlichen in Vollzugsanstalten. Auch weiterhin werden wir deshalb die Bildungsarbeit in den Jugendvollzugsanstalten weiter ausbauen und stärken. Die schulische Bildung muss im Mittelpunkt stehen.

Häusliche Gewalt effektiv bekämpfen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt auch auf Landesebene schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Bund und Länder müssen hier intensiver zusammenarbeiten. Wir wollen Betrof-

fenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen. Dazu prüfen wir auch die Einführung bereits angelaufener Pilotprojekte auch in Hessen – wie etwa das vom Bundesministerium der Justiz geförderte Projekt „Gewaltfrei in die Zukunft“. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Polizei und Justiz müssen überdies nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für einen zeitnahen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen ein. Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig beim Besuch der Frauenärztin oder des Frauenarztes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wollen wir eine besser ausgebaute und institutionalisierte präventive sowie repressive Täter- und Täterinnenarbeit.

Gründung einer Opferschutzstiftung/ Opferhilfevereine stärken

Wir fordern eine hessische Opferschutzstiftung, die Hilfsangebote für Opfer und ihre Angehörigen fördert und ausbaut. Sie dient der Ergänzung des Täter-Opfer-Ausgleichs, der materiellen Unterstützung der Opfer sowie Opfer- und Zeugenbetreuungsprogrammen. Eine Opferschutzstiftung trägt dazu bei, Belange der Opfer in den Fokus zu rücken. Die Opferhilfevereine wollen wir stärken und stärker unterstützen.

Auskunftsrechte für Opfer

Opfer erhalten das Recht, über Freigänge oder die Entlassung von Tätern informiert zu werden, um nicht unvorbereitet dem Täter zu begegnen. Eine rechtzeitige Information kann dabei helfen, unangenehme Situationen für Opfer von Verbrechen zu verhindern.

Präventive Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch

Wir wollen uns auch weiterhin für die Implementierung weiterer präventiver Maßnahmen für die Bekämpfung von Kindesmissbrauch einsetzen. Dazu sollen Programme zur Prävention ausgebaut werden. Ebenso soll es ein ausreichendes Angebot an psychologischer Betreuung für ehemalige Gefangene geben, die nach einer Verurteilung wegen Kindesmissbrauchs bzw. des Besitzes von Kinderpornografie aus der Haft entlassen wurden.

Quick-Freeze-Verfahren sollen ausgebaut werden, um Straftäter der Online-Kinderpornografie leichter ermitteln zu können. Die stark angestiegene Zahl von Minderjährigen, die als Beschuldigte in Ermittlungsverfahren zur Kinderpornografie stehen, sieht die FDP mit großer Sorge. Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, sich niederschwellig vertrauensvoll polizeilich beraten zu lassen. Dazu ist ein Angebot aufzubauen, welches sich online dieser Thematik annimmt, um Eltern, Lehrkräfte und betroffene Kinder zu informieren und zu beraten. Über die Erreichbarkeit dieses Angebots sind alle Schüler ab der 4. Klasse zu informieren.

Tatausgleichende Maßnahmen verstärken

Neben dem Täter-Opfer-Ausgleich fordern wir weitere mediativ-vermittelnde Verfahren, wie Opfer-Empathie-Trainings oder individuelle Streitbeilegungsmechanismen, die auf Entschädigungen und Entschuldigungen abzielen.

Moderne Resozialisierungskonzepte schaffen

Für eine gelungene Resozialisierung möglichst vieler Ex-Strafgefangener müssen moderne und kreative Konzepte geschaffen und umgesetzt werden.

Der offene Vollzug ist zu intensivieren, um die Rückfallquoten zu reduzieren. Die öffentliche Sicherheit muss dabei stets gewährleistet sein. Die Begleitung der Gefangenen nach der Haftentlassung und die Vorbereitung zur Haftentlassung müssen verbessert werden. Ansonsten kann Resozialisierung nicht gelingen.

Wiedergutmachung durch gemeinnützige Arbeit

Für uns gehört der Gedanke der Wiedergutmachung zur Resozialisierung. Daher fordern wir Arbeitsangebote, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Gefangenen, die einen hohen Gemeinwohlbezug aufweisen.

Familienorientierung

Orientieren sich Gefangene an ihren Familien, erhöhen sich die Chancen auf eine spätere Resozialisierung. Die Unterstützung der Familienorientierung

wird durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten und verlängerter Besuchszeiten erreicht. In konfliktbelasteten Familien können Gesprächs- und Trainingsangebote Klärungsprozesse in Gang setzen bzw. auf getrennte Lebensperspektiven vorbereiten.

Moderne Formen der Telekommunikation etablieren

Moderne Formen der Telekommunikation erweitern den Möglichkeitsrahmen der Gefangenen erheblich und dienen der Gesellschaft langfristig im Sinne einer mit größerer Wahrscheinlichkeit gelungenen Resozialisierung. E-Learning-Angebote sind geeignet, die Gefangenen an den Stand der Technik heranzuführen und mediale Kompetenzen der Strafgefangenen zu schulen. Sie halten die Gefangenen auf verschiedene Weise im Kontakt zur Außenwelt. Die Nutzung von Instant-Messaging-Diensten eröffnet etwa eine virtuelle Besuchsmöglichkeit (zum Beispiel für Kinder oder gebrechliche Menschen). Deshalb fordern wir, dass gerade auch die in der Pandemie geschaffenen Möglichkeiten weiterhin genutzt und ausgebaut werden. Die modernen Telekommunikationsmittel sollen den Gefangenen nicht ungehindert, sondern nur zu den vorgenannten sozial erwünschten Zwecken zur Verfügung stehen.

Justizmitarbeiter gut ausbilden und angemessen bezahlen

Wir werden spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote für Vollzugsbedienstete entwickeln: zum einen für die persönliche Weiterentwicklung und zum anderen, um die Gefangenen bei ihrer Resozialisierung bestmöglich unterstützen zu können. Neue Formen der Personalgewinnung sind zu entwickeln, um durch Werbekampagnen, attraktive Arbeitszeitmodelle und finanzielle Anreizsysteme die vakanten Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst zu besetzen, Sonn- und Feiertagszuschläge sind zu erhöhen.

Bachelor für Studierende der Rechtswissenschaften

Wir setzen uns dafür ein, dass Universitäten in Hessen den Bachelor of Laws an Studierende der Rechtswissenschaften vergeben, die alle für die Zulassung zur Ersten Juristischen Staatsprüfung er-

forderlichen Prüfungen erfolgreich absolviert haben. Noch immer gibt es eine hohe Prozentzahl an Studierenden, die nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Prüfungen die Erste Juristische Staatsprüfung nicht bestehen und daher nach vielen Jahren des Studierens „Abiturienten mit Rechtskenntnissen“ sind. Neben dem persönlichen Schicksal geht hier auch viel Potenzial für die Gesellschaft und den Rechtsstaat verloren, das zukünftig genutzt werden soll.

Moderner Datenschutz: Fortschritt und Technik unter Wahrung der Freiheitsrechte

Zunehmend kollidieren traditionelle Maßstäbe des Datenschutzrechts mit der ständigen explosiven Ausweitung von Datenmengen, die uns technischen Fortschritt im Zuge der Digitalisierung erst ermöglichen. Deshalb fordern die Freien Demokraten eine Neuorientierung der datenschutzrechtlichen Diskussion mit dem Ziel der Nutzbarmachung des technischen Fortschritts und der Auflösung der angeblichen Unvereinbarkeit zwischen Bürgerrechtsschutz und Fortschrittsorientierung. Erforderlich ist ein klares Bekenntnis zu Fortschritt und Technik unter gleichzeitiger Wahrung der Freiheitsrechte jedes Einzelnen.

Datenrecht als Eigentumsrecht

Wir fordern einen Paradigmenwechsel bei der Verfügungsgewalt an höchstpersönlichen Daten: Personenbezogene Daten sind in erster Linie wie persönliches Eigentum der Bürgerinnen und Bürger anzusehen. Das bedeutet, dass grundsätzlich die jeweilige Person ähnlich wie bei sonstigem Eigentum die Verfügungsgewalt innehat. Ärzte sind damit beispielsweise keine „Eigentümer“ von Patientendaten (Röntgenaufnahmen, Blutbildern etc.), diese gehören den Bürgerinnen und Bürgern selbst.

Datenschutz und soziale Netzwerke

Wir fordern, durch rechtliche Vorkehrungen den Datenschutz in sozialen Netzwerken zu stärken. Ausgehend vom „Nullzustand“, in dem die Grundeinstellungen des Netzwerks dem Nutzer den höchstmöglichen Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gewährleisten, müssen die Nutzer selbst aktiv bestimmen können, wer ihre Daten

einsehen und darauf Zugriff nehmen darf („Opt-in-Verfahren“).

Gleichwohl respektieren wir auch hier die Freiheitsrechte jedes Einzelnen und damit auch das Recht zum persönlichen Risiko. Auch Datenschutzstandards sind, jenseits der Sicherstellung von Mindeststandards, Bestandteil des Wettbewerbs, die auch wettbewerbsrechtlich kontrolliert und ggf. sanktioniert werden können. So verstanden, unterliegt es der freien Entscheidung jeden Bürgers, ob und wie er z. B. behördliche Informationen und Angebote in sogenannten sozialen Netzwerken nutzt und welche Daten er dabei preisgibt. Deshalb lehnen wir ein Verbot der Nutzung von Facebook etwa durch die Polizei, aber auch andere Behörden ab. Die Veröffentlichung von Informationen soll auch auf den eigenen Plattformen/Webseiten erfolgen.

Recht auf Anonymität und Pseudonymität gewährleisten

Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Anonymität und Pseudonymität im Internet gewahrt bleibt. Bis auf spezielle, nicht vermeidbare Fälle muss die Entscheidung über die Bekanntgabe ihrer Identität den Bürgerinnen und Bürgern obliegen. Allerdings müssen im Vollzug Voraussetzungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Rechtsverletzungen erfolgreich verfolgt werden können. Umfassende „Chatkontrollen“ lehnen die Freien Demokraten ab.

Informationsfreiheitsgesetz verbessern

Wir wollen das Hessische Informationsfreiheitsgesetz verbessern. Insbesondere fordern die Freien Demokraten die Ausweitung des Anwendungsbereiches, sodass auch Städte und Gemeinden zur Auskunft verpflichtet werden.

E-Demokratie

Auch bei Wahlen und Abstimmungen stehen wir für ein klares Ja zur Digitalisierung, verflochten mit den Grundsätzen der Demokratie. Dementsprechend wollen wir eine Online-Stimmabgabe ermöglichen, die dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl entspricht und Manipulationen ausschließt. So soll auch beim Volksbegehren die Sammlung der Unterstützerunterschriften online möglich sein.

Ausbau der Medienkompetenz

Der Umgang mit Datenschutz muss frühzeitig erlernt werden (können): Wir wollen ihn deshalb im Rahmen der schulischen Bildung in den Unterricht integrieren und das Schulfach Informatik in Digitalkunde fortentwickeln. In dem Fach Digitalkunde treten neben Kenntnissen zu Hard- und Software die Vermittlung von Medienkompetenz und die Beherrschung von Sicherheitstechniken und Datensparsamkeit. Dies erfordert außerdem eine Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften. Die Etablierung eines Schulungswesens für Ältere steht in diesem Zusammenhang ebenfalls auf unserer „To-do-Liste“.

Niedrigschwellige Angebote für Familienberatung sowie die Beratung bzgl. der Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen

Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen wollen oder Beratung suchen, müssen sich an Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen wenden. In der Vergangenheit wurde dazu vermehrt der ungehinderte Zugang zu solchen Einrichtungen diskutiert – oftmals stellt es sich für die beratungssuchenden Frauen, die sich ohnehin in einer psychischen Ausnahmesituation befinden, schwierig dar, eine Beratungsstelle in ihrer Nähe zu finden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Angebot vergrößert wird, damit Frauen und auch Männer, die Beratung suchen, unkompliziert und niederschwellig Zugang dazu bekommen.

Liberaler Verbraucherschutz

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der mündige und verantwortungsbewusste Verbraucher. Um selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Konsumentenscheidungen treffen zu können, braucht es transparente Märkte, eine Stärkung der Verbraucherrechte, insbesondere im Internet, sowie eine umfassende Verbraucherbildung.

Wir betrachten die mangelnde ökonomische Bildung in Hessen und Deutschland, insbesondere bei Schülerinnen und Schülern, mit Sorge. Ein Verständnis für grundlegende ökonomische Zusammenhänge ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Altersvorsorge. Je schlechter die ökonomische Bildung, desto größer ist die Gefahr für Verbrau-

cherinnen und Verbraucher, in Abo- und Schuldenfallen, unnötigen Versicherungen oder den Fängen unseriöser Finanzmakler zu landen. Die ökonomische Bildung in Hessen muss daher in allen Schulformen gestärkt werden.

Besonders im digitalen Raum geraten Verbraucherrechte zunehmend unter Druck. Cybercrime-Aktivitäten wie zum Beispiel das Ausspähen und Abfangen von Daten, Phishing-Mails oder Identitätsdiebstahl nehmen zu. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, stärker in die IT-Bereiche der Strafverfolgungsbehörden zu investieren, damit sie auch im Bereich der Cyberkriminalität effizient tätig werden können.

Wir setzen uns für eine angemessene Finanzierung der Verbraucherzentrale Hessen einschließlich eines Inflationsausgleichs ein. Damit soll die Verbraucherzentrale in die Lage versetzt werden, Beratungsangebote flächendeckend fortzuführen und den Einsatz digitaler Angebote und Medien konsequent auszubauen.

**Wissenschaft
und Hoch-
schulen in
Hessen sind
Weltspitze**

Hessen als führende Wissensregion Europas

Unser Ziel ist: Hessen soll das Innovationsland Nummer eins in Deutschland werden. Voraussetzung für Innovation ist Wissen. Deshalb wollen wir Hessen zu einer der führenden Wissensregionen Europas machen. Unser Land hat dafür die besten Voraussetzungen. In Hessen gibt es 20 staatliche und kirchliche sowie 14 private Hochschulen, zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und unzählige forschende Unternehmen. Diese reichhaltige Wissenschaftslandschaft wollen wir fördern, stärken und verzahnen.

Forschung stärken

Forschung und Innovation brauchen Freiheit und das Verständnis, dass neue Technologien und Forschungsergebnisse zunächst als Chance und nicht als Bedrohung zu verstehen sind. Wir setzen uns deshalb ein für ein technologie- und innovationsfreundliches Klima, für Erfindergeist und freies Unternehmertum. Forschung findet insbesondere an den hessischen Hochschulen, aber auch an außeruniversitären Forschungseinrichtungen statt. Umgesetzt werden die Erkenntnisse in Unternehmen, die damit hochwertige Produkte herstellen und Arbeitsplätze schaffen. Damit die Erkenntnisse und Ideen auch ihren Weg aus der Hochschule hinaus in die Wirtschaft finden und anwendungsorientiert genutzt werden können, wollen wir den Technologietransfer stärken. In jeder Hochschule soll es in Zukunft einen Ansprechpartner geben, der bei Ausgründungen (Spin-offs) unterstützt. Zugleich wollen wir die Hochschulen am wirtschaftlichen Erfolg von Kooperationen beteiligen. Dabei geht auch der inhaltliche Austausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen in beide Richtungen. Auch die Wissenschaft profitiert von den Erfahrungen der Praxis und nimmt neue Fragestellungen auf. Bestehende Partnerschaften zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen wollen wir stärken und zugleich den Aufbau neuer Netzwerke fördern. Dazu wollen wir ein entsprechendes Ziel in die Zielvereinbarung der hessischen Hochschulen übernehmen.

Forschungsdatenzugang verbessern

Insbesondere in der Erforschung neuer Behandlungsmethoden und Medikamente fehlt Hochschu-

len, Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen der sichere, einfache Zugang zu qualitativ hochwertigen, belastbaren Forschungsdaten. Unterschiedliche Forschungsklauseln in der Gesetzgebung der Bundesländer erschweren den Zugang bei landesübergreifenden Forschungsprojekten zusätzlich. Gesundheitsdaten gehören jedoch zu den sensibelsten Informationen, Patientinnen und Patienten erwarten ein entsprechend hohes Sicherheits- und Datenschutzniveau, um ihr Einverständnis für die Nutzung zu geben. Eine Institution, die Gesundheitsdaten verwahrt und zur Nutzung für die Forschung autorisiert, muss entsprechend vertrauenswürdig sein. Aus diesem Grund wollen wir in Hessen eine Gesundheitsdaten-Stiftung schaffen. Die Stiftung des öffentlichen Rechts verwahrt freiwillig gespendete Gesundheitsdaten von Patientinnen und Patienten anonymisiert oder pseudonymisiert und macht diese einem berechtigten Nutzerkreis zugänglich. Gleichzeitig werden wir uns im Bundesrat für eine Harmonisierung der Forschungsdatengesetzgebung einsetzen.

Ausgewogenes Verhältnis von Drittmitteln und Grundfinanzierung

Drittmittel aus öffentlichen und privaten Quellen sind eine wichtige Finanzquelle für die hessischen Hochschulen. Indem sich Hochschulen um Drittmittel bemühen, treten sie in einen Wettbewerb, der sowohl dazu dient, ihre Qualität zu steigern, als auch dazu, den Austausch mit der Praxis zu verstärken. Damit dieser Wettbewerb fair ist, ist es die Aufgabe des Landes, eine auskömmliche Grundfinanzierung sicherzustellen. Dabei ist darauf zu achten, dass den befristet zugesagten Drittmitteln ausreichende langfristige Mittel aus dem Landeshaushalt gegenüberstehen. Ein besonderes Gewicht sollte das Land auf die Förderung von Grundlagenforschung legen, da hier der Umfang privater Drittmittel traditionell niedriger ist.

Mehr Erfolg in der Exzellenzinitiative

Das Abschneiden Hessens in der letzten Runde der Exzellenzinitiative war insgesamt enttäuschend. Wir müssen vermeiden, dass Hessen dauerhaft ins Hintertreffen gerät. Hierzu ist eine Kraftanstrengung erforderlich. Die vor über 15 Jahren initiierte Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) hat wichtige Forschungen angeschoben. In den nächsten Jahren

muss es darum gehen, erfolgreiche Forschung von LOEWE-Zentren und -Schwerpunkten fortzuführen und auf Dauer zu sichern. Dazu wollen wir freiwerdende LOEWE-Gelder in die Grundfinanzierung der Hochschulen überführen. Die verbleibenden Projektmittel sollten stärker auf die Exzellenzinitiative des Bundes ausgerichtet werden.

Faire Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Exzellente Forschungsergebnisse können nur erzielt werden, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Insbesondere die kurzen Vertragslaufzeiten und die damit verbundene Notwendigkeit, sich in kurzen Zeitabschnitten auf neue Projekte zu bewerben, behindern die wissenschaftliche Arbeit. Bis zur Promotion steht die eigene Ausbildung im Vordergrund. Daher ist eine Befristung dieser Stellen sinnvoll, um möglichst vielen Studierenden eine Ausbildung zu ermöglichen. Für bereits promovierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten Stellen grundsätzlich so ausgestaltet sein, dass sie eine Perspektive für eine dauerhafte Beschäftigung bieten. Ausnahmen bilden lediglich Drittmittelprojekte, für die nur eine befristete Mittelzusage besteht. Konkret wollen wir den Einstieg über Juniorprofessuren und Tenure-Tracks ausbauen sowie eine Reform der Förderstruktur für Postdocs vornehmen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft familienfreundlicher zu gestalten und den Aufstieg von Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund in verantwortliche Positionen zu fördern. Hochschulen, die in diesen Bereichen erfolgreich sind, sollten als Maßstab und Modell gesehen werden.

Wissenschaft braucht Freiheit

Wissenschaft braucht Freiheit. Die Offenheit für neue Technologien und die Wahrnehmung neuer Forschungsergebnisse als Chance, und nicht als Risiko, stärkt den Standort Hessen. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir die großen Herausforderungen der Zukunft lösen können.

Mit Sorge sehen wir Bestrebungen von unterschiedlichen Seiten, sei es aus ideologischen oder politischen Gründen, die Freiheit von Forschung und Lehre einzuschränken. So wird Druck auf Forscherinnen und Forscher, aber auch auf Studierende ausgeübt, bestimmte Positionen nicht

einzunehmen beziehungsweise bestimmte Fragestellungen nicht oder andere vorrangig zu untersuchen. Wir stehen uneingeschränkt zu der durch unser Grundgesetz gewährleisteten Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und verteidigen diese mit aller Entschlossenheit. Entsprechendem Druck setzen wir uns daher entschieden entgegen. Die Frage, ob Veranstaltungen an Hochschulen stattfinden, darf nicht von der politischen Ausrichtung oder gar der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängen, solange diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Jede vom Grundgesetz gedeckte Meinungsäußerung muss daher im Raum der Hochschule möglich sein, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Auch institutionelle Hürden für die Wissenschaftsfreiheit wollen wir abbauen.

Wir wollen eine Anlaufstelle im Hessischen Wissenschaftsministerium schaffen, an die sich jeder wenden kann, der sich durch seine Meinungsäußerung benachteiligt sieht oder der eine Veranstaltung nicht durchführen oder eine Forschungsfrage nicht behandeln kann. Beschränkungen von Forschungsgegenständen in Grundordnungen wollen wir unterbinden. Förderprogramme der öffentlichen Hand sind so zu gestalten, dass sie nicht bereits durch ihre Fragestellung politische Tendenzen vorgeben oder verstärken.

Hochschulen als Institutionen, aber auch einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen die Möglichkeit haben, sich mit ihren Ergebnissen im politischen Raum zu positionieren. Die Rahmenbedingungen der Vergabe von Finanzmitteln im Zusammenhang mit der „Third Mission“ müssen mit Bedacht gewählt werden, um Hochschulen nicht politisch zu instrumentalisieren. Der notwendige Technologietransfer aus den Hochschulen in die Wirtschaft darf nicht unter der Politisierung einzelner Forschungsprojekte leiden.

Der Bedeutung des Wissens- und Technologietransfers gerecht werden

Der Wissens- und Technologietransfer in die Gesellschaft im Allgemeinen und in die Wirtschaft im Besonderen wird für Hochschulen immer wichtiger. Die Bearbeitung von Patenten und die Vermittlung von Forschungsergebnissen in Unternehmen sowie die Initiation von Kooperationsprojekten beanspruchen viel Zeit. Diese Arbeit wird an Hochschulen teils von Professorinnen und Professoren oder von

Transferabteilungen geleistet, die neben dieser Aufgabe ein breites Spektrum abzudecken haben. Um Gründungen aus Hochschulen zu erleichtern, den Technologietransfer anzutreiben und Hochschulen mehr Möglichkeiten zu geben, am wirtschaftlichen Erfolg von Patenten zu partizipieren, müssen Gründungs- und Innovationszentren fester Bestandteil aller Hochschulen sein. Eine Bildung von Verbänden ist eine gute Möglichkeit zur Schaffung von Synergien. Zu prüfen ist, inwiefern eine privatrechtliche Gesellschaftsform die gewünschten Ziele und die Schaffung von Zugängen zu Mitteln besser erreichen kann.

Mehr Gewicht auf die Lehre

Hessen rangiert noch immer im hinteren Mittelfeld der Bundesländer bei der Betreuungsquote, die als wichtiger Indikator für die Qualität der Lehre gilt. Wir wollen exzellente Studienbedingungen an hessischen Hochschulen schaffen und dazu mehr Gewicht auf die Lehre legen. Für ein erfolgreiches Studium brauchen Studierende individuelle Betreuung, um nicht nur Scheine zu sammeln, sondern Fortschritte zu machen. Sie benötigen praktische Einblicke in Forschung und Anwendung. Unter einer freidemokratischen Wissenschaftsministerin haben wir den Hochschulen mehr Freiheit gegeben. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Mehr Autonomie, bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche, auskömmliche Finanzierung sind Voraussetzungen, damit Hessen für Spitzenforschende und akademische Lehrkräfte aus der ganzen Welt an Attraktivität gewinnt.

Hochschulautonomie ausbauen

Hochschulen sind in unserem Selbstverständnis Orte, an denen im Geist der Freiheit von Forschung und Lehre gearbeitet wird. Dies bedingt, dass wir so viele Entscheidungen wie irgend möglich der Hochschule überlassen. Deshalb treten wir für die Stärkung und Weiterentwicklung der Hochschulautonomie ein. Konkret wollen wir den Hochschulen, die dies wünschen, die Dienstherreneigenschaft, die Bauherreneigenschaft und die Möglichkeit zum Abschluss eigener Tarifverträge übertragen. Außerdem sollen die Hochschulen ihre eigenen Profile und Schwerpunkte herausbilden können und eine eigene Hochschulentwicklungsplanung betreiben, die die Zielvereinbarungen mit dem Land konkretisiert. Das Wissenschaftsministerium bleibt für die

landesweite Hochschulentwicklung zuständig und muss klare Zielvorstellungen formulieren. Diese spiegeln sich im Hochschulpakt und in den Zielvereinbarungen wider. Darüber hinaus soll jede Hochschule frei sein, sich im Rahmen dieses Hochschulentwicklungsplanes autonom zu entwickeln.

Unabhängigkeit der Hochschulräte stärken

Der Hochschulrat formuliert die Anforderungen der Gesellschaft gegenüber der Hochschule und überprüft die Umsetzung. Deshalb ist es wichtig, dass er bei Entscheidungen über die grundsätzliche Ausrichtung der Hochschule wie die Einrichtung und Schließung von Fachbereichen oder die Wahl der Mitglieder des Hochschulpräsidiums mitwirkt. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, benötigen wir einen starken, unabhängigen Hochschulrat. In Zukunft sollen die Hochschulratsmitglieder nicht mehr von der Landesregierung, sondern vom Landtag als Vertreter des Souveräns besetzt werden. Sie dürfen weder dem Präsidium einer Hochschule noch dem Hochschulrat einer anderen Hochschule angehören, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Eine Begrenzung der Amtszeit für Hochschulräte, die es sonst bei keinem anderen Hochschulgremium gibt, schwächt den Hochschulrat und sollte entfallen.

Senat fortentwickeln und studentischen Einfluss auf die Lehre stärken

Der Zuschnitt der Hochschulgremien, wie des Senats, sollte weiterentwickelt werden. Es ist verständlich, dass die Studenten bei Fragen der Lehre stärker mitreden wollen, eine Drittelparität ist aber rechtlich nicht möglich und bei Fragen der Forschung auch nicht sinnvoll. In Zukunft sollen sich die Mitwirkungsrechte am Thema orientieren. Bei Fragen der Forschung besitzen die Professorinnen und Professoren zwei Drittel, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Drittel der Stimmen; bei Fragen zur Lehre sollen dagegen die Studierenden über die Hälfte, Professorinnen und Professoren sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über je ein Viertel der Stimmen verfügen; bei administrativen Fragen soll die Drittelparität gelten. Auf diese Weise fokussieren wir die Gruppen auf ihre eigentlichen Aufgaben und tragen dem Wunsch der Studierendenschaft nach mehr Repräsentanz

Rechnung, ohne in die Freiheit der Forschung einzugreifen.

Keine Pflicht zur verfassten Studierendenschaft

Wir wollen die Verpflichtung zur verfassten Studierendenschaft abschaffen und aus dem Hessischen Hochschulgesetz entfernen.

Die Mitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft soll in Zukunft freiwillig sein.

Hochschulpakt fortführen

Der hessische Hochschulpakt ist eine Erfindung der freidemokratischen Wissenschaftsministerin Ruth Wagner, die damit einerseits die Anforderungen an die Hochschulen definiert und andererseits den Hochschulen finanzielle Verlässlichkeit und Planungssicherheit bietet. Dieses richtungweisende Instrument wollen wir fortführen und ausbauen.

Wir streben im nächsten Hochschulpakt die Weiterentwicklung der Kennzahlen an, mit denen die Leistung der Hochschule in Forschung und Lehre gemessen wird. Die Hochschulen sollen in den Wettbewerb um die besten Studierenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler treten. Deshalb müssen Anreize für die Steigerung der Qualität von Forschung und Lehre verstärkt und der Wettbewerb um die besten Leistungen in der Forschung, aber auch in der Lehre, gefördert werden. Dabei sehen wir Forschung und Lehre in ihrer Bedeutung als gleichwertig an.

Zugleich werden wir die Grundfinanzierung stärken und damit die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Hochschulen längerfristig planen und mehr unbefristete Stellen schaffen können.

Kostenfreies Erststudium

Ein erster berufsqualifizierender Abschluss bis einschließlich den Masterabschluss soll an allen staatlichen Hochschulen in Hessen kostenfrei sein. Darüber hinaus wollen wir den Hochschulen freistellen, ob sie die Studierenden angemessen an den Kosten des Studiums beteiligen wollen. Die so eingenommenen Gelder werden wir den jeweiligen Hochschulen ungekürzt zur Verfügung stellen.

Dabei werden wir auch für die Gebühren für Weiterbildungs- und Aufbaustudiengänge die Möglichkeit schaffen, diese Gebühren nachgelagert während der Zeit der Berufstätigkeit zu entrichten.

Stipendien

Es ist uns sehr wichtig, leistungsstarke Studierende mit Stipendien zu unterstützen. Deshalb wollen wir das Stipendienwesen weiter ausbauen. Wir wollen hessische Hochschulen darin unterstützen, ihr Kontingent an Deutschlandstipendien auszuschöpfen. Zugleich werden wir das Deutschlandstipendium durch hessische Stipendien ergänzen, um das Aufstiegsversprechen für leistungswillige Hessinnen und Hessen Realität werden zu lassen.

Finanzausgleich zwischen den Bundesländern

Für uns steht der einzelne Studierende im Mittelpunkt. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Hochschulfinanzierung zwischen Land und Bund neu geregelt wird. Der Staat muss für jeden Studierenden, der sich für ein Studium in zertifizierter Qualität entscheidet, konsequent und trägerunabhängig die Kosten nach dem Modell „Geld folgt Student“ (GefoS) an die entsprechende Bildungseinrichtung zahlen. Dabei hängt die Höhe des Semesterbeitrags vom jeweiligen Fach ab (Clusterpreis) und wird deutschlandweit einheitlich festgesetzt. Wenn sich ein Studierender für eine private Hochschule entscheidet, hat diese denselben Anspruch, den Clusterpreis zu erhalten, wie eine Hochschule in staatlicher Trägerschaft, unter der Voraussetzung, dass die private Hochschule entweder keine Studiengebühren erhebt oder die private Hochschule die Studienplätze nach einer einheitlichen Prüfung nach Leistung vergibt und die Studiengebühren sozial gestaffelt sind.

Hochschulen von Bürokratie entlasten

Forschung und Lehre geht vor Bürokratie. Die letzte Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes hat die Berichtspflichten der Hochschule gegenüber dem Ministerium deutlich erhöht. Dies führt zu erheblichem bürokratischem Aufwand auf Seiten der Hochschule und verringert die Zeit, in der sich die Hochschule ihrer Kernaufgabe widmen kann, Forschung und Lehre zu betreiben. Deshalb wollen

wir das Hochschulgesetz erneut ändern und den Bedenken der Hochschulen Rechnung tragen.

Studiengänge

Das Bild eines einheitlichen Hochschulwesens mit gleichen Studiengängen ist überholt. Wir setzen auf Flexibilität und Eigenverantwortung. Die Studienangebote sollen sich an den Lebenswirklichkeiten orientieren und verstärkt Teilzeitstudiengänge, berufsbegleitende Studiengänge oder Fernstudiengänge beinhalten. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und webbasierte Angebote bereitstellen. Die „virtuelle“ Hochschule, die über Live-Streams, moderne Methoden von digitaler Wissensvermittlung und entsprechende Online-Angebote, mobiles Internet, Online-Verwaltung und Cloud-Lösungen verfügt, soll keine Vision bleiben. Aber auch hybride Angebote sind wichtig. Die Erfahrungen mit digitalen Formaten, die aufgrund der Pandemie gemacht wurden, wollen wir nutzen.

Studien-, Prüfungs- und Praktikumsordnungen sind dahingehend zu überprüfen und anzupassen, dass sie den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie, Pflege, Beruf und/oder Studium Rechnung tragen und einen erfolgreichen Abschluss ermöglichen. Infrastrukturmaßnahmen, wie die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, sowie die Anpassung der Öffnungszeiten von Bibliotheken und Laboren müssen ebenfalls unterstützt werden.

Bachelorabschluss der Rechtswissenschaften

In den kommenden Jahren werden in der Verwaltung zahlreiche verdiente Beschäftigte ihren Ruhestand antreten. Der Personalmangel wird sich verschärfen. Die zu schließende Lücke wird nur in Teilen durch die Digitalisierung der Verwaltung aufgefangen. Wir fordern einen integrierten Bachelor of Laws, der mit erfolgreichem Abschluss der Hausarbeit im Schwerpunktbereich verbunden ist, um juristische Talente nicht für den Staatsdienst zu verlieren. Studierende erhalten somit die Möglichkeit, in Wirtschaft und Verwaltung ihre Expertise einzubringen und mit weiterführenden Studiengängen auszubauen.

Duale Hochschulen

Wir unterstützen mit Nachdruck duale Studiengänge nach dem Vorbild von StudiumPlus, bei denen Unternehmen als Partner auftreten. Solche Angebote sind insbesondere für den ländlichen Raum zukunftsweisend. Den dualen Hochschulangeboten kommt auch mit Blick auf den Fachkräftemangel eine besondere Bedeutung zu. Wir werden deshalb die dezentralen Hochschulangebote in der Fläche des Landes Hessen ausbauen.

Private Hochschulen

Private Hochschulen erachten wir als eine wichtige Ergänzung der hessischen Hochschullandschaft. Private Hochschulen lenken private Gelder in den Hochschulbereich, was Forschung und Lehre stärkt. Es ist daher nur fair, wenn das Land auch für Studierende an privaten Hochschulen einen anteiligen Clusterpreis zahlt. Dabei werden wir die Höhe des Anteils überprüfen mit dem Ziel, einen fairen Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Hochschulen zu ermöglichen. Wir wollen weiterhin eine Reform des Akkreditierungsverfahrens privater Hochschulen vornehmen.

Hochschulstandort Osthessen

In der Region Osthessen finden sich weniger wissenschaftliche Einrichtungen als in anderen Landesteilen. Wir wollen den Hochschulstandort Fulda stärken und uns dafür einsetzen, weitere wissenschaftliche Einrichtungen in Osthessen anzusiedeln.

Internationalisierung

Wissenschaft ist international. Wir streben daher eine weltweite Verzahnung unserer hessischen Hochschulen an. Dazu werden wir den Anteil von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die einen Auslandsaufenthalt absolvieren, erhöhen.

Künstliche Intelligenz

Weltbeste Forschung und Lehre braucht beste Werkzeuge. Zu den mächtigsten Werkzeugen unserer Zeit gehört die Künstliche Intelligenz (KI). Hessische Universitäten zählen zur Weltspitze bei der Forschung an KI, aber wir wollen nicht nur

an KI forschen, sondern sie selbst zur Förderung unserer Forschung und Lehre einsetzen. Zusätzlich sollen Online-Verwaltung, Cloud-Lösungen, Live-Streams und der Einsatz virtueller Methoden, wie Augmented Reality und Virtual Reality (AR/VR – Angereicherte Realität und Virtuelle Realität), sukzessive realisiert werden.

Digitale Transformation

Digitalisierung ist kein einmaliger abgeschlossener Vorgang, sondern ein dauerhafter Prozess, der das gesamte Spektrum von Forschung, Lehre und Verwaltung betrifft. Um die Vorteile der Digitalisierung für alle Bereiche optimal und dauerhaft zu nutzen, wollen wir eine landesweite Task-Force digitale Transformation einsetzen, die digitale Methoden und Werkzeuge prüft und Empfehlungen für die einzelne Hochschule, aber auch für übergreifende Lösungen ausspricht.

Barrierefreiheit

Wir treten dafür ein, dass Studierende mit Behinderungen in Hessen ein ihren Fähigkeiten entsprechendes Studium aufnehmen können und ihre Belange in der Hochschulentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Die Studierenden sollen sich die Hochschule aussuchen, die für sie am besten geeignet ist, und die Hochschulen sollen sich für die Studierenden entscheiden, die die spezifischen Anforderungen ihrer Studiengänge am besten erfüllen. Im Rahmen von zusätzlichen Informationsveranstaltungen und Tutorien sollen die Studierenden insbesondere in der Eingangsphase beraten und intensiv begleitet werden, um sie bei der Studiengangauswahl zu unterstützen und Abbrecherquoten zu verringern.

**Hessen ist
Kunst- und
Kulturland**

Kunst und Kultur sind die Grundlage unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Sie stiften Inspiration und Gemeinsinn. Sie fördern den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und tragen zu Identitätsbildung, Lebenserfüllung und Selbstfindung des Einzelnen bei. Kultur bringt Werte und Selbstverständnis des Zusammenlebens zum Ausdruck. Wir brauchen daher eine freie und vielseitige Kulturlandschaft privater wie öffentlicher Institutionen und Initiativen. Kunst und Kultur bilden eine Triebfeder für unsere zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen.

Die Freiheit von Kunst und Kultur ist für uns unbedingt schützenswert. Kunst und Kultur müssen vielfältig sein und mannigfaltige Aufgaben übernehmen. Ideologische Vorgaben lehnen wir in allen Bereichen der Kunst und Kultur ab.

Kulturpolitik

Kernprojekt Hessisches Kulturgesetz

Mit einem Hessischen Kulturgesetz wollen wir die Grundlage für die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens des Landes sichern und einen verlässlichen rechtlichen und kulturpolitischen Rahmen schaffen. Kultur lebt von Freiheit und Unabhängigkeit. Wir wollen die Kulturförderung entbürokratisieren und dafür sorgen, dass mehr Mittel bei den Künstlerinnen und Künstlern ankommen. Dazu gehören eine Verstärkung und Anhebung der Kulturausgaben des Landes. Das Gesetz soll die finanzielle Förderung langfristig absichern und damit den kulturellen Akteuren, Spielstätten und Institutionen Planungssicherheit und Freiräume zur Weiterentwicklung geben. Angemessene Gagen, steigende Energie- und Personalkosten dürfen nicht zu Abstrichen im kulturellen Angebot führen. Dazu gehört insbesondere, die Instrumente der Struktur-, Konzeptions-, Investitions- und Projektförderung in Hessen zu überprüfen und neu zu justieren. Förderstrukturen müssen transparent, digital, übersichtlich und leicht zugänglich gestaltet werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft mit seinen 11 Teilbranchen von Musikwirtschaft, Buchbranche über Games-, Film- bis zu Presse- und Rundfunkwirtschaft ist hessenweit der drittgrößte Wirt-

schaftszweig. Diese Branche hat in Hessen 14,2 Milliarden Euro Umsatz, die 127.000 Erwerbstätige in 21.500 Unternehmen erwirtschaften. Wie keine andere Branche steht sie aber für Innovation, Kreativität, Austausch, zukunftsweisende Geschäftsmodelle und nachhaltige Arbeitsmodelle. Die Branche ist allerdings sehr fragmentiert, was die Wahrnehmung insgesamt erschwert.

Wir Freie Demokraten wollen die Zuständigkeiten und Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativwirtschaft einheitlich regeln. Kulturell ausgerichtete Themen sind dem HMWK zuzuordnen, kreativwirtschaftlich ausgerichtete Themen dem HMWi. Es braucht darüber hinaus eine koordinierende Funktion zwischen den Häusern, um in Zweifelsfällen hier klare Ansprechpartner zu haben.

Wir wollen in Hessen endlich eine übergreifende „Houses of“-Strategie entwickeln. Neben dem Angebot aktiver Vernetzungsformate gilt es, die Umsetzung branchenspezifischer Cluster- und Netzwerkhäuser in Hessen voranzubringen. Beispiele wie das House of Finance (HoF), das House of Pharma (HoP), das House of IT (HIT) und das House of Logistics and Mobility (HoLM) oder das House of Creativity and Innovation (HoCI) zeigen, wie wichtig hier eine Beteiligung des Landes ist.

Wir Freie Demokraten wollen die Fördermaßnahmen der hessischen Kreativwirtschaft erweitern. Hessen liegt im Bundesvergleich auf den hinteren Rängen, was der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges nicht gerecht wird. Förderprogramme sind für die gesamte Kreativwirtschaft zu entwickeln und anzuwenden, da alle Branchen ihre Wertschöpfung durch immaterielle Wirtschaftsgüter ziehen. Sonderthemen wie Film- oder Games-Förderung sind hier zu integrieren und dem wirtschaftlichen Stellenwert anzupassen. Die Aufgaben der HessenFilm und Medien GmbH sind hier entsprechend anzupassen und zu erweitern.

Wir möchten kreativwirtschaftliche Gründerzentren unterstützen und weitere Kreativhäuser initiieren, die eine enge Kooperation mit der Privatwirtschaft umsetzen. Es soll eine virtuelle Vernetzungsplattform eingerichtet werden, die die Kreativbranchen und Teilnehmer besser untereinander vernetzt und die Zusammenarbeit nachhaltig fördert. Eine zielgruppenbezogene Gründerberatung streben wir vor allem an den Hochschulstandorten an. Über die

Landesförderinstitute soll ein verbesserter Zugang zu Finanzierungen auch unter Einbeziehung von europäischen Mitteln ermöglicht werden. Innovative Förderinstrumente müssen sich an den speziellen Gegebenheiten in den Branchen orientieren und unbürokratisch genutzt werden können.

Kulturelle Bildung

Die kulturelle Bildung ist ein Schwerpunkt der Kulturpolitik. Für die Stärkung der kulturellen Bildung in den Bildungseinrichtungen wollen wir Freie Demokraten ein Kulturbudget einführen, das sich an der Anzahl der Kinder und Jugendlichen orientiert und von den Schulen selbstständig verwaltet wird.

Die Arbeit der Kinder- und Jugendtheater, Wettbewerbe wie „Jugend musiziert“, „Jugend malt“, Kinder- und Sommerakademien sowie ein spezielles Jugendfestival, die Juvenale, werden wir entsprechend unterstützen.

Die Schultheaterzentren wollen wir weiter stärken und die Umsetzung des Schultheaterzentrums Mitte und eines Schultheaterzentrums Süd vorantreiben.

Musikschulen

Wir wollen die Musikschulen in Hessen stärker mit Landesmitteln unterstützen, um ein flächendeckendes Angebot zu gewährleisten und die musische Bildung zu stärken. Mit mehr Transparenz und einheitlichen Standards bei der Förderung soll die besondere Bedeutung der privaten Musikschulen durch die ausreichende Finanzierung gestärkt werden. Dabei sollte eine Musikschule nur gefördert werden, wenn qualifiziertes Lehrpersonal mit abgeschlossener musikalischer Fachausbildung den Unterricht trägt. Voraussetzung einer Förderung sollte eine Zertifizierung „Anerkannte Musikschule in Hessen“ sein. Zudem wollen wir die Förderung durch ein ergänzendes Gutscheinsystem in Zukunft stärker an den Schülerinnen und Schülern orientieren.

Bibliotheken

Den Bibliotheken in Hessen kommt eine wichtige Aufgabe für den niedrighwelligen Zugang zu Bildung, Kultur und Wissenschaft zu. Sie tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und fördern

die digitale Teilhabe. Der Zugang der Öffentlichkeit zu den hessischen Bibliotheksnetzen soll daher verbessert und die Bibliotheken vollständig gebührenfrei werden. Bibliotheken müssen sonntags öffnen können. Wir wollen Ausstattung und Vernetzung der Bibliotheken des Landes weiter fördern. Hierfür wollen wir die Kommunen stärker mit Landesmitteln unterstützen und einen Bibliotheksentwicklungsplan auflegen, mit dem der Bedarf koordiniert und ein flächendeckendes Netz an Bibliotheken gesichert wird. Bibliotheken sollen zu einem zentralen Ort der Begegnung weiterentwickelt werden.

Staatstheater

Die große Bedeutung der Staatstheater sowie der vom Land geförderten Bühnen zeigt sich in der Förderung aus dem Landeshaushalt. Sie benötigen langfristige Planungssicherheit. Dazu wollen wir einen hessischen Theaterpakt abschließen, der die Aufgaben, die Struktur und die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Theatern beschreibt. Wir setzen uns für den Erhalt aller Spielorte ein und streben eine enge Zusammenarbeit der Theater an.

Museen

Die Museumslandschaft in Hessen ist reich und vielfältig und fußt auf einem dezentralen Museumskonzept, das wir unterstützen. Wir fordern ein ergänzendes Konzept von Kooperationen und Profilierung, um die Stärken dieses kulturellen Angebots herauszustellen. Hierzu gehört ein professionelles Kulturmanagement, in das kommunale und private Museen in Abstimmung mit dem Hessischen Museumsverband einzubeziehen sind. Wir unterstützen die Museumsshops bei der Verbesserung ihres Marketings.

Die Digitalisierung als Zukunftsthema ist für alle Kultureinrichtungen in Hessen von besonderer Bedeutung und muss überall angemessen umgesetzt werden. Wir wollen die Museen in Hessen dabei unterstützen, ihre digitalen Angebote zu verbessern – dazu gehören die Digitalisierung von Kunst- und Kulturgütern zur Inventarisierung, die Erstellung digitaler Abbilder und die öffentliche Bereitstellung der Daten sowie die Förderung der Künstlichen Intelligenz, aber auch die Nutzung freier Lizenzen.

Frankfurter Buchmesse

Die Rahmenbedingungen für die weltweit angesehene Frankfurter Buchmesse müssen verbessert und Hessen als Verlagsstandort attraktiver gestaltet werden. Die bedeutenden Literaturpreise unseres Landes werden wir auch zukünftig unterstützen.

Weiterentwicklung der documenta

Wir bekennen uns zur Förderung der documenta als eine der wichtigsten Ausstellungen für zeitgenössische Kunst und ihre besondere Bedeutung für Kassel und Nordhessen. Die Vorkommnisse rund um die documenta 15 haben jedoch auch gezeigt, dass die Strukturen der documenta gemeinsam mit der Stadt Kassel und dem Bund weiterentwickelt werden müssen. Wir setzen uns für einen möglichst unabhängigen künstlerischen und kuratorischen Ausdruck bei gleichzeitiger Einhaltung der Gesetze und Werte wie dem Kampf gegen Antisemitismus ein. Deswegen unterstützen wir die wissenschaftliche Aufarbeitung der antisemitischen Vorkommnisse rund um die documenta 15 und wollen hieraus Handlungsempfehlungen für den gesamten staatlich geförderten Kunst- und Kulturbereich ableiten. Der „freiheitliche Skandal unserer grundgesetzlichen Ordnung“ ermöglicht der Kunst fast alles. Der staatlich geförderte Kunstbereich sollte sich hingegen aber auch an Werten wie dem Kampf gegen Antisemitismus orientieren.

Provenienzforschung

Die Provenienzforschung ist eine wichtige Aufgabe hessischer Sammlungen, um die Geschichte unrechtmäßig entzogenen Kulturguts aufzuarbeiten. Dabei geht es insbesondere um NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut (NS-Raubgut), aber auch um Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Grundlage der Provenienzforschung ist eine umfassende Digitalisierung der Bestände hessischer Sammlungen. Bestätigt sich bei einem Werk ein Unrechtskontext beim Erwerb, sollte das jeweilige Werk nach Möglichkeit restituiert werden. Besondere Sensibilität ist dabei bei menschlichen Gebeinen und sterblichen Überresten geboten, bei denen eine Restitution prioritär geprüft und vorgenommen werden sollte. Eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsgesellschaften und -regionen ist dabei anzustreben.

Kulturdenkmale

Wir werden an der Förderung der Denkmalpflege festhalten. Denkmale werden am besten erhalten, wenn sie genutzt werden. Sinnvoller Denkmalschutz bringt daher Nutzung und Schutz in Einklang. Für Denkmale von herausragender Bedeutung, die sich im privaten Besitz befinden und deren Eigentümer wirtschaftlich nicht in der Lage sind, diese dauerhaft zu erhalten, streben wir eine Lösung analog zum britischen National Trust an. Dabei wird das Denkmal auf freiwilliger Basis in öffentliches Eigentum übergeben mit der Verpflichtung, es zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Frankfurter Paulskirche als deutsches Nationaldenkmal entsprechend gewürdigt wird, und streben dazu ein gemeinsames Vorgehen mit Bund und Stadt Frankfurt am Main im Jahr des Paulskirchenjubiläums an.

Erinnerungskultur

Die Gedenkstätten und Orte der Erinnerung werden wir erhalten, lebendig halten und weiterhin unterstützen. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Entwicklung eines Gedenkstättenkonzepts ein, das den Ansprüchen an die Erinnerungsarbeit, der Aufklärung sowie der pädagogischen Vermittlung gerecht wird. Das bürgerschaftliche Engagement und die vielfältigen lokalen Erinnerungsprojekte, wie etwa Stolpersteine, Gedenktafeln oder Dokumentationen, werden wir ebenfalls unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal innerhalb der Schullaufbahn eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus besucht. Wir unterstützen die Neugestaltung der Gedenkstätte Hadamar durch Mittel des Landes, die als einer der zentralen Orte der Verbrechen des Nationalsozialismus in Hessen landesweite Bedeutung hat.

Medienpolitik

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum Erhalt und der Zukunftsfähigkeit des Hessischen Rundfunks als Teil einer pluralistischen, demokratischen und kulturstaatlichen Rundfunklandschaft. Integraler und unverzichtbarer Bestandteil dieser Rund-

funklandschaft ist ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk als ein der freiheitlichen Demokratie dienender Rundfunk, der der Meinungsvielfalt, der Unabhängigkeit, der Wahrheit und der Ausgewogenheit der Berichterstattung verpflichtet ist. Bei aller Kritik an manchen Programmauswüchsen und journalistischen Fehlritten auch im öffentlich-rechtlichen Bereich steht für uns fest, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar für eine dauerhafte Gewährleistung solcher Informationsbereitstellung ist.

In der seit ihrer Gründung im Wesentlichen unveränderten öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft erfüllen ARD und ZDF parallel den nationalen Rundfunkauftrag. Dieses Parallelangebot ist heute nicht mehr erforderlich. Deshalb soll künftig zwischen dem nationalen und dem regional ausgerichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrag differenziert werden. Dabei bleibt der Hessische Rundfunk verantwortlich für das regionale Angebot in seinem Sendegebiet. Der nationale Rundfunkauftrag aber soll künftig durch Veranstaltung nur eines nationalen Rundfunkangebotes für das gesamte Bundesgebiet erfüllt werden. Deshalb wollen wir aus ARD und ZDF eine Rundfunkanstalt zur Erfüllung des überregionalen Rundfunkauftrags schaffen.

Wir erwarten insbesondere vom Hessischen Rundfunk, in Eigenverantwortung seine Programme im Sinne des Rundfunkauftrages zu straffen. Zu den Kernaufgaben gehören Angebote aus den Bereichen Information, Bildung, Beratung, Kultur und – im Rahmen des besonderen Rundfunkauftrags – auch Unterhaltung. In Ausgestaltung der diesbezüglichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes soll der Bereich der Unterhaltung auch weiterhin unter 20 Prozent der Programmausgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleiben und maximal 20 Prozent der Sendezeit beanspruchen.

Rundfunkorchester

Essenzieller Bestandteil des kulturellen Angebots in Hessen sind das hr-Sinfonieorchester und die hr-Bigband. Diese Klangkörper haben eine lange Tradition in der Kulturlandschaft und erweitern insbesondere die hessische Kultur- und Musiklandschaft auf hohem Niveau. Sie erfüllen durch ihre intensive Arbeit im Bereich der Pädagogik, Schul- und Jugendarbeit und durch ihre öffentlichen Auftritte eine besondere Rolle in unserer Gesellschaft und haben eine wichtige Rolle bei der kulturellen

Entwicklung und dem Ausbau des Tourismus im ländlichen Raum. Im Rahmen der Reform des Rundfunks fordern die Freien Demokraten, diese Klangkörper entsprechend ihrer Bedeutung für Hessen in eine öffentlich-rechtliche Stiftung unter finanzieller Beteiligung sowohl des Landes Hessen wie auch des Hessischen Rundfunks zu überführen und damit dauerhaft zu sichern.

Rundfunkfinanzierung

Zur Gewährleistung der Erfüllung des Rundfunkauftrages müssen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten. Gleichzeitig streben wir eine langfristige und spürbare Entlastung der Beitragszahler an. Ziel ist ein moderner und bezahlbarer öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Deshalb verlangen wir, dass alle Potenziale zur Kosteneinsparung genutzt werden, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Ebenso können Rationalisierungseffekte durch technische Neuerungen dazu beitragen. Auch der Hessische Rundfunk muss noch stärker als bisher mit anderen Rundfunkanstalten kooperieren, um unnötige programmliche Doppelangebote zu vermeiden und vorhandene Infrastruktur in jedem Bereich optimal zu nutzen.

Der Finanzbedarf des Hessischen Rundfunks wird heute in hohem und das Gesamtbild verfälschendem Umfang durch unverantwortliche, teils Jahrzehnte zurückreichende Versorgungszusagen geprägt, die durch die veränderten gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften und das zwischenzeitlich katastrophale Zinsniveau in den letzten Jahren ungeahnte Dimensionen erreicht haben. Das in den letzten Jahren regelmäßig positive operative Jahresergebnis des Hessischen Rundfunks wird unter Einbeziehung dieser Versorgungslasten in von Jahr zu Jahr höherem Umfang defizitär. Die FDP fordert deshalb, die Rentenaltlasten einschließlich der zugehörigen, tatsächlich angesammelten Rücklagen unverzüglich in eine „Renten-Bad-Bank“ auszulagern. Dabei ist sicherzustellen, dass keinerlei finanzielle Lasten und Risiken hieraus auf die allgemeinen öffentlichen Haushalte, also auf die Gemeinschaft der Steuerzahler, abgewälzt werden können.

Für die Zukunft gilt die Vorgabe, dass der Anteil für Personalkosten und Versorgungsvorsorge bei maximal 30 Prozent des Gesamtbudgets des Hes-

sischen Rundfunks liegen darf. Altersvorsorgebeiträge sind also aus diesem Budgetanteil zu leisten und sollen in rechtlich selbstständige, nach dem Kapitaldeckungsprinzip arbeitende Versorgungseinrichtungen fließen. Sie müssen sich an den allgemein üblichen Maßstäben orientieren.

Für die Zukunft halten wir mit Blick auf vorstehende Vorschläge und insbesondere die Herauslösung der alten Versorgungslasten weitere Erhöhungen des Rundfunkbeitrages für nicht erforderlich. Vielmehr ist eine spürbare Beitragssenkung anzustreben.

Den Beitragsservice (früher GEZ) wollen wir abschaffen und den Rundfunkbeitrag durch die Finanzämter einziehen. Damit würden die enorm hohen Kosten der Einzugsbürokratie gesenkt und die nach wie vor bestehenden Verunsicherungen bei Fragen des Datenschutzes beendet.

Privater Rundfunk

Es muss sichergestellt werden, dass privaten Sendern ausreichend Frequenzen zur Verfügung stehen, damit sie ihren Wettbewerb fortsetzen und intensivieren können. Wir Freie Demokraten unterstützen weiterhin lokale und regionale private Radioveranstalter. Wir wollen den in Hessen aktiven privaten Anbietern neben den bislang etablierten Veranstaltern zusätzliche Expansionsmöglichkeiten geben. Auch deshalb fordern wir, dass das überholte System der Rundfunklizenzen durch eine Anzeigepflicht bei den zuständigen Landesmedienanstalten ersetzt und damit an das digitale Zeitalter angepasst wird.

Kommerzielles wie nichtkommerzielles Live-Streaming wollen wir generell von einer Rundfunklizenz befreien. Das hessische Privatrundfunkgesetz ist zu reformieren, dass es der digitalen Entwicklung gerecht wird. Bürokratische Fesseln aus dem analogen Zeitalter wollen wir lösen und damit die Zukunfts- und Entwicklungschancen für Presse, Medien und private Sender verbessern.

Gesundheit und Pflege

Gesundheits- politik

Das Gesundheitswesen steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen: Die hessische Bevölkerung wird immer älter und nimmt es daher immer häufiger in Anspruch. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen von einem starken Fachkräftemangel geprägt. Hinzu kommen große Finanzlücken in nahezu allen Bereichen des Gesundheitssystems. Die gute Nachricht ist: Die Digitalisierung stellt für viele Herausforderungen des Gesundheitswesens eine Lösung dar. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Chancen erkannt und ergriffen werden. Die Freien Demokraten werden in Hessen ein Klima schaffen, in dem neue innovative Ideen für das Gesundheitswesen entstehen und sich dauerhaft etablieren. Wir werden gemeinsam mit allen Beteiligten Hürden abbauen und mutig nach vorne gehen, um ein zeitgemäßes und digitales Gesundheitssystem für Hessens Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Telemedizin und eHealth

Wir wollen Hessen zu einem Vorreiter-Bundesland im Bereich eHealth und Telemedizin machen. Deshalb wollen wir eine Digitalstrategie für das hessische Gesundheitswesen entwickeln, die die Potenziale der Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Akteure des Gesundheitswesens vollständig ausschöpft. Wir wollen digitale Lösungen unterstützen, die Pflegekräfte sowie Ärztinnen und Ärzte in ihrem Alltag entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Gesundheitsleistungen erleichtern. Wir werden uns u. a. dafür einsetzen, dass Bürgerinnen und Bürger Arzttermine schneller und einfacher selbst buchen können. Zudem wollen wir Telemedizin im ländlichen Raum noch stärker etablieren, um Versorgungslücken zu schließen.

Das Herzstück der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist die elektronische Patientenakte, die Informationen der Bürgerinnen und Bürger zentral bündelt und den Patientinnen und Patienten sowie den Leistungserbringern (Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften, Hebammen etc.) die Informationen jederzeit unkompliziert zur Verfügung stellt. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die elektronische Patientenakte breit ausgerollt und von allen

Akteuren des Gesundheitswesens sowie den Bürgerinnen und Bürgern aktiv genutzt wird. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Anwendungen der Telematikinfrastruktur wie etwa das eRezept schneller in die Umsetzung kommen. Darüber hinaus unterstützen wir die Weiterentwicklung der Telematikinfrastruktur hin zu einer praktikableren und zeitgemäßen „TI 2.0“.

Zur Förderung von Digitalisierungsprojekten wollen wir einen hessischen eHealth-Fonds schaffen, der digitale Versorgungsinnovationen fördert. In der Vergangenheit scheiterten viele Projekte daran, dass Förderzeiträume zu kurz waren und die Projekte lediglich als Insellösung geplant wurden. Der Fonds soll deshalb so ausgestaltet werden, dass die Versorgungsprojekte regional ausgeweitet werden können und auch die Chance bekommen, über den Förderzeitraum hinaus zu bestehen.

Im Mittelpunkt solcher Entwicklungen müssen mündige Bürgerinnen und Bürger stehen, bei denen wir zukünftig die Datenhoheit verorten wollen. Mobile Endgeräte der Patientinnen und Patienten sollten die Gesundheitskarte ersetzen und fester Bestandteil des persönlichen Datenmanagements in Patientenhand werden.

Hessisches Kompetenzzentrum für Telemedizin und eHealth

Darüber hinaus werden wir das Hessische Kompetenzzentrum für Telemedizin und eHealth (KTE) weiterentwickeln. Das Zentrum soll die Digitalisierung des Gesundheitswesens künftig aktiv mitgestalten. Die noch amtierende Landesregierung hat die Potenziale, die in einem gut aufgestellten KTE stecken, in keiner Weise erkannt: Aus Überforderung hat das Grün geführte Sozialministerium das KTE 2021 an das Digitalisierungsministerium abgegeben. Doch auch das CDU geführte Digitalisierungsministerium hat es nicht geschafft, das Zentrum aus seinem Schattendasein herauszuführen. Das Kompetenzzentrum berät Arztpraxen in Sachen Digitalisierung; vielmehr ist in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht passiert. Wir werden das ändern! Das KTE soll künftig für alle Player des hessischen Gesundheitswesens ein Ansprechpartner in Sachen eHealth sein, digitale Modellprojekte entwickeln und diese zusammen mit anderen Partnern – seien es Praxen, IT-Unternehmen, Universitäten, Krankenhäuser und Kran-

kenkassen – umsetzen. Ziel muss sein, alle relevanten Player unter Moderation und Koordination des KTE an einen Tisch zu bekommen, um Hürden und Blockadehaltungen abzubauen, damit die Digitalisierung im hessischen Gesundheitswesen endlich vorankommt.

Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Hessische Kompetenzzentrum für Telemedizin und eHealth nicht durch die Aufteilung des Aufgabengebietes „eHealth“ auf zwei Ministerien behindert wird. Diese Aufteilung hat sich nicht bewährt.

Hessisches Landesamt für Gesundheit und Pflege

Seit Januar gibt es das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege (HLfGP). Bisher wurden dort lediglich vorhandene Aufgabenbereiche mit Gesundheitsbezug aus den Regierungspräsidien und dem inzwischen aufgelösten Hessischen Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen zusammengeführt. Darüber hinaus ist wenig passiert. Die derzeitige Landesregierung zeigt wenig Weitsicht, das neue Amt konzeptionell weiterzuentwickeln. Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, nicht nur einfach eine neue Behörde zu schaffen, sondern die damit verbundenen Potenziale auch zu heben. Wir werden das Amt deshalb so aufstellen, dass dort zentrale Fachexpertise entsteht, von der alle Bereiche des hessischen Gesundheitswesens tatsächlich profitieren.

So muss es künftig zur Aufgabe des Landesamtes gehören, eine hessische Gesamtstrategie für den Bereich Prävention zu entwickeln und die Städte und Kreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprojekten vor Ort zu unterstützen. Nicht alle Kommunen sind bei diesem Thema gleich gut aufgestellt. Oft fehlt es vor Ort an Know-how und Personal. Die Landesregierung lässt die Städte und Kommunen hier im Regen stehen. Wir werden dafür sorgen, dass das Landesamt für Gesundheit und Pflege ihnen künftig Hilfestellung leistet, damit die Kommunen mit anderen Partnern vor Ort, wie zum Beispiel den Krankenkassen, Projekte auf den Weg bringen, die auch wirklich bei den Menschen ankommen.

Das Amt muss zudem dazu beitragen, dass die Gesundheitsämter in den Städten und Kreisen schnellstmöglich digitalisiert werden. Wir werden

dafür sorgen, dass das Landesamt die Basis dafür schafft, dass die einzelnen Gesundheitsämter intern, untereinander und mit den Landesbehörden digital vernetzt werden – und das ohne Bruchstellen. Die Pandemie hat offengelegt, dass die Digitalisierung im öffentlichen Gesundheitsdienst in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden ist.

Prävention

Prävention und Gesundheitsförderung sind Grundvoraussetzung für eine andauernde Gesundheit in der Bevölkerung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Informationen zur Vorbeugung von Erkrankungen den Bürgerinnen und Bürgern einfach und verständlich zugänglich zu machen. Prävention beginnt bereits in der Kindheit, weshalb wir uns für die Entwicklung von Präventionsangeboten in allen Altersklassen sowie einer konsequenten Umsetzung stark machen. Zugleich wollen wir bei der Gesundheitsförderung digitale Lösungen stärker unterstützen, etwa bei der Bereitstellung von Informationen mittels digitaler Medien wie bspw. dem Einsatz von Präventions-Apps oder Online-Trainings-Angeboten. Wir wollen die Digitalkompetenz altersgerecht ab der Kita fördern, um u. a. auch Cybermobbing frühzeitig vorzubeugen und problematischem Medienkonsum rechtzeitig zu begegnen. Zudem wollen wir zur Vorbeugung schwerer Erkrankungen erreichen, dass Impfungen noch niederschwelliger angeboten werden.

Sektorenübergreifende Versorgung

Die medizinische wohnortnahe Versorgung hat für uns eine herausragende Bedeutung. Um eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, muss alles dafür getan werden, den Arztberuf als freien Beruf im Haus- und Facharztbereich als auch stationären Versorgungsbereich zu erhalten und zu stärken. Eine strikte Trennung der ambulanten und stationären Versorgungsebene ist nicht mehr zeitgemäß. Immer mehr Leistungen der Patientenversorgung können sowohl ambulant als auch stationär erbracht werden. Dabei entscheiden der Zustand der Patienten und das damit verbundene Eingriffsrisiko, ob ambulant oder stationär behandelt wird.

Größtes Hindernis ist dabei das unterschiedliche Vergütungssystem in der ambulanten und stationären

ren Versorgung. Es muss daher auf einen zukünftig gleichen Leistungskatalog unter gleichen Qualitätsstandards zur gleichen Honorierung hingearbeitet werden.

Zukunftsweisende Gestaltung des Arzt-Patienten-Kontaktes

Insbesondere in strukturschwächeren Regionen wird es immer schwerer, offene Arztstühle zu besetzen. Auch beim hessischen Ärztenachwuchs verliert die Vorstellung, sich in eigener Praxis und noch dazu auf dem Land niederzulassen, zunehmend an Attraktivität. Die von der Landesregierung im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachte Landarztquote wird dieses Problem nicht lösen – vor allem nicht kurzfristig. Es gilt daher auch hier, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten von Videosprechstunden und Fernbehandlung noch stärker genutzt werden. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Videosprechstunde funktioniert und von den Menschen in Hessen gut angenommen wird. Wer nur leicht erkrankt ist, eine Krankmeldung für den Arbeitgeber oder ein Folgerezept benötigt, wird auch weiterhin dankbar sein, dass er sich den Weg in die Arztpraxis ersparen kann. Wir werden uns deshalb dafür stark machen, dass ärztliche Leistungen, die digital erbracht werden, sowohl finanziell als auch in der öffentlichen Wahrnehmung, den Leistungen in Präsenz gleichgestellt werden.

Für medizinische Fälle, die nicht aus der Ferne behandelt werden können, sollen künftig Versorgungsassistenten zum Einsatz kommen. Sie können vor Ort bei den Patientinnen und Patienten zu Hause Routinekontrollen oder Beratungen vornehmen und sich bei Bedarf per Videotelefonie mit Medizinern abstimmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Möglichkeiten viel stärker als heute genutzt werden. Nicht-ärztliches Fachpersonal muss entsprechend qualifiziert werden, sodass eine Delegation ärztlicher Leistungen ohne Einschnitte in der Behandlungsqualität möglich wird.

Aufbau regionaler Zentren zur Sicherung der Gesundheitsversorgung

Um zukünftig die Versorgung der Bürger, insbesondere im ländlichen Raum, sicherzustellen, fordern wir die Gründung von Gesundheits-Versorgungs-

Zentren (GVZ). Eine Aufgabe dieser neuen GVZ ist der Aufbau eines regionalen Zentrums für die primäre und sekundäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in einem definierten Einzugsgebiet. Das soll im Einvernehmen mit der Kassenärztlichen Vereinigung geschehen. Dabei ist den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung Rechnung zu tragen. Diese Organisationsform schafft die Voraussetzung für den Aufbau größerer gesundheitsversorgender Strukturen.

Das Ärztezentrum innerhalb des GVZ ist eine wirtschaftlich autonom agierende Einheit. Für die Versorgung der Bevölkerung in entlegenen Gebieten können Außenstellen etabliert werden. Diese größere Organisation kommt oft den Vorstellungen junger Ärzte und Ärztinnen mit der Möglichkeit von Teilzeit- und Teamarbeit eher entgegen und erhöht somit die Chancen, auch junge Ärztinnen und Ärzte für ländliche Räume zu gewinnen. Außerdem ermöglichen sie Spezialisierung und die Delegation insbesondere nicht-ärztlicher Aufgaben. Diese GVZ sollen weitere Gesundheitsanbieter beheimaten (Apotheke, Physiotherapeuten, ambulante Pflege, karitative und sozialkompensatorische Dienste etc.) sowie eine Anlaufstelle für die Bevölkerung für alle gesundheitlichen Belange sein.

Krankenhausstruktur zukunftsfähig machen

Bei den Freien Demokraten besteht kein Zweifel daran, dass Deutschland und auch Hessen dringend eine Reform der Kliniklandschaft benötigt, die sich stärker als heute am Bedarf und an der Versorgungsqualität ausrichtet. Eng damit verknüpft ist auch eine Neubetrachtung der Krankenhausfinanzierung. Im Grundsatz hat sich das 2004 eingeführte Fallpauschalensystem bewährt, da dieses nach dem Grundsatz – gleiches Geld für gleiche Leistung – die ökonomische Vergleichbarkeit der Leistungen von Krankenhäusern ermöglicht. Gleichzeitig hat das Fallpauschalensystem allerdings auch für Fehlanreize gesorgt. Um Einnahmen zu generieren, die ihr wirtschaftliches Überleben sichern, haben Kliniken in den vergangenen Jahren die Anzahl ihrer Behandlungsfälle massiv ausgeweitet. Verstärkt wird diese Problematik durch die Tatsache, dass das Land Hessen den Kliniken nicht ausreichend Mittel für Investitionen zur Verfügung stellt. Um dieser Leistungsausweitung entgegenzutreten und die Krankenhäuser wirtschaftlich auf sicheren

Grund zu führen, müssen Krankenhäuser zusätzlich zu den Fallpauschalen auch ihre Vorhaltekosten refinanziert bekommen. Doch bevor Gelder für Vorhaltungen an die Kliniken ausgezahlt werden, muss festgelegt werden, welche Krankenhäuser mit welchem Leistungsangebot an welchem Ort tatsächlich gebraucht werden. Bei der Festlegung dieser Bedarfsnotwendigkeit müssen Qualitätsvorgaben, wie Ausstattung und Spezialisierung, eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Freien Demokraten werden sich daher dafür einsetzen, dass verbindliche Struktur- und Qualitätsvorgaben Teil der hessischen Krankenhausplanung werden.

Pflege

Auch im Bereich der Pflege möchten wir das Prinzip ambulant vor stationär verstetigen und eine Pflege in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich sicherstellen. Wenn eine Pflege zu Hause nicht mehr gewünscht wird oder sinnvoll ist, können private alternative Wohnformen eine Möglichkeit darstellen, um den Umzug ins Pflegeheim zu umgehen. Daher möchten wir die alternativen Wohnformen unterstützen und fördern. Hier sehen wir die Notwendigkeit, zunächst die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die ambulante Versorgung dieser Wohngruppen ohne den derzeitigen bürokratischen Aufwand und die viel zu hohen Anforderungen, die an die Betreiber gestellt werden, ermöglicht werden kann.

Mit dem Grundsatz ambulant vor stationär geht auch die Notwendigkeit einher, die ambulanten Palliativdienste zu verstärken, damit dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen werden kann, gut betreut und versorgt, ohne Schmerzen zu Hause sterben zu können. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Versorgung mit spezialisierten ambulanten Palliativdiensten (SAPV) in vernetzten Teams, um den Menschen und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern.

Ambulante Pflege muss gut organisiert sein, damit sie zum Wohl der zu pflegenden Menschen ohne Reibungsverluste effizient funktioniert. Wir werden deshalb den Aufbau von Versorgungsnetzwerken fördern, so dass die ärztliche, die pflegerische sowie die palliative Betreuung kooperieren und Hand in Hand arbeiten.

Digitalisierung in der Pflege

Um wieder den Menschen in den Mittelpunkt der Pflege zu rücken, setzen wir Freie Demokraten auch auf die Chancen der Digitalisierung. Rund 13 Prozent ihrer Tätigkeit bringen Pflegekräfte für Dokumentation auf – Zeit, die für die Pflege am Bett fehlt. Deshalb wollen wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation verringern. Pflege-rische Prozesse sollten strukturiert, standardisiert, verschlankt und digitalisiert werden. Eine Digitalisierung der verschlankten Prozesse erleichtert die Arbeit der Pflegekräfte, verbessert die Betreuung der Menschen und hilft dem interdisziplinären Austausch. Ebenso ist eine digitale Abrechnung der Pflege notwendig.

Zur Entlastung von Pflegekräften und pflegenden Angehörigen dienen weitere digitale Maßnahmen in Form von Logistiksystemen für Serviceleistungen und zur Anforderung von Funktionsdiagnostiken, der Vernetzung von Medizingeräten, technikgestützten Hebe- und Tragehilfen, Wearables oder das Monitoring von Menschen mit demenzbedingten Weglauftendenzen.

Es ist zu prüfen, inwieweit digitale Elemente in die Pflegeversicherung im Rahmen der wohnumfeldverbessernden Maßnahmen für die Pflege zu Hause (smart home) aufgenommen werden können. Denn diese könnten Kosten sparen und pflegende Angehörige spürbar entlasten.

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen muss im Zuge der Reform der Pflegeausbildung Einzug in die Lehrpläne halten und auch Teil der Weiterbildung werden. Neue Berufsbilder wie das des Pflegeinformatikers sind zu entwickeln.

Unterstützung der Pflegekräfte

Pflegefachkräfte leisten eine wertvolle Arbeit, die unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient. Dennoch sehen sich Pflegekräfte mit einem schlechten Image konfrontiert. Sie leiden darunter, dass es immer wieder Vorfälle schlecht geführter Heime gibt, die dazu führen, dass die ganze Pflegebranche zu Unrecht unter Generalverdacht gestellt wird.

Wir wollen den Pflegeberuf attraktiver machen. Dazu gehören auch eine angemessene Bezahlung

und vor allem bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Wir unterstützen entsprechende Sofortmaßnahmen für eine Aus- und Weiterbildungs-offensive, Anreize für eine bessere Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit, ein Wiedereinstiegsprogramm für Pflegekräfte, die in andere Berufsfelder abgewandert sind, sowie Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Wir brauchen eine flankierende Gesundheitsvorsorge für Pflegekräfte, um den besonderen physischen und psychischen Belastungen entgegenwirken zu können.

Unabdingbar sind verlässliche Dienstpläne, die der Lebenswirklichkeit von Pflegekräften entsprechen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten. Mittelfristig sollte in Pflegeeinrichtungen – ähnlich wie in Schulen – eine mindestens 105-prozentige Quote an Pflegepersonal vorgehalten werden, um eine Verlässlichkeit zu garantieren.

Unsere schnell alternde Gesellschaft benötigt gut ausgebildete und hochspezialisierte Pflegefachkräfte. Darüber hinaus wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern, die Zahl der Kinderbetreuungsplätze erhöhen und die Qualität der Kinderbetreuung steigern, damit Pflegefachkräfte entlastet und unterstützt werden. Es braucht jedoch noch weitere Anstrengungen, um dem Arbeitskräftemangel in der Pflege begegnen zu können. Dazu gehört auch die Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland. Ein Baustein dafür bildet das von den Freien Demokraten seit langem geforderte Einwanderungsgesetz. Zu unterstützen sind auch die vielfachen Programme, Geflüchtete in den Pflegeberuf zu bringen.

Geburtshilfe in Hessen sichern, Hebammen stärken

Hebammen sind für Schwangere und gebärende Frauen sowie für die Nachsorge eine unverzichtbare Stütze unserer Gesellschaft. In Hessen herrscht ein Mangel an Hebammen für die Wochenbettbetreuung. Die Freien Demokraten wollen die Hebammenversorgung in Hessen verbessern. Eine flächendeckende Grundversorgung von allen Schwangeren muss gewährleistet werden. Dafür sind insbesondere die Rahmenbedingungen auch für freiberuflich tätige Hebammen zu verbessern, damit Eltern auch weiterhin über die Art und Weise der Geburt frei und selbstbestimmt entscheiden können.

Modellprojekte für Demenzkranke

Für Demenzkranke wollen wir Modellprojekte konzipieren und fördern mit dem Ziel, ihre Eigenständigkeit möglichst lange zu erhalten. Dazu müssen ihre verbliebenen Fähigkeiten weiterhin gefordert und gestärkt werden. Demenzkranke sollten deshalb so weit wie möglich ihren Alltag noch selbst mitgestalten. Aus diesem Grunde wollen wir uns mit Experten beraten, um Modellprojekte zu entwickeln, die eine Alternative zur herkömmlichen Betreuung im Pflegeheim darstellen und eine größere Eigenständigkeit der Erkrankten gewährleisten.

Suchtprävention und Suchtbehandlung

Zur Therapie Abhängiger müssen ausreichend qualifizierte Einrichtungen vorgehalten werden. Um die Abhängigen zu erreichen und ihnen Hilfe anbieten zu können, sind szenenahe Einrichtungen notwendig, insbesondere Anlaufstellen zur Therapieberatung und zur medizinischen Versorgung. Darüber hinaus sollten auch akzeptanzorientierte Einrichtungen bestehen bleiben, die eine Überlebenshilfe für Schwerstabhängige bieten und oft niedrigschwellige Anlaufstellen für spätere Therapieaufenthalte darstellen. Neben der kontinuierlichen Anpassung bestehender Hilfsmaßnahmen muss sich die Drogen- und Suchtpolitik auf neue Suchtformen oder neue Suchtsubstanzen einstellen. Die Zahl der Betroffenen in diesem Bereich ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, so dass aus Sicht der Freien Demokraten hier geeignete Präventions- und Hilfsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Darunter fallen die synthetischen Drogen (Crystal Meth u. Ä.), die Internet- und Spielsucht und das Koma-Trinken.

Wir räumen den präventiven Maßnahmen der Aufklärung und Beratung, die es in Hessen gibt, einen hohen Stellenwert ein. Ihnen gilt unsere besondere Unterstützung, damit Suchtbehandlungen so wenig wie möglich notwendig werden. Die Freien Demokraten Hessen sprechen sich für einen aufgeklärten und verantwortlichen Umgang mit Drogen aus. Wir unterstützen den Kurs der Bundesregierung für eine

kontrollierte Abgabe von Cannabis daher vollumfänglich.

Hier ist es weiterhin sehr wichtig, Jugendliche von diesen Stoffen fernzuhalten und zugleich mit den Präventions- und Hilfsmaßnahmen besser zu verknüpfen. Unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes betrachtet, lässt sich feststellen, dass gerade Cannabis auf dem illegalen Markt stark verunreinigt angeboten wird und zudem Sucht fördernde Zusatzstoffe enthält. Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis senkt das Risiko für Jugendliche, mit Kriminalität und Suchtstoffen in Berührung zu kommen.

Wir setzen daher auf eine auf wissenschaftlicher Grundlage basierende Drogenpolitik, die den Aspekt der Prävention und des Gesundheitsschutzes in den Vordergrund stellt. Deshalb werden wir uns für eine Enquete-Kommission auf Bundesebene einsetzen, die mit Fachleuten eine wissenschaftlich fundierte Neuausrichtung erarbeitet. Darüber hinaus setzen wir uns für Modellprojekte in Hessen für die Durchführung und Evaluierung kontrollierter Abgabe von Cannabis ein.

Soziales und Arbeitsmarkt

Für eine moderne Sozialpolitik: Vorankommen durch eigene Leistung

Das große Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft lautet, dass jeder Mensch seine eigene Lage mit eigener Leistung verbessern kann. Doch immer mehr Menschen zweifeln daran, ob dieses Versprechen heute noch gilt. Moderne Sozialpolitik bedeutet für uns, wieder die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir fordern Chancengerechtigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft. Wir stehen in unserer Gesellschaft solidarisch jenen zur Seite, die in Not geraten sind. Wir sorgen dafür, dass die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest ausgestaltet sind. Damit jeder eine faire Chance hat. Wir haben mit dem Hessischen Landesozialbericht bereits einen Ordnungsrahmen geschaffen, der die zahlreichen sozialen Angebote auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und damit wirksame Maßnahmen sichtbar macht. Der Landesozialbericht sollte aber noch stärker auf die Wirksamkeit von Sozialleistungen ausgerichtet werden sowie das Thema Aufstiegsversprechen und -mobilität in den Blick nehmen. Damit die Mittel passgenau den Menschen zugutekommen und nicht der Bürokratie.

Familienpolitik

Familien sind eine tragende Säule der hessischen Gesellschaft, daher ist es den Freien Demokraten wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihren Alltagsherausforderungen unterstützen. Wir brauchen in der Gesellschaft eine stärkere Kultur der Akzeptanz und Unterstützung der Familie. Dabei soll jeder selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestalten will und wie er Familie definiert. Selbstbestimmung ist das oberste Ziel liberaler Politik. Im Kontext von Familie bedeutet dies, dass eine moderne Familienpolitik Rahmenbedingungen für alle denkbaren Formen des Zusammenlebens mehrerer Generationen setzt.

Im Zentrum liberaler Familienpolitik steht das Wohl des Kindes. Jedes Kind soll unabhängig seiner sozialen Herkunft die gleichen Chancen zur Selbstentfaltung bekommen. Deshalb bedürfen Kinder und Jugendliche, die in bildungsfernen Familien aufwachsen, im Rahmen ihrer Bildungsbemühungen in besonderem Maße der staatlichen Fürsorge. Eine regelmäßige Begleitung sozial schwacher Familien durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte sowie Unterstützungsangebote für die Bildung, Ausbildung und Fortbildung verbessern zudem die schlechteren Startbedingungen von Kindern und sorgen für Chancengleichheit. Die Sozialämter sind personell so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe, den Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, jederzeit mit der notwendigen Intensität nachkommen können.

Kulturelle Einrichtungen, wie z. B. Kunst- oder Musikschulen, sowie Sportvereine, die sich um eine Integration von Kindern aus bildungsfernen und wirtschaftlich schwachen Familien besonders einsetzen, sollen hierfür einen Zuschuss aus Landesmitteln erhalten.

Es soll für Väter und Mütter leichter werden, die Förderung und Erziehung ihrer Kinder mit beruflicher Selbstentfaltung zu verbinden. Die Voraussetzung hierfür ist, dass Kinderkrippen und -tagesstätten, Vorschulen und Schulen in so ausreichender Zahl vorhanden sind, dass Eltern zwischen verschiedenen pädagogischen Konzepten auswählen können.

Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche müssen stärker in politische und gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden. Die offene sowie die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Selbstständigkeit junger Menschen und stellen die Teilhabe an unserer Gesellschaft sicher. Wir setzen uns daher für die Einrichtung von Jugendparlamenten mit Initiativrecht auf kommunaler Ebene ein. Wo keine Jugendparlamente eingerichtet werden können, sollen Jugendliche etwa durch Kinder- und Jugendräte direkt an für sie relevante Entscheidungen und Planungen beteiligt werden. Durch außerschulische Jugendbildung werden junge Menschen befähigt, ihre jeweiligen Lebenszusammenhänge zu reflektieren und soziale Kompetenzen zu erlernen. Außerschul-

lische Jugendbildung bietet darüber hinaus neue Lernerfahrungen ohne schulische Zwänge. Das Angebot in der außerschulischen Jugendbildung ist vielfältig und als weitere Bildungssäule zu stärken. Wir unterstützen diese wertvolle Arbeit.

Jugendarbeit hat einen hohen Stellenwert. Diese leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Selbstständigkeit junger Menschen, weshalb wir die gesetzliche Freistellung für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Engagierte unterstützen und darüber hinaus prüfen wollen, welche weitere besondere Anerkennung in Schule und Berufsausbildung möglich ist.

Wir halten es für richtig und wichtig, dass die Kinderrechte in die Hessische Verfassung aufgenommen werden, denn die im Grundgesetz verankerten Rechte gelten zwar auch für Kinder, doch sie werden den besonderen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Mit der Aufnahme in die Verfassung erhalten das Kindeswohl und das Recht auf Bildung einen besonderen und sichtbaren Stellenwert, der sich in der Folge auch in der Gesellschaft niederschlagen wird.

Seniorenpolitik

Die heutigen Senioren sind überwiegend wesentlich gesünder und aktiver als früher. Viele möchten sich noch in irgendeiner Art und Weise engagieren. Daher wollen wir die Möglichkeiten für eine ehrenamtliche Tätigkeit fördern und die Altersbeschränkung beim freiwilligen sozialen Jahr (FSJ) aufheben.

Der Anteil der Senioren in unserer Gesellschaft wächst und damit auch die Zahl derjenigen, die mit kleineren oder größeren Einschränkungen ihrer Gesundheit zurechtkommen müssen. Wichtig ist es deshalb, die Mobilität im Alter zu gewährleisten, denn sie ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen nimmt zu. Deshalb müssen Barrieren reduziert oder vollständig abgebaut werden, um selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren zu können. Technologische Hilfestellungen, beispielsweise durch Einrichtungen zur Überwachung des Wohnraumes, sollen genutzt werden können, um Sicherheit zu bieten.

Wir werden neue Wohnformen im Alter unterstützen und fördern. Ob es sich um private Wohngruppen

oder Verantwortungsgemeinschaften handelt, um das Modell des Mehrgenerationenwohnens oder um genossenschaftlich organisierte Wohnformen, alles, was dazu dient, der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten, möchten wir unterstützen.

Die bisherigen unterschiedlichen Finanzierungsformen verschiedener Kostenträger wollen wir zugunsten einer öffentlichen Regelfinanzierung ablösen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Hessen Wohngruppen auf freiwilliger Basis oder als ambulant betreute Pflegewohngruppen so fördert, dass in einer Anschubfinanzierung die Planungskosten ganz oder größtenteils übernommen und für Baukosten günstige Darlehen bereitgestellt werden. Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass das Land die Kommunen mit einem Festbetrag zur Beratung bei der Konzeption unterstützt.

Mit einer solchen Sozialraumorientierung und ihrer Förderung und Unterstützung sind diese Modelle geeignet, wichtige Lebensbedürfnisse älterer Menschen zu erfüllen. Gleichzeitig mildern sie einen Pflegenotstand in Heimen oder Überlastung von Betreuungs- und Pflegepersonal deutlich.

Die Erfahrung und das Wissen der älteren Generation müssen in allen Bereichen des beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens mehr genutzt und in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies kann einerseits durch eine verstärkte Berücksichtigung in politischen Parteien und andererseits in den Seniorenbeiräten stattfinden. Eine Verankerung der Seniorenbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung als Institution ist dabei zu prüfen. Fest steht, dass gewählte Seniorenbeiräte einen höheren Stellenwert in der Kommunalpolitik haben werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass gewisse Mindestkriterien erfüllt sind. Es muss dazu eine Richtlinie für Seniorenbeiräte erarbeitet werden, die garantiert, dass die Seniorenbeiräte ihre wichtige Aufgabe in einer alternden Gesellschaft bestmöglich wahrnehmen können.

Arbeitsmarkt

Berufliche Schulen sind Teil unseres international beispielgebenden dualen Ausbildungssystems und deshalb maßgeblich für die niedrigste Jugend-

arbeitslosigkeitsquote in der EU. Die duale Ausbildung ist in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Talentschmiede für unseren Arbeitsmarkt und eine der Grundlagen unseres Wohlstands. Betriebe, die nicht allein ausbilden wollen oder können, sollen unterstützt werden, wenn sie sich zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen. Hierbei muss das Land vor allem als Koordinator initiativ werden.

Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir entschieden ab. Sie schafft keinen Ausbildungsplatz mehr, sondern belastet nur zusätzlich die mittelständische Wirtschaft. Neben der Ausbildung kommt der Weiterqualifizierung eine besondere Bedeutung zu. Hier müssen alle bereits vorhandenen Angebote erhalten bleiben und dem Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

Um den vielen jugendlichen Flüchtlingen eine bessere Perspektive zu eröffnen, wollen wir die InteA-Klassen (Integration und Abschluss) bis zu einem Eintrittsalter von 25 Jahren öffnen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EIBE- und Schub-Klassen ein und unterstützen auch das besondere Angebot der Produktionsschulen, um wirklich jedem jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Gleiche Chancen für Frauen sind zwingend und überfällig

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist für uns Selbstverständlichkeit, nicht zuletzt da die finanzielle Unabhängigkeit der Schlüssel zu echter Gleichstellung ist. Wir müssen feststellen, dass Frauen zwar vollen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, jedoch in Führungspositionen als auch in bestimmten, besser bezahlten Berufsgruppen noch immer unterrepräsentiert sind. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass Frauen immer noch den überwiegenden Anteil an familiären und Pflegepflichten übernehmen. Sie arbeiten daher auch häufiger in Teilzeit und üben im Gegensatz zu Männern vermehrt Berufe im Niedriglohnsektor aus. Wenn Frauen weniger arbeiten, ein geringeres Einkommen haben sowie ihre Erwerbstätigkeit häufiger unterbrechen als Männer, besteht für sie in der Konsequenz ein größeres Risiko für Altersarmut.

Es geht aber um mehr als nur um Zahlen – wir sind in der Verantwortung, die Bedingungen so zu

setzen, dass bei den Veränderungsprozessen von Gesellschaftsstrukturen und Rollenzuschreibungen immer die Freiheit der Menschen, ihre privaten Lebensentwürfe selbst zu gestalten, gewahrt bleiben muss. Ein kulturelles Umdenken ist überfällig, um erwerbsfreie Zeiten für die Familie und Kinder nicht als „Karierepause“ zu interpretieren, sondern im Gegenteil als aktive Erfahrungszeit, aus der anschließend sehr viel auch wieder in die berufliche Erwerbstätigkeit eingebracht werden kann (Resilienz, Organisationsfähigkeit, körperliche Belastungsfähigkeit, Koordination etc.).

An dieser Stelle möchten wir ansetzen, um die wirtschaftlichen Chancen für Frauen zu verbessern. Frauen sollen wie auch Männer durch eigene Leistung vorankommen können. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuung in Hessen ist für uns zentrale Voraussetzung, die die Erwerbstätigkeit von Eltern ermöglicht. Diese verbesserten Rahmenbedingungen ermöglichen nicht nur Frauen die Erwerbstätigkeit, sondern auch Vätern die Übernahme von Familienarbeit.

Wir Freie Demokraten sind Anhänger leistungsorientierter und nicht präsenzorientierter Vergütung. Als Partei der Leistungsgerechtigkeit ist es für uns inakzeptabel, dass bei gleicher Qualifikation, bei gleicher Arbeit und bei gleicher Biografie es aktuell noch immer einen Gehaltsunterschied von sechs Prozent gibt. Wir fordern gleiche Bezahlung für gleiche Leistung. Wir unterstützen alle Impulse und Anstrengungen, um Verhandlungsstärke von Frauen in Bezug auf das Gehalt zu verbessern. Hierzu gehört auch, dass von Arbeitgeberseite transparent gemacht wird, in welchem Bereich sich das Gehalt für eine Stelle bewegt und auf welchen Kriterien eine Einstufung fußt.

Wir Freie Demokraten fordern neben der Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle eine neue Präsenz- und Transparenzkultur, in der Arbeitsleistung statt Arbeitszeit belohnt wird. Wir setzen uns für die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes mit dem Ziel ein, dass die Arbeitszeit im Verlauf eines Arbeitstages für Familienzeiten unterbrochen werden kann. Die Möglichkeit, einen Teil der Arbeit im Home-Office zu leisten, soll in großen wie in kleinen Unternehmen zu einer Selbstverständlichkeit werden und ist in den Rahmentarifverträgen durch die Tarifvertragsparteien zu verankern. Eltern sollen – wie alle

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die Möglichkeit erhalten, die Zahl ihrer Erholungsurlaubstage über den gesetzlichen bzw. tariflichen Anspruch hinaus mit ihren Arbeitgebern frei auszuhandeln. Dadurch können Eltern die Betreuung ihrer Kinder während der Schulferien leichter sicherstellen.

Ganzheitliches Diversity Management

Die Freien Demokraten befürworten ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt – nicht nur bei Führungspositionen, sondern in der Breite beruflicher Funktionen. Es entspricht dem liberalen Verständnis des verantwortlichen Unternehmertums und steigert so die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Aufgabe des Staates ist es nicht, Diversity Management über Regulierung zu verordnen. Vielmehr geht es um politische Moderation und um die Rolle des Staates als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Wirtschaft, sozialer und öffentlicher Sektor sollen über Instrumente und den wirtschaftlichen Nutzen ganzheitlichen Diversity Managements informiert werden. Best-Practice-Dialoge zu initiieren und zu unterstützen, ist vor allem Aufgabe des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW) und des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (HMSI). Die Entwicklung einfacher und kostengünstiger Diversity-Konzepte für den Mittelstand soll gefördert werden. Wir wollen, dass das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ im Blick auf moderne Unternehmenskultur in der beruflichen Bildung verankert wird und dass im Fortbildungswesen der Wirtschaft Schulungsangebote aufgenommen werden.

Wir werden dafür werben, dass weitere hessische Unternehmen die Charta der Vielfalt unterzeichnen und auf diese Weise Verschiedenheit bzw. Vielfalt als Potenzial anerkennen.

Der öffentliche Dienst muss vorangehen

Wir Freie Demokraten erwarten vom öffentlichen Dienst als Arbeitgeber eine besondere Anstrengung, gleichberechtigtes Arbeiten von Frauen und Männern zu ermöglichen und ganzheitliches Diversity Management umzusetzen. Die Anforderungen, die die öffentliche Hand an private Unternehmen stellt, muss sie zunächst an sich stellen und auch

vorbildhaft erfüllen. Der öffentliche Dienst muss daher mit gutem Beispiel vorangehen. Strukturen der Frauen- und Behindertenbeauftragten sollten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management umgestaltet werden. Dabei ist es weiterhin erforderlich, alle Dimensionen von Vielfalt auch gesondert anzusprechen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, ganzheitliches Diversity Management auf allen Ebenen, eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen und Jobsharing auf Leitungsebenen müssen durchgängig in der Verwaltung umgesetzt werden. Hierfür müssen die Gleichstellungsberichte regelmäßig und nach einheitlichen Kriterien verfasst und veröffentlicht werden. Insbesondere im Hinblick auf die Landesministerien ist dies noch nicht gegeben.

Wir möchten, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die in Teilzeit arbeiten, nicht auf das „Abstellgleis“ gestellt werden. Deshalb möchten wir, dass die Vorgesetzten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig auf die Möglichkeit, den Stundenanteil zu erhöhen, hinweisen. Wenn Vollzeitstellen in Teilzeit vergeben werden, muss die Arbeitsmenge entsprechend angepasst werden. Der Arbeitgeber soll eine weitere Teilzeitstelle zur Übernahme der restlichen Aufgaben ausschreiben, da diese Aufgaben in der Regel nicht verschwinden. Ist dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich, soll der Teilzeitstelle alternativ Unterstützung durch eine Assistenz o. Ä. angeboten werden.

Vielfalt, Integration und Inklusion

Hessen als Land der Vielfalt und Akzeptanz

Die FDP setzt sich auch in Hessen für eine Politik ein, die Diskriminierung von Menschen endgültig überwindet. So soll auch allen Menschen, die als LSBTI noch teilweise an der Entfaltung ihrer Persönlichkeit gehindert werden, die volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Nachdem die vollständige rechtliche Gleichstellung bei der letzten FDP-Regierungsbeteiligung im Vordergrund stand, sollen jetzt vor allem strukturelle Probleme und Hindernisse zur Gleichstellung beseitigt werden.

Wie auch von den beteiligten LSBTI-Gruppen im Vorfeld des Hessischen Aktionsplanes für Vielfalt und Akzeptanz gefordert, sollen in enger Abstimmung mit dem „Runden Tisch“ oder gleichwertigen Beteiligungsformen konkrete Schritte unternommen werden.

Die FDP ist sich der Bedeutung von Bildung auch für gesellschaftliche Weiterentwicklung bewusst – deshalb müssen besonders auch Lehrkräfte sensibilisiert und unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit „Peer to Peer“-Projekten wie „SCHLAU“ muss weiter intensiviert werden.

Ohne die Unterstützung der diversen LSBTI-Gruppen ist die notwendige Projektarbeit in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und psychosozialer Krisenintervention sowie Jugend- und verstärkte Altenarbeit nicht sachgerecht zu leisten. Deshalb muss der Aktionsplan fortentwickelt werden. Dies erfordert auch transparente und praktikable Verfahren, die nicht nur schon professionalisierten Organisationen wie z. B. den Aids-Hilfen eine finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit ermöglichen.

Das Urteil zum dritten Geschlecht stellt auch das Land Hessen vor die Aufgabe, im praktischen Verwaltungshandeln Trans-Menschen ihre Identitätsfindung nicht zu erschweren. Alle administrativen Akte müssen vom Gedanken der Selbstbestimmung geprägt sein und spezifische Beratungsangebote sind zu evaluieren und gezielt zu fördern. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht von ver-

schiedenen externen Gutachtern abhängig sein. Wir begrüßen daher die Vorhaben der Bundesregierung zu einem Selbstbestimmungsgesetz, welches gleichzeitig sicherstellt, dass Schutzräume nicht beeinträchtigt werden. Die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Betroffenen muss intensiviert werden.

Das Land Hessen setzt sich dafür ein, dass die operative zwangsweise Geschlechtszuweisung von intersexuellen Kindern endlich beendet wird. Betroffene Eltern sind in diesem auch für sie schwierigen Prozess beratend zu begleiten, entsprechende Angebote von Selbsthilfegruppen und anderen Organisationen von Betroffenen werden ausdrücklich unterstützt.

Integration

Eine liberale Integrationspolitik für die Zukunft unseres Landes

Das nachhaltige Gelingen von Integration ist mitentscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Deshalb wollen wir Freie Demokraten:

Integration fordern und fördern: Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen gefordert und gefördert werden. Fordern heißt für uns, dass wir bei der Integration erwarten, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung als Grundlage für die Stabilität und den Erfolg des Landes von allen, die zu uns kommen, uneingeschränkt als Grundlage des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens akzeptiert wird und die Bereitschaft besteht, an einer Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte eines demokratischen und toleranten Deutschlands in einem demokratischen Europa fortzuschreiben. Integration fordern bedeutet für uns aber auch, dass Personen, die diese Grundlagen zu akzeptieren und befolgen nicht bereit sind, in Deutschland nicht dauerhaft bleiben können. Gerade vor diesem Hintergrund müssen Abschiebungen konsequent durchgeführt werden. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, die Liste der „sicheren Herkunftsländer“ zeitnah zu erweitern. Fördern heißt, dass möglichst frühzeitig insbesondere durch unkomplizierte niederschwellige Sprachangebote, eventuell Sprachtandems,

ein „How to“-Deutsche Bürokratie und ähnliche Konzepte der Einstieg in Deutschland erleichtert werden soll.

Bürgerinitiativen stärken: In der Fläche wird Integration durch die Bürger selbst gestaltet und organisiert. Integration passiert in den Städten und Gemeinden, Stadt- und Ortsteilen und Wohnbezirken. Es passiert in Kindergärten, Schulen, Vereinen – also überall dort, wo Menschen zusammenkommen. Projekte, welche Integration direkt fördern, sollten mehr wertgeschätzt werden. Der Hessische Integrationspreis sollte daher mehr in die Fläche gebracht werden. Dazu fordern wir konkret eine größere Anzahl von Preisträger/-innen mit entsprechender Neuaufteilung der Preisgelder sowie einen Ausschluss von bereits staatlich geförderten Projekten von der Preisvergabe.

Wer Integration fordert, muss Integration ermöglichen: Integration bedeutet auch, dass etwas Neues entsteht, dessen müssen sich alle Beteiligten bewusst sein. Die Bevölkerung wird immer vielfältiger, derzeit haben in Hessen fast 36 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Wie gelingt es, den Zusammenhalt der Gesellschaft in der Vielfalt zu wahren, wenn Menschen Vielfalt mit Sorge oder sogar Ablehnung betrachten? Um Vorurteile abzubauen, können etwa gemeinsame Begegnungsplattformen stärker ausgebaut und genutzt werden, um so zwanglos ins Gespräch zu kommen. Dies kann der lokale Verein oder eine Partei sein oder auch weitere niederschwellige Angebote wie z. B. Kulturcafé oder Fahrradwerkstatt. Initiatoren solcher Angebote müssen ermutigt und gefördert werden.

Krisensituationen sollten Integrationsprozesse nicht ausbremsen: Durch fehlendes gesellschaftliches Miteinander während der Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie sind nicht nur in der Bildung, sondern auch in der Integration enorme gesellschaftliche Lücken entstanden. Diese Lücken sollten durch gezielte Maßnahmen in der Fläche geschlossen werden.

Sprache ist der erste Schlüssel: Das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache ist für uns der wichtigste Aspekt bei der Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Dementsprechend sollte hierauf ein besonderes Augenmerk liegen und ein breites und tief gefächertes Angebot bestehen,

um die deutsche Sprache zu erlernen. Es gilt, ein gesamtgesellschaftliches Feuer hierfür zu entfachen, das jedem mit Bedarf einen funktionierenden Schlüssel in die Hand legt. Es soll deutlicher und kontrollierter darauf hingewirkt werden, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden.

Als weiterer wichtiger Baustein beim Spracherwerb soll die Nutzung und Einbindung von Sprachlern-Apps gefördert werden. Bereits bestehende Angebote privatwirtschaftlicher Anbieter oder z. B. des Goethe-Instituts bedürfen besserer Bewerbung bei Zuwanderern und Flüchtlingen sowie eine bessere Erforschung ihrer Einbindungsmöglichkeiten in den Sprachunterricht.

Bildung ist der zweite Schlüssel:

Politische Bildung und Grund- & Frauen- und LGBTQ-Rechte: Für eine gelungene Integration ist es auch unerlässlich, dass es für jede nach Deutschland kommende Person verpflichtend ist, einen gewissen Wissensstand über das politische System der Bundesrepublik, insbesondere auch im Hinblick auf die politische Partizipation, etwa über Ausländerbeiräte, und auch die Grundrechte zu haben. Leider stellt man oft fest, dass Menschen zwar schon lange in Deutschland leben, aber dennoch zu wenig Kenntnis über das politische System in Deutschland haben und nicht ausreichend über die eigenen Rechte und Pflichten informiert sind. Das kann sowohl Integration als auch Partizipation verhindern. Internationale Kulturfeste („Tag der Nationen“) bieten eine hervorragende Gelegenheit, Menschen zusammenzubringen, Integration zu fördern und dabei auch Informationen über das politische System und das gesellschaftliche Miteinander zu transportieren. Eine Förderung solcher Veranstaltungen sollte deren Attraktivität steigern, um darüber mehr Zuspruch und Partizipation zu erreichen. Unsere Chance liegt darin, alle Menschen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu begeistern.

Berufliche Perspektive für alle: Jeder Neuankömmling bekommt, unabhängig von seiner Bleibeperspektive, sofort und unbürokratisch die Erlaubnis, eine Arbeit aufzunehmen. Dazu ist es auch erforderlich, bei der Anerkennung von ausländischen Schul- und Ausbildungs- sowie Studienabschlüssen flexibler auch im Hinblick auf etwaige zweckmäßige und gebotene Weiterbildungen zu

werden. Im Herkunftsland erworbene Abschlüsse sind daher zügig zu prüfen und entsprechend anzuerkennen. Die Mitarbeit bei der Klärung der Personalien ist Voraussetzung. Aus der Arbeitserlaubnis ergeben sich jedoch keine Ansprüche auf ein Bleiberecht.

Langfristige Perspektiven für Flüchtlinge: Flüchtlinge sind oft auf Fort- und Weiterbildung angewiesen, um eine bessere Einstiegschance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Die Chancen und Potenziale dieser Menschen müssen zielgerichtet gefördert werden, um langfristige Erfolge zu erzielen.

Inklusion

Wir Liberale sind lebensbejahend. Behinderungen verstehen wir nicht als Verhinderung. Wir wollen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gewährleisten. Das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wir unterstützen deshalb integrative Konzepte in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen. Aber auch hier gilt der Grundsatz, dass Integration nicht um jeden Preis geschehen darf, denn bei allen Entscheidungen muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen. Daher muss es auch weiterhin die Möglichkeit geben, bei Bedarf Kinder mit Behinderungen in besonders qualifizierten Einrichtungen unterbringen zu können.

Die Möglichkeit zu arbeiten, verstehen wir als integralen Teil eines selbstbestimmten Lebens. Grundlage hierfür können neben beruflichen Fördermaßnahmen nur die konsequente Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen sowie der Ausbau spezieller Beschäftigungsgesellschaften sein. Wir sehen hierbei vor allem die Integrationsfachdienste in der Pflicht, ihre Personalstrukturen dahingehend zu qualifizieren, dass sie die Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen. Wir setzen auf den Fortbestand der Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke in Hessen.

Wir streben individuelle Lösungen an, bei denen der Mensch, und nicht seine Beeinträchtigung, im Vordergrund steht. Das trägerübergreifende persönliche Budget bietet hierfür eine gute Chance. Staatliche Leistungen können so individuell abgefordert

werden, ob als Geld- oder Sachleistung. Wir wollen deshalb diese Verfahren möglichst flächendeckend umsetzen und alle Rehabilitationsträger beteiligen. Bei Menschen mit geistigen Behinderungen muss das persönliche Budget so ausgestaltet werden, dass die Kosten für einen notwendigen Betreuer nicht zu Lasten des Budgets gehen.

Beim betreuten Wohnen setzen wir auf das Mitspracherecht des Betroffenen, seiner Eltern und Kinder. Barrierefreiheit wollen wir weiter fördern und ausbauen, sowohl im baulichen Bereich als auch im Bereich der Teilhabe. Einen deutlich erhöhten Unterstützungsbedarf haben z. B. Taubblinde, die durch ihre doppelte Behinderung in ihrem Alltag vor Herausforderungen stehen, die sich Gesunde kaum vorstellen können. Für diese Personengruppe möchten wir ein erhöhtes Blindengeld festsetzen und sie so angemessener unterstützen.

Zentrale Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung, aber auch für Einrichtungsträger, ist in Hessen der Landeswohlfahrtsverband. Im Zentrum der Arbeit des LWV stehen seit fünfundsechzig Jahren die Menschen mit Behinderung, deren Wohl, deren Gesundheit und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der LWV ist somit Motor der Inklusion in Hessen und soll dies auch während und nach der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auf Landesebene bleiben. Wir sprechen uns daher für den LWV als ausschließlichen überregionalen Träger der Eingliederungshilfe nach dem Lebensabschnittsmodell aus.

Die Freien Demokraten halten eine hohe, vergleichbare Qualität der Hilfen und eine landesweit operierende Kontrolle für wesentliche Grundpfeiler kostensparender, aber den Menschen zugutekommender Angebote. Dies stellt aus unserer Sicht ausschließlich der LWV sicher.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit des LWV mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden muss im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes weiter intensiviert werden. Durch diese landesweite Kooperation wird gewährleistet, dass es hessenweit gleiche Chancen für alle Betroffenen gibt, die Menschen im Mittelpunkt des Handelns stehen und es bei einer fairen Lastenverteilung bleibt. Nur so wird liberale Chancengerechtigkeit erreicht.

Die Freien Demokraten wollen die Förderschulen des LWV zu Orten gemeinsamen Lernens weiterentwickeln, anstatt diese aufzulösen und Unsicherheit bei Eltern und Lehrerkollegien zu schüren. In den Förderschulen des LWV wird jungen Menschen die weltbeste Bildung vollumfänglich zuteil – dies muss auch in Zukunft Bestand haben und wo nötig durch bauliche Maßnahmen an die aktuellen Anforderungen angepasst werden, denn auch hier wird unser freidemokratisches Credo der besten Bildung vollumfänglich umgesetzt.

Umwelt und Klimaschutz

Liberaler Klimapolitik für Hessen

Wir stehen für einen Umwelt- und Naturschutz mit Augenmaß: Das enge Nebeneinander von Mensch und Natur stellt eine große Herausforderung dar, um eine intakte und lebenswerte Umwelt auch für kommende Generationen zu erhalten. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden. Den Herausforderungen des Klimaschutzes wollen wir uns im europäischen Kontext stellen.

Das Emissionshandelssystem nutzen, beschleunigen und ausbauen

Für die Erreichung dieses Ziels, der Reduktion von Treibhausgasemissionen, setzen wir auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Erkenntnis und marktwirtschaftliche Maßnahmen. Deshalb unterstützen wir das Europäische Emissionshandelssystem (EU-EHS).

Das 2005 eingeführte EU-EHS verpflichtet die Branchen der Stromerzeugungs- und verarbeitenden Industrie sowie Fluggesellschaften, Rechte für das Ausstoßen von Treibhausgasen zu kaufen. Diese Betreiber sind für rund 45 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich. Die Zahl der Emissionsrechte und damit auch das Gesamtvolumen an erlaubter Emission wird jährlich reduziert.

Die national festgelegten Ziele für einzelne Sektoren sehen wir kritisch, denn für den Klimaschutz kommt es ausschließlich auf die Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen an. Wo und auf welche Weise Treibhausgase reduziert werden, muss sich immer nach technischen Möglichkeiten und nach Wirtschaftlichkeit richten.

Beispielsweise muss die Abwärme aus Rechenzentren (Gewerbe) für die Wärmeversorgung von Gebäuden (Sektor Gebäude) genutzt werden.

Klimaanpassung ist Aufgabe von Land und Kommunen

Der Schutz des Klimas ist eine Menschheitsaufgabe. Globale Lösungsansätze wären optimal, sind aber nicht kurzfristig zu erreichen. Ein internationaler Klimaabkommen wird diskutiert, Europa ist ein wichtiger Akteur. Auf Landes- und kommunaler Ebene werden Beiträge geleistet – nicht mehr und nicht weniger.

Umgekehrt ist es bei Maßnahmen zur Klimaanpassung. Diese sind nicht ohne konkrete Ortskenntnis möglich und daher eine regionale Aufgabe. Klimaanpassungsmaßnahmen sind nötig. Denn selbst unter besten Bedingungen begrenzt das Pariser Klimaabkommen die globale Erwärmung nur. Es ist deshalb notwendig, sich auf eine Anpassung an unvermeidbare Klimaänderungen einzustellen.

Wir fordern deshalb, mittel- und langfristige Anpassungsmaßnahmen für die öffentlichen Räume zu planen und für deren Realisierung Mittel in der Haushaltsplanung vorzusehen.

Dazu gehört auch die Unterstützung geeigneter Maßnahmen im privaten Sektor wie beispielsweise die Schaffung von Versickerungsflächen und die Beschattung privater Gebäude und Flächen, um das Grundwasser zu erhalten und der Aufheizung städtischer Räume entgegenzuwirken.

Auch der Schutz von Gebäuden vor Starkregenereignissen ist zunehmend sinnvoll und ist in der bisherigen Förderlandschaft noch vollkommen ohne Berücksichtigung. Das wollen wir ändern.

Klimaschutzmaßnahmen auf Effektivität und Effizienz trimmen

Wir wollen systematisch den Fokus der Klimapolitik auf konkrete Maßnahmen und auf deren Wirksamkeit in vermiedenen oder absorbierten Einheiten von Treibhausgasen legen. Dabei sind diejenigen zu priorisieren, die mit möglichst wenig Aufwand eine möglichst große Treibhausgasreduktion erreichen („low hanging fruits first“).

Daher wollen wir alle Förderprogramme und klimapolitischen Maßnahmen des Landes daraufhin evaluieren und für die Kommunen geeignete Hilfestellungen entwickeln. Sogenannte Klima-Bilanz-

rechner müssen auf Bruttoemissionen bilanzieren und lokal machbare CO₂-Einsparungen konkreter Maßnahmen ausgeben können.

Klimaschutz an Flughäfen

Der Luftverkehr wird auf absehbare Zeit hin noch mit kohlenstoffbasierten Treibstoffen betrieben werden müssen. Deshalb müssen diese Treibstoffe auf Grundlage des Power-to-Liquid-Verfahrens (PtL) CO₂-neutral hergestellt werden. Die dafür erforderliche Technik durch die Umwandlung von CO₂ und Wasserstoff zu Treibstoff ist bereits vorhanden. Sie muss so weiterentwickelt werden, dass eine industrielle Produktion zu wettbewerbsfähigen Preisen möglich wird. Wir wollen Hessen zum führenden Standort für die Forschung, Entwicklung und Erprobung dieser Technologie machen und die bestehenden Initiativen intensiv ausbauen.

Wir unterstützen den Betreiber und die Nutzer des Frankfurter Flughafens in ihren Aktivitäten, den Flughafen frühestmöglich zu einem CO₂-neutralen Flughafen umzugestalten, und werden die dafür erforderlichen Genehmigungsverfahren und Förderprogramme zügig vorantreiben. Hierzu werden wir eng mit dem Bund zusammenarbeiten. Wir werden die Zusammenarbeit von Flughafenbetreiber, Fluggesellschaften und Bahngesellschaften unterstützen, das multimodale Angebot für Flugreisen „auf Flugebene Null“ mit durchgehender Reisekette weiter auszubauen.

Die hessischen Flughäfen sollen künftig abgestellte Flugzeuge mit aus erneuerbaren Energien versorgten, elektrisch betriebenen Klimaanlagen (sogenannten PCA) versorgen und den Einsatz von mit Kerosin betriebenen Hilfsturbinen (sogenannten APU) untersagen. Dies ist an anderen deutschen Flughäfen und im Ausland bereits Stand der Technik.

Privater Klimaschutz durch Technologieoffenheit bei der Heizungswahl

Bei der CO₂-Reduktion im Gebäudebestand sehen die Freien Demokraten große Chancen über die Integration regenerativer Wärmeerzeuger in bestehende Heizungs-Systeme (z. B. bestehende Öl-/Gas-Heizung in Kombination mit neuer Wärmepumpe) und wollen dies vorantreiben. Daran

anschließend, sehen wir Freie Demokraten in dem künftigen Einsatz fortschrittlicher Biobrennstoffe oder synthetischer Fuels auf Basis von Power-to-X, auch für Gebäude mit Öl- oder Gas-Heiztechnik, eine klimaneutrale Perspektive und wollen die vorhandene Infrastruktur deshalb erhalten.

Umweltschutz mit wirtschaftlicher Vernunft

Schützen, worin wir leben

Die Freien Demokraten sehen den Schutz der Umwelt als wesentliche Voraussetzung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sicherung der Lebensqualität. Dabei hat der Naturschutz die Aufgabe, die Nutzung der Natur durch den Menschen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu verbinden.

Als Freie Demokraten legen wir darauf Wert, dass dabei Umwelt und Wirtschaft in keinem Widerspruch stehen. Denn eine gesunde Umwelt und der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind die Voraussetzung für eine langfristige stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Gleichzeitig kann nur eine leistungsfähige Wirtschaft einen nachhaltigen Beitrag für den Umweltschutz leisten. Ökologie und Ökonomie gehören also immer zusammen.

Die Natur ist nicht nur eine Ressource. Wir stehen dafür ein, den Naturschutz gezielt und ergebnisorientiert an die Bedürfnisse der zu schützenden Flora und Fauna anzupassen. Daher sorgen wir dafür, dass Land und Kommunen relevante öffentliche Mittel für den Naturschutz aufbringen können.

Moore sind effektive CO₂-Speicher und Arten-Hotspots, ihnen kommt eine Schlüsselrolle für Natur- und Klimaschutz zu. Allerdings setzen entwässerte Moorböden erhebliche Mengen an CO₂ frei. Wir wollen die hessischen Moore schützen und deren Wiedervernässung bei Bedarf im Einklang mit den Interessen der Eigentümer und der Bewirtschafter gezielt fördern.

Biodiversität in Hessen sichern

Wir werden die Zukunft der Artenvielfalt der heimischen Pflanzen- und Tierarten sichern. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Einführung einer Chancen-Risiko-Analyse bei allen vom Menschen durchgeführten Einfuhr von Neozoen und Neophyten ein, bei der der Erhalt der Biodiversität höchste Priorität besitzt. Im Zeichen des Klimawandels und des Artensterbens werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um Biodiversität zu erhalten und zu fördern. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf innovative und nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden unter Einbeziehung der Erfahrung vorangegangener Generationen, abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse und in Verbindung mit unternehmerischem Gestaltungswillen und Flexibilität. Dabei setzen wir bevorzugt auf das Steuerungsinstrument des freiwilligen Vertragsnaturschutzes und auf die Eigenverantwortung der Bürger.

Kraft schöpfen durch Hessens grüne Lungen

Hessen verfügt mit Naturschutzgebieten in der Größenordnung von etwa zwei Prozent der Landesfläche und mit Natura-2000-Gebieten von fast 21 Prozent über ein dichtes Netz an Schutzgebieten. Damit stehen der Erhalt der biologischen Vielfalt, Schutz, Pflege und Entwicklung von Lebensräumen sowie Tier- und Pflanzenarten auf einem grundsätzlich soliden Fundament.

Eine weitere Verbesserung kann die Vernetzung isolierter Biotope bringen. Allerdings bedroht der Klimawandel eine Vielzahl derzeit vorhandener Biotope und damit viele Tier- und Pflanzenarten.

Für eine weitere Verbesserung der Lebensbereiche unserer einheimischen Flora und Fauna fordern wir eine Optimierung der Wald- und Wasserwirtschaft, verbunden mit Renaturierungsmaßnahmen der Gewässer, besonders im Einzugsbereich von Naturschutzgebieten. Wo immer umsetzbar, soll deshalb nicht nur der Erhalt, sondern auch die Wiederherstellung von Feuchtgebieten und speziell Mooren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt bzw. unterstützt werden.

Die naturnahen Wälder (z. B. Odenwald, Spessart) sowie zusammenhängende Waldflächen sollen

grundsätzlich in ihrer Integrität erhalten bleiben, wobei sowohl der Waldwirtschaft, dem Naturschutz als auch den Bedürfnissen nach Erholungsraum Rechnung getragen werden soll.

Nach den Dürresommern der vergangenen Jahre und den damit einhergehenden Schäden durch den Borkenkäfer braucht der hessische Wald unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir verzeichnen auch in Hessen die bedeutendsten Forstschäden seit mindestens 30 Jahren. Um die hessischen Wälder fit für die Zukunft zu machen, brauchen wir einen innovativen Waldumbau. Dazu zählt auch, dass wir auf standortangepasste Mischungen von Baumarten setzen, die auch die Wirtschaftlichkeit langfristig sichern.

Förderung des Insektenschutzes

Der Verlust von Insekten, insbesondere in den vergangenen 20 Jahren, schadet nicht nur natürlichen Ökosystemen, auch für unsere Gesundheit und Ernährungssicherheit sind Insekten bedeutsam.

Die Freien Demokraten wollen daher die Forschung und Ableitung von Maßnahmen zum Insektenschutz fördern. Es soll daher verstärkt Forschung mit Feldversuchen unter Freilandbedingungen in Hessen gefördert werden, um Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt (u. a. Insekten) zu testen und langfristig zu evaluieren. Im Rahmen der Forschung ist der Einsatz von chemischen und mechanischen Pflanzenschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft zu optimieren. Die Erhöhung der Artenvielfalt des Grünlands, mehr Natur im öffentlichen Raum sowie die Minimierung der Lichtverschmutzung sollen erreicht werden.

Wir fordern die Weiterentwicklung der Anlage und Pflege von Hecken, Grünflächen, Blüh- und Gehölzstreifen sowie die Anlage von Ackergrünstreifen unter Berücksichtigung des Artenschutzes. Die Eigentümer sowie die Flächenbewirtschaftler sind für die Nutzungseinschränkungen zu entschädigen. Straßenbegleitgrün ist in Richtung einer besseren Biodiversitätsförderung weiterzuentwickeln. In diesem Zug soll die Förderung zur Beseitigung von gefährlichen oder invasiven Pflanzen wie z. B. Riesebärenklau, Ambrosia und Jakobskreuzkraut weiter unterstützt werden, um die einheimische Flora und Fauna zu schützen. Ebenso ist die Wirksamkeit der Maßnahmen objektiv und unabhängig zu prüfen.

Tierschutz

Freie Demokraten stehen für die Einhaltung und kontinuierliche Weiterentwicklung des Tierschutzgesetzes im privaten und gewerblichen Bereich, welches im Einklang mit dem Umwelt- und Klimaschutz steht.

Wir werden uns auf Landesebene für neue Förderprogramme zur Weiterentwicklung tiergerechter Zucht- und Haltungsformen einsetzen. Hier möchten wir auch überprüfen, u. a. inwieweit dem Tierschutz in denkmalgeschützten Gebäuden Rechnung getragen werden kann.

Sicherung von Tierheimen

Mit der vorübergehenden Unterbringung und Versorgung von Fundtieren, der Vermittlung von herrenlosen Tieren und der Rückgabe von Fundtieren an den Eigentümer übernehmen die Tierheime in Hessen wichtige Aufgaben. Die Corona-Pandemie hat viele Tierheime zusätzlich belastet. Wir Freie Demokraten würdigen dieses Engagement und setzen uns, auch auf Landesebene, dafür ein, dass die Tierheime in Hessen ordentlich finanziert werden. Wir fordern eine kostendeckende Erstattung an Tierheime, die kommunale Aufgaben übernehmen. Hierzu sind Standards innerhalb der Tierheime einzuführen. Zur Sicherung von Qualität und Standards möchten wir, dass Tierheime jährlich vom Veterinäramt, mittels landesweiter Standards, auditiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine tierschutzgerechte Umsetzung der EU-Verordnung zu invasiven Arten erfolgt und Tierheime sowie Auffangstationen hinsichtlich der Aufnahme, Unterbringung und Vermittlung solcher Tiere (finanziell) unterstützt werden.

Gemeinsam unsere Zukunft gestalten

Umwelt- und Naturschutz beginnen im Kleinen. Jeder, Jung und Alt, kann eigenverantwortlich zur Verbesserung beitragen. Wir stehen für die Förderung von Bildung und Öffentlichkeitsarbeit für die Bereiche Umwelt-, Tier- und Klimaschutz als zentrale Schlüsselforderungen für ein nachhaltig lebenswertes Hessen. Nur wenn Menschen in allen Regionen Hessens die Möglichkeit haben, Natur und Artenvielfalt ortsnahe zu erleben, werden notwendige Maßnahmen zum Schutz der Natur und des Klimas auf breitere Akzeptanz stoßen. Eigenverantwort-

liche Maßnahmen vor Ort leben von interessierten, engagierten und informierten Bürgern. Wir Freie Demokraten sind für neue Ideen und individuelle Lösungen vor Ort sowie für eine wissenschaftliche Entwicklung und Begleitung neuer Konzepte.

Wir Freie Demokraten fordern und fördern daher entsprechende wissenschaftliche Forschungsarbeit, unterstützen ideologiefreie Bildungsprogramme bereits in den ersten Bildungsjahren und setzen auf Transparenz und evidenzbasierte Fakten in der Öffentlichkeitsarbeit. Dadurch sollen neue Denkanstöße und innovativer technischer Fortschritt für einen nachhaltigeren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sorgen und unsere heimische Natur für die kommenden Generationen bewahren.

Als liberale Kraft treten wir aber einer Überregulierung umweltrechtlicher Vorgaben auf Bundesebene entgegen und wollen gleichzeitig die lokalen Aufsichtsbehörden stärken – auch personell in den Regierungspräsidien Kassel, Gießen und Darmstadt. Denn es gilt, rechtliche Vorgaben mit den Realitäten vor Ort abzuwägen und den Ermessensspielraum auf lokaler Ebene zu nutzen. Dafür braucht es eine starke und kompetente Landesverwaltung.

Intelligente Planung der Flächenkreislaufwirtschaft

Fläche ist ein hohes Gut. Denn sie ist zwar in der Nutzung variabel, aber in der Summe nicht vermehrbar. Neben Land- und Forstwirtschaft beansprucht die Gesellschaft Flächen für Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Energiegewinnung und industrielle Produktion. Vielfältige und widerstrebende Nutzungsansprüche müssen mit einer effizienten Flächennutzung befriedigt werden.

Wir fordern eine langfristige Planung für eine Flächenkreislaufwirtschaft, die den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2050 entsprechend dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung auf „Netto-Null“ reduziert.

Als Mittel gegen die Wohnungsknappheit in Großstädten wollen wir die Wohn- und Arbeitsattraktivität von urbanen und suburbanen Räumen stärken.

Für uns als Freie Demokraten sollten vor der Ausweisung neuer Siedlungsflächen Baulücken geschlossen und der Bedarf nachgewiesen wer-

den. Der Ausbau von Gebäudebestand wie z. B. Scheunen, Stallungen und Dachgeschossen zur Wohnraumgewinnung hat für uns Vorrang vor Neubaugebieten am Ortsrand. Ebenso sehen wir die Wiedernutzung brachgefallener Gewerbe- und Industrieflächen vor der Neuausweisung von neuen Gewerbeflächen als essenziellen Umgang an.

Weiter wollen wir durch interkommunale Zusammenarbeit ein gemeinschaftliches Angebot von Gewerbeflächen schaffen. In dieser soll auch eine gemeinschaftliche Planung des öffentlichen Nahverkehrs zur interkommunalen Vernetzung von Wohngebieten eine besondere Bedeutung zukommen.

Wir ermuntern die Kommunen, in den Bebauungsplänen für neu auszuweisende Wohngebiete mehr Freiheit für mehrstöckige Neubauten zu gewähren. Wir begrüßen mehrstöckige Bauweisen im gewerblichen Bereich, beispielsweise Parkplätze in Tiefgaragen oder auf Dächern, Büroräume über Produktionshallen oder Gebäude für zwei Supermärkte übereinander.

Für Bestandsgebäude liegt das Augenmerk auf der energetischen Sanierung. Die Denkmalschutzauflagen bei der Umnutzung und Sanierung von Häusern und Hofreiten in Ortslagen wollen wir lockern, denn umgenutzte Baudenkmäler sind besser als verfallende Baudenkmäler.

Um die aufgeführten Ziele erreichen zu können, wollen wir Förderprogramme und andere finanzielle Anreize für Eigentümer und Kommunen entwickeln.

Absicherung der Wasserversorgung

Eine qualitativ hochwertige Wasserversorgung ist die wichtigste Grundlage für unsere Gesellschaft. Unser Trinkwasser ist zu Recht das meist- und bestkontrollierte Lebensmittel.

Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Kernaufgaben der Versorgung mit dem wichtigsten Lebensmittel und der öffentlichen Gesundheitsvorsorge sowie ein Kernelement des Umwelt- und Klimaschutzes. Die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser und der hohe Stand der Abwasserwirtschaft sind maßgebende Faktoren für die hohe Lebenserwartung, eine gute wirtschaftliche Entwicklung sowie eine gesunde Umwelt.

Der nachhaltige und sparsame Umgang mit der Ressource Wasser soll gefördert werden. Die Einführung eines Wasserentnahmeentgeltes in Hessen ist dazu aber nicht zielführend und strikt abzulehnen.

Die Freien Demokraten fordern die Erstellung einer umfassenden hessischen Wasserstrategie. Mit dieser Wasserstrategie soll u. a. der Nutzungskonflikt zwischen der Rhein-Main-Region und den umliegenden Regionen (wie z. B. der Vogelsberg und das Hessische Ried) bezüglich der Nutzung von Grundwasserressourcen in den ländlichen Regionen, für den landwirtschaftlichen Bedarf und der weiteren urbanen und wirtschaftlichen Entwicklung des Ballungsraums zwischen den verschiedenen Interessen thematisiert und ausgeglichen werden. Die Wasserstrategie soll auch Wege zu einer effizienteren Vorhaltung und kontinuierlichen Instandhaltung der erforderlichen Wasserinfrastruktur auch im Sinne einer stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit in Hessen aufzeigen, wie dies zum Beispiel mit HESSENWASSER in der Rhein-Main-Region bereits erfolgreich praktiziert wird. Die Wasserstrategie soll den Kommunen auch Möglichkeiten für die naturnahe Bewirtschaftung von extremen Starkregenereignissen durch Entsiegelung, Verdunstung und Speicherung aufzeigen.

Neue Wege in der Arbeitsplatzgestaltung zum Wohle des Umwelt- und Klimaschutzes

Wir stehen für mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen – weg von der Stechuhr, hin zum projektorientierten Arbeiten. Wir setzen uns für eine Bundesratsoffensive ein, den Arbeitsschutz für Home-Office-Arbeitsplätze zu entbürokratisieren. Mit der Option flexibler und digitaler werdender Arbeitsplätze verringern wir den Druck, aus dem ländlichen Raum in die Ballungszentren abzuwandern. Zusätzlich vermeiden wir unnötiges Pendeln, verringern den Verkehr auf den Straßen und unterstützen die Work-Life-Balance der modernen Gesellschaft.

Investition in unsere Abwasserversorgung

Die bauliche und technische Infrastruktur der Wasser- und Abwasserwirtschaft in Hessen ist erheblich in die Jahre gekommen und muss in vielen Fällen

grundlegend erneuert werden. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen müssen erhebliche Investitionskosten aufgebracht werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Wasser- und Abwasserunternehmen im Land Hessen stärker interkommunal zusammenarbeiten und Investitionen in neue Wasserverbundnetze, Fernleitungen, Talsperren erfolgen, um die unterschiedliche regionale Verfügbarkeit auszugleichen.

Durch den Einsatz neuer Technologien und Materialien wollen wir gefährdende Einträge (z. B. aus Landwirtschaft, Abwassersystem, Industrie, Bergbau, Krankenhäusern) in die Natur minimieren, wo sie entstehen.

Für den weitergehenden Schutz der Trinkwasserressourcen und der aquatischen Umwelt fordern wir in Anlehnung an gesetzlichen Vorgaben in der Schweiz und an die Initiativen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg den Ausbau der vierten Reinigungsstufe (Spurenstoffelimination) in Hessen.

Beseitigung von Altlasten

Altlasten beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, sondern stellen zudem ein Hemmnis für Investitionen dar und sind ein negativer Wettbewerbsfaktor. Wir Freie Demokraten werden deshalb weiterhin dafür eintreten, dass ein vernünftiger Planungszeitraum für die Beseitigung der verbliebenen Altlasten in Hessen gewährleistet ist.

Verbesserung der Luftqualität

Die Reinhaltung der Luft ist für uns ein wichtiges Ziel. Insbesondere im Straßenverkehr stehen erhebliche Herausforderungen an. Wir setzen uns zur Verbesserung der Luftqualität für innovative Lösungen vor Ort ein. Darüber hinaus können eine Verstärkung von On-Demand-Verkehren und eine intelligente Verkehrsführung zur Stauvermeidung dazu beitragen, Grenzwerte besser einzuhalten und nach Möglichkeit zu unterschreiten. Pauschale Fahrverbote halten wir für den falschen Weg, denn sie führen zu Umgehungsverkehr und damit zu einer größeren Klima- und Luftbelastung. Wir setzen uns für eine umfassende Erforschung der Ausbreitung und Wirkung von Ultrafeinstaub ein.

Wir unterstützen die Bemühungen, diese Emissionen an der Quelle zu reduzieren.

Erweiterung des Lärmschutzes

Wir wollen mehr Forschung zur Vermeidung von Lärmemissionen im Verkehr und von Gewerbeflächen. Lärm besonders in urbanen Räumen bedeutet Stress für Mensch und Natur. Auf der Grundlage von Lärmkartierungen und Lärmmessungen wollen wir Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes ergreifen. Dazu gehören gezielte Verkehrsberuhigungen, der Bau von Schallschutzanlagen, die intelligente Leitung von Verkehrsströmen und technische Verbesserungen an Zügen zur Lärminderung.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf den Lärmschutz durch den Luftverkehr im Rhein-Main-Gebiet. Wir halten an den geltenden Regelungen zum Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen fest. Wir unterstützen die Aktivitäten des Forums Flughafen und Region zur Entwicklung neuer technischer Lösungen zur Lärmreduktion am Flugzeug und zur Lärminderung durch verbesserte Flugverfahren. Ziel muss die Reduktion der Zahl der Hochbetroffenen von Lärm sein. Dazu werden wir uns auch für die gesetzliche Vereinfachung von Probebetrieben im Luftverkehrsgesetz einsetzen.

Ausbau der Lichtreinhaltung

So positiv und wichtig Licht für uns alle ist, kann zu viel Licht – vor allem in der Nacht – negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit und unsere Natur haben. Insbesondere bei Insekten führt dies zu erheblichen Populationsverlusten von ca. 80 Milliarden Insekten allein an öffentlichen Beleuchtungen pro Jahr in Deutschland. Wir setzen uns für die Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Lichtimmissionen, wie die Neugestaltung und das Umrüsten von Lichtquellen gerade im kommunalen Bereich ein. Für Eigentümer bzw. Nutzer von privaten und Gewerbeflächen sollen Beratungsangebote aufgebaut werden. Sorgfältig ausgewählte Ausnahmeregelungen für betrieblich notwendige Beleuchtungen sollten aber erhalten bleiben.

Landwirtschaft und ländlicher Raum

Komm mit aufs Land!

Im ländlichen Raum liegen die Kompetenzen! Wenn wir der jungen Generation, ehe sie in die Ballungszentren abwandert, kluge Alternativen im ländlichen Raum anbieten, dann könnte sich das Know-how in Form von jungen Unternehmen im ländlichen Raum ansiedeln und so den sozialen Zusammenhalt wieder beleben: clever geführt, clever angesiedelt, clever vernetzt.

Lebensqualität, digitale Infrastruktur, Mobilität im ländlichen Raum, Verkehrsinfrastruktur und Frauenförderung

Klarer Kurs: Statt in die Stadt lieber aufs Land! Das entlastet Ballungsräume. Ohne Digitalisierung könnte der Trend aber wieder stoppen. Deshalb braucht es Glasfaseranschlüsse für jeden Haushalt, jedes Unternehmen und jede Schule und eine flächendeckende 5G-Versorgung. Selbstfahrende Kraftfahrzeuge und innovative Mobilitätsplattformen können den Menschen in ländlichen Regionen mehr Flexibilität ermöglichen. Sie lassen sich dort schneller entwickeln, da weniger Dichtestress im ländlichen Versuchsraum vorherrscht. ÖPNV-Investitionen dürfen deshalb nicht auf den Ballungsraum beschränkt werden. Um konkrete Einsatzmöglichkeiten zu erproben, wollen wir multimobile Pilotprojekte und Investitionen der Kommunen fördern und die heimische Wirtschaft integrieren.

Neben der Erhöhung der Mittel für die Landesstraßen auf 200 Millionen Euro jährlich wollen wir Landkreise, Städte und Gemeinden mit über 200 Millionen Euro im Jahr beim Erhalt und Ausbau ihrer Verkehrswege für Auto- und Radfahrer unterstützen. Die Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnen zum Einpendeln in die Metropolen und in den ländlichen Raum stärkt zudem dessen Attraktivität. Wir fordern eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit. Regionale Entwicklungsverbände von ländlichen Gemeinden können die Arbeits- und Aufgabenteilung der öffentlichen Verwaltung – insbesondere in der EDV – erleichtern, das Regionalmarketing verbessern und Ansprechpartner dennoch ortsnah ansiedeln. Neben nachhaltigen Gewerbegebieten im Bestand fördern wir Neuaus-

weisungen als Joint Venture zwischen Gemeinden. Dies halten wir auch für einen guten Weg bei der Errichtung von Hallenbädern, Sport- und Kulturstätten.

Junge Menschen verlassen ländliche Regionen oft wegen der Aufnahme eines Studiums. Wir sehen in dualen Studienangeboten die Chance, akademische Bildungsangebote aufs Land zu bringen und damit jungen Menschen in der Region attraktive Perspektiven aufzuzeigen. Nach dem Vorbild der Technischen Hochschule Mittelhessen, die zahlreiche Standorte in ländlich geprägten mittelgroßen Städten unterhält, wollen wir die Anzahl dualer Studienangebote hier deutlich ausbauen. Damit wird zugleich ein entscheidender Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung in ländlichen Regionen geleistet. Junge Menschen in Ausbildungsberufen unterstützen wir mit der Fokussierung des Berufsschulangebots auf eine hohe Qualität der Lehre und kurze Schulwege, die den jungen Menschen entgegenkommen und den Lehrberuf attraktiver machen.

Insbesondere im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung besteht der Trend, Kassenarztsitze von ländlichen Regionen in größere Städte und Oberzentren zu verlegen. Wir wollen nicht, dass Städte und Dörfer gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr sollen insgesamt mehr Ärzte für die Versorgung zur Verfügung stehen; die Notdienstversorgung muss auch in der Fläche gewährleistet werden.

Wir fördern die Ansiedlung von Unternehmerinnen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen und Frauen in freischaffenden Berufen im ländlichen Raum mit Gründungshilfen und arbeitsnahen Kitas, damit wieder mehr Kinder auf dem Land aufwachsen können.

Entwicklungspotenziale in unseren Dörfern nutzen

Die Landesplanung muss zeitnah den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen angepasst werden. Der Bestand, die mögliche Niederlassung oder Gründung von gewerblichen Unternehmen stehen und fallen heute mit der lokalen Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Förderprogramme müssen daher ländliche Städte und Gemeinden darin unterstützen, ihre vorhandene Lebensqualität zu bewahren und auszubauen,

um ansässige Arbeitskräfte vor Ort zu halten und attraktiv für Zuzug zu werden.

Zur Vitalisierung von vom Leerstand bedrohten Dörfern und Stadtteilen wollen wir einen Fonds schaffen. Damit sollen die Kommunen beim An- und Verkauf von Leerstandsflächen unterstützt werden. Hierzu wollen wir das Aufgabenfeld der HLG (Hessische Landgesellschaft) erweitern.

Ressourcen schützen – Flächenkonkurrenz lösen

Wir räumen dem Schutz des Bodens eine hohe Priorität ein. Wir wollen den Totalverlust an wertvollen Böden durch Bebauung und Versiegelung reduzieren.

Dieses Ziel wollen wir mit folgenden Maßnahmen erreichen:

- Die FDP will den ländlichen Raum attraktiver gestalten, um die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume zum Stillstand zu bringen.
- Im Sinne einer hohen Flächeneffizienz werden wir die Mehrfachnutzung von Flächen (mehrere Nutzungen übereinander) forcieren.
- Für die Sicherung unserer Ernährung ist es notwendig, hochwertige landwirtschaftliche Böden vor einer übermäßigen Inanspruchnahme durch Freiflächen-PV zu schützen. Wir möchten die hessische Freiflächensolaranlagenverordnung im Hinblick auf die Ausbauziele und zum Zwecke der Priorisierung der Flächenpotenziale anpassen.
- Bebauung von Freiflächen geht immer einher mit Kompensationsmaßnahmen. Dadurch wird der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen noch vergrößert. Wir wollen Anreize dafür setzen, dass Kompensationsmaßnahmen verstärkt im Objekt selbst umgesetzt werden.
- In der vertikalen Landwirtschaft steckt großes Potenzial. Wir werden die Forschung hierzu verstärken und Pilotprojekte anstoßen.

Moderne Landwirtschaft für Hessens Zukunft

Unternehmerische Landwirtschaft sichert unsere Ernährung

Wir Freie Demokraten setzen uns für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer ein, damit sie eigenverantwortlich und auf Grundlage der guten fachlichen Praxis ihre Betriebe erfolgreich führen und weiterentwickeln können. Sie werden für eine sichere Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen und vielfältigen Nahrungsmitteln heute und in Zukunft gebraucht. Zahlreiche agrarpolitische Maßnahmen haben dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft immer weiter unter ihre Potenziale zu reduzieren. Demgegenüber hat der technologische Fortschritt mit stetig wachsenden Hektarerträgen dafür gesorgt, dass im Durchschnitt auf immer weniger verfügbare Nutzfläche weiterhin ausreichende Erntemengen realisiert werden konnten. Die Arbeit der Landwirte darf deshalb nicht weiter eingeschränkt werden.

Für die Sicherung der Ernährung tragen wir auf unserem Gunststandort vor dem Hintergrund der weltweit zu knappen Versorgungslage eine besondere Verantwortung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Pflicht zur Bereitstellung von Ackerbrachen dauerhaft auszusetzen. Die Sicherung der Ernährung ist gleichrangig mit anderen wichtigen Zielen anzusehen wie Klimaschutz, Tierschutz und Umweltschutz. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Ernährungssicherung als weiteres Staatsziel in die Hessische Verfassung aufgenommen wird.

Der Ökolandbau soll entlang der Nachfrage weiterentwickelt werden. Das von der bisherigen Regierung festgesetzte Ziel, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 Prozent im Jahre 2025 auszuweiten, werden wir neu evaluieren.

Wir wollen die Wirtschaftsteilnehmer bei der Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten stärken, indem wir eine Vernetzung der landwirtschaftlichen Produzenten mit den Verarbeitern bis hin zum Lebensmitteleinzelhandel schaffen. Die Landwirte sollen so eine wirtschaftliche Perspektive erhalten,

um den Wunsch der Verbraucher nach mehr Tierwohl mit der regionalen Herkunft zu verbinden.

Neben ihrer Rolle als Erzeuger von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen erbringen landwirtschaftliche Betriebe auch vielfältige Leistungen beim Klimaschutz, beim Erhalt der Artenvielfalt, beim Umwelt- und Gewässerschutz und bei der Landschaftspflege. Alle diese Leistungen sind für unsere Gesellschaft wichtig und müssen entsprechend vergütet werden. Dafür werden wir tragfähige Geschäftsmodelle entwickeln. Damit sichern wir sowohl die Lebensgrundlage unserer Gesellschaft als auch die Zukunft der heimischen Bauern.

Mit guter Tierhaltung in die Zukunft

Die Anforderungen der Gesellschaft an das Tierwohl und damit an die landwirtschaftliche Nutztierhaltung steigen. Wir wollen es den Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen, diesen hohen Ansprüchen auf der Grundlage tragfähiger Geschäftsmodelle genügen zu können. Ausgehend von dem Leitbild der unternehmerischen Landwirtschaft, stehen wir für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und einfordert. Wir wollen, dass landwirtschaftliche Produkte auch in Zukunft aus Hessen kommen. Hierfür wollen wir sowohl die Erzeugung als auch die Verarbeitung und Vermarktung tierischer Produkte stärken und einen weiteren Rückzug der Erzeugung aus Hessen verhindern.

Hierzu bedarf es klarer Vorgaben für Zukunftsinvestitionen und eines Förder- und Finanzierungskonzepts. Um diese Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen, wollen wir das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) mit einem Schwerpunkt auf dem Einsatz digitaler Techniken sowie dem Neu- und Umbau von Tierwohlställen deutlich aufstocken.

Eine tierechte Haltung von Nutz- und Haustieren muss im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Wir sehen es deshalb als Aufgabe der Wissenschaft an, für jede Tierart spezifische Indikatoren für Tiergerechtigkeit zu entwickeln, um objektiv überprüfbare Kennzahlen für die Tierhalter und Veterinäre bzw. Zertifizierer zu erhalten.

Ohne effiziente Düngung und Pflanzenschutz geht es nicht

Düngeverordnung verursacherorientiert umsetzen: Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen muss auch in Zukunft der Maßstab der Düngung bleiben. Deshalb werden wir die Ausweitung der Roten Gebiete im Rahmen der Düngeverordnung mit dem Ziel überprüfen, eine verursacherorientierte Bewertung zu erreichen. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Nährstoffe so effizient wie möglich einzusetzen, ungewollte Verluste zu vermeiden und die Umwelt zu schonen. Große Chancen sehen wir im Einsatz von Sensoren, Drohnen- oder Satellitendaten: Die Verknüpfung von Ertragskarten, Wetterprognosen und Bodenanalysen können die Effizienz im Pflanzenbau erheblich steigern.

Moderner Pflanzenschutz ist unverzichtbar: Wir wollen die gute fachliche Praxis beim Einsatz moderner Wirkstoffe stärken. Eine ausreichende Palette zugelassener Wirkstoffe ist notwendig, um Resistenzbildungen zu vermeiden.

Innovation und Digitalisierung für eine zukunftsfeste Landwirtschaft

Wir sind überzeugt, dass die vielfältigen Herausforderungen der Landwirtschaft und die unbestreitbaren Zielkonflikte nur mit Innovationen, neuen Technologien und dem wissenschaftlichen Fortschritt zu lösen sind. Präzisionslandwirtschaft und der Einsatz von digitalen Daten (Smart Farming) sind entscheidende Hebel, um Pflanzenbau und Tierhaltung zu optimieren und damit Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und Wirtschaftlichkeit zu vereinen.

Der landesweite Ausbau des 5G-Netzes muss beschleunigt und Lücken im Netz im ländlichen Raum müssen geschlossen werden.

Moderne Züchtungsmethoden als Chance sehen

Neue Nutzpflanzensorten, die Schädlingen oder Stressfaktoren wie Hitze und Trockenheit besser widerstehen, vorhandene Nährstoffe besser aufnehmen oder verbesserte Nährwertprofile zeigen, können ein Schlüssel zu einem nachhaltigeren

Pflanzenbau sein. Dies ermöglicht einen nachhaltigeren Einsatz von Pflanzenschutz- und anderen Betriebsmitteln, liefert stabilere Erträge unter sich verändernden klimatischen Bedingungen und trägt zu einer gesunden Ernährung bei.

Moderne Züchtungsmethoden unter Einsatz innovativer biotechnologischer Verfahren wie „CRISPR/CAS“ spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien und eine Modernisierung des europäischen Gentechnikrechts.

Bürokratieabbau und diskriminierungsfreie Förderung der Landwirtschaft

Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Privatpersonen verzweifeln an der komplexen Struktur der Förderprogramme und nutzen die Fördermöglichkeiten häufig nicht aus. Die Transparenz der Förderprogramme muss daher erhöht werden. Bei der Entwicklung neuer Programme ist auf die Effizienz der Zielerreichung ebenso zu achten wie auf geringstmöglichen Aufwand für Antragsteller und Verwaltung.

Wir wollen eine Internetplattform einführen, die für potenzielle Antragsteller in übersichtlicher Form über Programminhalte, Ansprechpartner und formale Anforderungen umfassend Auskunft gibt.

Wir unterstützen die Landwirtschaft auf ihrem Weg zu mehr Tierwohl, mehr Biodiversität und der Einführung moderner umweltschonender Technologien. Die Förderung wird unabhängig von bestimmten Produktionsweisen und Betriebsgrößen sein und sich ausschließlich an den sachlichen Zielen orientieren.

Die Land- und Ernährungswirtschaft soll stärker bei der Erzeugung und Vermarktung von Spezialitäten und Produkten mit geschützter Herkunft (ggA, gU etc.) unterstützt werden.

Die Freien Demokraten fordern die Einführung eines „Freiwilligen Landwirtschaftlichen Jahres“ (FLJ) analog zu den bereits bestehenden Modellen von FSJ, FPJ und FÖJ.

Lebensmittelsicherheit

Das Umweltministerium als Fachaufsicht schafft es bis heute nicht, die Lebensmittelüberwachung in Hessen qualitativ und quantitativ auf den notwendigen Standard zu bringen. Fast jede zweite Pflichtkontrolle findet nicht statt. Die kommunalen Behörden scheinen mit der Aufgabe der Lebensmittelüberwachung überfordert.

Wir wollen die Lebensmittelüberwachung in Hessen neu aufstellen. Kontrollen und Probeentnahmen von Hochrisikobetrieben, Großhändlern und Warenzentrallagern müssen durch die Regierungspräsidien erfolgen. Eines der Regierungspräsidien ist als federführende Behörde mit der Organisation dieser Kontrollen zu beauftragen. Darüber hinaus soll das federführende Regierungspräsidium ein Expertenteam bestehend aus Lebensmittelchemikern, Veterinären und Fachjuristen erhalten, um Beanstandungen sowohl in fachlicher wie in juristischer Sicht zu bewerten und zu ahnden.

Wild und Wald nachhaltig bewirtschaften

Forstwirtschaft

Hessen ist das walddreichste Bundesland. Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Der hessische Wald wird bereits seit Jahrhunderten nachhaltig und naturnah bewirtschaftet und leistet damit einen verantwortungsvollen Beitrag zum Gemeinwohl. Deshalb wollen wir im Sinne eines Gemeinwohlausgleichs den Kleinprivatwald und die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse stärken, um die nachhaltige Bewirtschaftung, die häufig im Nebenerwerb durchgeführt wird, zu unterstützen.

Die Landesregierung hat nahezu alle Bestände von Hessen Forst nach FSC zertifizieren lassen. Wir werden dem Landesbetrieb Hessen Forst künftig, im Rahmen ökologischer und ökonomischer Grundsätze, die Freiheit geben, neu zu entscheiden, welches Forstrevier nach FSC oder Alternativen zertifiziert wird. Ideologische Grabenkämpfe,

die durch die zwanghafte FSC-Zertifizierung des Staatswaldes entstanden sind, wollen wir beenden. Auch das Ziel, 10 Prozent des hessischen Staatswaldes aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen, lehnen wir ab. Denn Untersuchungsergebnisse von Hessen Forst gemeinsam mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt in Göttingen haben sogar mittelfristig eine Verschlechterung der Artenvielfalt im stillgelegten Wald nachgewiesen.

Zum Cluster Forst und Holz in Hessen zählen über 57.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ca. 11.000 Unternehmen. Die Verwendung der Ressource Holz als nachwachsender Rohstoff und CO₂-Speicher ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Das Land Hessen sollte dieses vielseitige Potenzial nutzen, anstatt Holz aus anderen Bundesländern oder aus fernen Ländern zu importieren. Dazu wollen wir die Holzbau-Offensive in den nächsten Jahren mit Leben füllen und den Holzbau in Hessen voranbringen.

Pauschale Nutzungsverbote wie das Buchenmoratorium in FFH-Schutzgebieten lehnen wir ab. Die Nutzung von Holz in langlebigen Produkten ist ein wesentlicher Beitrag, den Hessens Wälder zur langfristigen Speicherung von CO₂ leisten können. Das gelingt nicht, indem man die Bewirtschaftung weiter Teile der alten Buchenbestände aus der Nutzung nimmt. Daher werden wir das Buchenmoratorium aufheben und durch integrative Schutz- und Nutzungskonzepte ersetzen. Die Verarbeitung und Verwendung von Laubholz wollen wir durch Anreize fördern.

Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, wie zum Beispiel Alt- und Totholzkonzepte, sind dabei effiziente und ökologisch wertvolle Anreize für Waldeigentümer. Wir wollen die Waldbesitzer beim Aufbau klimastabiler Mischwälder unterstützen. Auch im Staatswald werden wir Wiederbewaldung forcieren und dabei auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen.

Jagd

Das Jagdrecht soll weiterhin Vertrauen in die Sachkunde und das selbst bestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern setzen sowie das Recht am Grundeigentum achten. Neben den berechtigten Interessen einer naturnahen Waldbewirtschaftung

und der dafür notwendigen Regulierung der Wildbestände wollen wir auch zum Schutz gesunder Populationen räuberische und invasive Arten kontrollieren. Jägerinnen und Jäger leisten eine wertvolle Arbeit für die Gesellschaft. Wir lehnen es folglich ab, durch bürokratische Hürden, praxisfremde Verordnungen, unsachgerechte Abschusspläne oder Generalverdachte die Ausübung des Jagdhandwerkes zu erschweren. Gleichzeitig erkennen wir ausdrücklich an, dass Jägerinnen und Jäger nach einer umfangreichen und fundierten Ausbildung und einer staatlich vorgeschriebenen und anspruchsvollen Prüfung staatlich anerkannte Naturschützer sind. Jägerinnen und Jäger haben eine Fürsorgepflicht für ihr Revier, sie investieren private Mittel sowie Zeit in den Artenschutz, in Biotoppflege und die Erhaltung eines gesunden Wald- und Wildbestandes. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Revierjagdsystem, das eine nachhaltige Form der Jagdausübung erst ermöglicht.

Um der genetischen Verarmung des Rotwildes entgegenzuwirken, sprechen wir uns gegen die Isolation in Rotwildgebieten und für regional übergreifende und zusammenhängende Rotwildregionen aus, z. B. durch Grünbrücken, die eine gesunde Population ermöglichen.

Das Jagdrecht ist in seiner heutigen Form als Ausfluss von freiheitlichen Bestrebungen seit 1848 an das Grundeigentum gebunden. Für uns Liberale ist das Recht am Eigentum einer der Kernwerte unserer Gesinnung und genießt in Deutschland grundgesetzlichen Schutz. Die Jagdpolitik muss sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und darf nicht ideologischem oder populistischem Aktionismus geopfert werden.

Weidetierhaltung und Wolfsmanagement

Das unkontrollierte Wachstum der Wolfspopulation in Hessen ist nicht mit der Weidetierhaltung vereinbar. Mit Blick auf die Wildtiere und ihre natürlichen Wanderwege ist es nicht wünschenswert, immer höhere Zäune zu bauen. Der günstige Erhaltungszustand des Wolfs ist aus unserer Sicht in Hessen längst erreicht. Wir setzen uns für ein aktives Bestandsmanagement des Wolfs in Hessen ein, sobald der Bund die rechtliche Möglichkeit, wie bereits angekündigt, geschaffen hat. Dazu ist es zunächst notwendig, ein realistisches Bild über die

in Hessen sesshaften Wölfe zu erhalten. Wir wollen das Wolfsmonitoring in Hessen professionalisieren und eine Populationsstudie in Auftrag geben. Problemwölfe müssen als solche benannt werden. Ihre Entnahme ist rechtlich bereits jetzt möglich.

Ausgleich für Wildschäden in Landwirtschaft und Fischzucht

Wir begrüßen, dass inzwischen wieder Biber in Hessen leben. Da, wo es zu Konflikten zwischen Biber sowie Landwirtschaft und Fischzucht kommt, wollen wir Präventivmaßnahmen fördern und Ausgleichszahlungen ermöglichen. Eine Entnahme von Bibern bei hohen Schäden muss zukünftig möglich sein.

Saatkrähen verursachen mittlerweile ernstzunehmende Schäden an landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Im Gegensatz zu Rabenkrähen ist eine reguläre Bejagung aufgrund des europarechtlichen Schutzes der Saatkrähe nicht möglich. Bei akuten wirtschaftlichen Schäden durch Saatkrähen wollen wir Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss unbürokratisch ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns für Ausgleichszahlungen für betroffene Landwirte ein, die wirtschaftliche Schäden durch Saatkrähen in Kauf nehmen mussten.

Fischerei

Wir wollen eine Fischerei, welche die Bestände erhält und den Natur- und Tierschutz sichert. Nachhaltige Angelfischerei in den Vereinen ist gelebter, praktischer Naturschutz und entsprechend anzuerkennen. Unsere Fischer pflegen Gewässer und arbeiten an deren ökologischen Aufwertung, sie haben daher die Unterstützung der Landesregierung verdient.

Die Erfordernisse der Binnenfischerei müssen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie berücksichtigt werden. Wasserkraftwerke in natürlichen Flussläufen sollen die Laichwanderung nicht behindern. Den Einfluss von Wasserkraftanlagen auf die Fischpopulationen wollen wir erheben und bei Bestandsschädigung durch Umbau abhelfen, Neuanlagen dürfen nur unter der obigen Voraussetzung genehmigt werden.

Wohnungsbau

Günstiger bauen und wohnen durch weniger Staat

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen: Deshalb sollte der Staat den Rahmen dafür schaffen, dass ihre Vorstellungen vom Wohnen zu erreichen sind. Der Staat ist momentan das Gegenteil: Er ist Kostentreiber und Wohnungsverhinderer Nummer eins. Bürokratie, Auflagen und baubedingte Steuern wie Grundsteuer und Grunderwerbsteuer bremsen private Investitionen im Wohnungsbau und machen es den Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwerben. Wir als Freie Demokraten machen es den Menschen einfacher. Wir setzen uns für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb vom Eigenheim erleichtert. Denn Wohnraummangel lässt sich nicht durch Markteingriffe wegeregulieren – es muss vor allem mehr gebaut werden.

Weniger Regulierung im Wohnungsbau

Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Kein Wunder, dass nichts mehr passiert, wenn Dinge vom Staat unnötig kompliziert werden. Die Folgen sind Kostensteigerungen und weniger Bauaktivitäten. Wir werden diese Bremsen lösen und damit für mehr Wohnraum sorgen. Viele Einzelmaßnahmen werden dazu in einem Masterplan Wohnungsbau von uns zusammengeführt werden. Beispielsweise werden wir die Aufstockung von Gebäuden wie auch den Dachgeschossausbau für Wohnzwecke durch eine Ergänzung in §64 HBO von einer Baugenehmigung freistellen, wie es seit 2021 in Bayern geregelt ist.

Umwandlungsverbot abschaffen

Vier von fünf Wohnungskäufern erfüllen sich ihren Wunsch nach Wohneigentum aus dem Bestand, nur einer von fünf aus dem Neubau. Das 2022 von Schwarz-Grün eingeführte Verbot von Umwandlungen von Mietwohnungen aus Mehrfamilienhäusern zu Eigentumswohnungen schränkt die Bildung von Wohneigentum erheblich ein. Wir wollen das Umwandlungsverbot wieder abschaffen.

Eigentumserwerb fördern

Hessische Förderprogramme zum Erwerb von Wohneigentum wurden in den vergangenen Jahren kaum genutzt, weil Anforderungen an die Förderung unrealistisch waren. Dabei trägt es zur Stabilisierung der ganzen Gesellschaft bei, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügen würde. Das werden wir entsprechend anpacken.

Investitionshemmnisse abbauen – Mietpreisbremse abschaffen und Kündigungssperrfrist absenken

Wir fordern die Abschaffung der sogenannten Mietpreisbremse. Weil sie Investitionen in mehr Wohnraum verhindert, ist sie nämlich eigentlich eine Wohnraumbremse. Vor allem für Privatpersonen ist die Rentabilität von Investitionen zurzeit fraglich. Gerade diese stellen laut der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 aber etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit. Wenn sich private Vermieter aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot; die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch schlechter. In den 49 hessischen Kommunen, in denen die Mietpreisbremse gilt, kommt auch die verlängerte Kündigungssperrfrist zur Anwendung. Diese gilt, wenn eine Mietwohnung verkauft wird und anschließend in eine Eigentumswohnung umgewandelt wird. Schwarz-Grün hat die Kündigungssperrfrist auf acht Jahre verlängert. Diese Erhöhung wollen wir zurücknehmen und auf fünf Jahre absenken.

Spezialisiertes Bauen

Wir wollen auch weiterhin Belegungsrechte für Sozialwohnungen im Bestand erwerben und die Programme zum Bau von Studentenwohnungen und altersgerechtem Wohnen verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf serielles und damit kostengünstiges Bauen gesetzt werden. Die Involvierung der Stadtplanung wird dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Ghettobildung kommt.

Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer

Wir fordern eine weitere Entlastung der Bürger beim Erwerb von Wohneigentum. Die Entwicklung

der letzten Jahre macht es den Familien aus breiten Bevölkerungsschichten fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Wir wollen daher in einem ersten Schritt bei der Grunderwerbsteuer einen einmaligen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag wird für den Erwerb selbstgenutzter Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihren Traum vom eigenen Heim bei gleichzeitiger Altersvorsorge zu verwirklichen. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiräume.

Grundsteuer

Die grundsätzliche Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil unserer Agenda und soll im Rahmen der geplanten Evaluation der Grundsteuerreform, zwei Jahre nach deren erstmaliger Anwendung, im Jahr 2027 erfolgen. Mit dem Hessischen Grundsteuergesetz hat Schwarz-Grün den Kommunen außerdem die Möglichkeit gegeben, baureife Grundstücke mit der Grundsteuer C zu besteuern. Wir wollen diese Baulandsteuer noch vor ihrer ersten Anwendung im Jahr 2025 wieder abschaffen.

Abschaffung Fehlbelegungsabgabe

Die Fehlbelegungsabgabe belastet Geringverdiener, die sich, wenn auch nur ein wenig, über die Einkommensgrenzen herausgearbeitet haben. Das Bild des Chefarztes in der Sozialwohnung ist eine Illusion, die es in der Realität nicht gibt. Die Fehlbelegungsabgabe ist daher ungerecht und für die Kommunen generell eine erhebliche bürokratische Belastung. Wir fordern, diesen Alleingang Hessens wieder abzuschaffen.

Fortsetzung der Baulandoffensive, KFA-Anreize für mehr Bauland

Wohnungsnot und steigende Mieten sind unter anderem Folgen fehlenden Baulands. Wir werden die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive evaluieren und effizienter gestalten. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken. Insbesondere werden wir den

Kommunalen Finanzausgleich (KFA) dahingehend überarbeiten, dass Kommunen mehr finanzielle Anreize erhalten, um Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Auch die Stelle des Wohnungsbaubeauftragten werden wir dazu wieder neu besetzen.

Internationale Bauausstellung (IBA)

Wir setzen uns für eine Internationale Bauausstellung (IBA) ein. Ziel ist die Weiterentwicklung von Frankfurt-Rhein-Main zur „Smart-Region“ als Netz mit vielfältigen Knotenpunkten zwischen allen Akteuren. Es gilt, diejenigen Chancen für unsere zentrale Region zu ergreifen, die sich aus den weitreichenden Veränderungen durch eine Digitalisierung der Felder Wohnen, Mobilität, Arbeit, Bildung und Freizeit ergeben.

Bürokratieabbau

Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange, Zeitverluste und höhere Kosten sind die Folge. Baugenehmigungsverfahren müssen deshalb durch die Einführung verbindlicher Fristen beschleunigt werden. Eingereichte Unterlagen müssen zunächst innerhalb einer Woche ebenfalls verbindlich auf Vollständigkeit geprüft sein. Danach sollen vereinfachte Baugenehmigungsverfahren innerhalb eines Monats entschieden werden. Wir fordern, dass über Bauanträge im sogenannten Normalverfahren zwingend innerhalb von zwei Monaten entschieden wird. Werden diese Fristen überschritten, sollen die eingereichten Anträge als genehmigt gelten. Außerdem werden wir die Kommunen dabei unterstützen, ein zeitgemäßes und einheitliches System zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form zu etablieren.

Nur mit weniger Vorschriften und Belastungen machen wir den privaten Wohnungsbau wieder attraktiv. Deshalb lehnen wir Milieuschutzsatzungen, übertriebene Bauvorschriften in der Hessischen Bauordnung oder etwa ein pauschales Verbot für Ferienwohnungen als Eingriff ins Eigentum ab. Auch eine zusätzliche Beteiligung an ÖPNV-Erschließungskosten halten wir für eine zusätzliche Belastung, die den Wohnungsbau unattraktiv macht. Schaffung von Infrastruktur ist Aufgabe des Staates, wir werden uns deshalb darum kümmern.

Außerdem setzen wir uns für eine Reform des Denkmalschutzes in Hessen ein. Ziel dieser Reform

soll es sein, Modernisierungsumbauten in denkmalgeschützten Gebäuden zu erleichtern und die Vorgaben dafür zu minimieren. Hohe Kosten für Denkmalschutzvorgaben dürfen nicht länger Investitionshemmnis sein, wenn Wohnraum geschaffen werden soll. Das Landesamt für Denkmalpflege bedarf einer grundlegenden Struktur- und Satzungsreform, so dass der Schutzstatus baufälliger Gebäude nach zu langer Zeit ohne bauliche Investitionstätigkeit leichter aufgehoben werden kann.

Architektur und Wohnquartiere

Bauen ist mehr als das Errichten von Gebäuden. Es ist auch Ausdrucksweise unserer Kultur und sagt etwas darüber aus, wie wir leben. Deshalb wollen wir Architektur und Quartiersentwicklung als Bestandteil der hessischen Baupolitik und Regionalplanung stärken. Uns geht es nicht nur darum, ausreichend Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen, sondern auch anspruchsvolle und individuelle Gestaltung von Häusern und Wohnquartieren zu ermöglichen. Da Bauen auch eine emotionale und ästhetische Frage ist, wollen wir die Baukultur in Hessen fördern und insbesondere auch kreative Bau- und Wohnkonzepte unterstützen. Das soll u. a. durch Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner geschehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung der regionalen Architektur, denn Hessen soll auch weiterhin so bunt sein, wie es ist.

Digitalisierung und Bauen

Wir wollen den Bausektor für die Digitalisierung öffnen. Dazu zählt der digitale Bauantrag als Teil einer digitalen Bauplanung. Angefangen von der Ermittlung der Grundlagen über den Genehmigungsprozess bis zur Bauüberwachung und Baustellenplanung, kann so schneller, günstiger und mit weniger Mängeln gebaut werden. Mit digitaler Planung, zum Beispiel 3-D-Visualisierungen, lassen sich architektonische Aspekte und Raumgestaltung neu denken. Auch böse Überraschungen bei den Baukosten ließen sich schneller entdecken, Kosten für den Unterhalt von Gebäuden wären in der Bauplanung leichter einzukalkulieren. Die digitale Steuerung der vielen, an einer Baustelle tätigen Gewerke kann Bauzeiten verkürzen und teuren Leerlauf vermeiden.

Investitionen in Verkehrsinfrastruktur

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass die Probleme der Wohnungsknappheit nicht allein im Ballungsraum gelöst werden können. Deshalb muss die Infrastruktur ausgebaut und die Verkehrsmobilität zwischen ländlichem Raum und Ballungsraum weiterentwickelt werden. Gute Verkehrswege sind auch ein Beitrag zum Erhalt der Strukturen im ländlichen Raum. Im ländlichen Raum ist die Eigentumsförderung das wichtigste Instrument zur Förderung von Wohnraum. Die Wohneigentumsförderung in Hessen ist allerdings nicht auf dem Stand der Zeit. Wir wollen die entsprechenden Förderprogramme der WI-Bank digitalisieren und neu ausrichten.

Kreislaufwirtschaft, Deponiekapazitäten und Entsorgung von Erdaushub

Wir werden die Kreislaufwirtschaft zur Wiederverwertung von Baustoffen fördern, um das Problem der fehlenden Deponiekapazitäten für Bauschutt und ähnliche Abfälle zu reduzieren. Dieser Mangel treibt Baukosten zusätzlich in die Höhe. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen proaktiv neue Deponiekapazitäten suchen und aufbauen. Mit einem Förderprogramm könnte das Land finanzielle Anreize für die Schaffung neuer Deponiekapazitäten bieten. Falls das nicht ausreicht, sollte Hessen über den Bundesrat eine Bundesregelung anstreben, womit Länder berechtigt und verpflichtet werden, in geeigneter Weise in die kommunale Selbstbestimmung einzugreifen, um sicherzustellen, dass die Kommunen ausreichend Deponiekapazitäten vorhalten.

In den vergangenen Jahren waren die Erdarbeiten einer der größten Kostentreiber am Bau in Hessen, insbesondere die Entsorgung von Erdaushub. Ursächlich dafür ist die praxisuntaugliche hessische Verfüllrichtlinie mit vielen komplizierten Regelungen und bürokratischen Anforderungen. Um eine umweltgerechte und einfachere Verfüllung zu gewährleisten, werden wir uns für ein einheitliches Analyseverfahren zur Beprobung von Bauabfällen einsetzen.

Sand- und Kiesabbau

Wir wollen in Hessen vorhandene Ressourcen nutzen, um die Baukosten nicht noch weiter in die Höhe zu treiben. Baustoffe aus Hessen dienen dem Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, dem Wohnungsbau, dem Hochwasserschutz und der Energiewende in Hessen. Sie tragen zur Versorgungssicherheit bei und schonen unsere Umwelt und Infrastruktur durch vermiedene Transportkilometer. Dazu zählt auch der Sand- und Kiesabbau im Bannwald. Nur 0,5 Prozent der landesweiten Bannwaldfläche sind von einer möglichen Rohstoffgewinnung betroffen. Die von Schwarz-Grün beschlossene Verschärfung des Bannwaldschutzes wollen wir zurücknehmen.

Europa

Europa als Chance in unruhigen Zeiten

Der Krieg ist zurück in Europa und bringt die politische Nachkriegsordnung in Gefahr. Die Europäische Union hat sich beeindruckend einig gezeigt und unterstützt die Ukraine – im Verbund mit den USA und Großbritannien. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Bedeutung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der EU.

Viele Menschen an den östlichen Grenzen der EU erhoffen sich einen Beitritt zur Europäischen Union. Damit verbinden sie Erwartungen an Freiheit, Frieden, Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand. Hessen hat als internationaler Finanz-, Forschungs-, Verkehrs- und Industriestandort der EU viel zu verdanken. Europäische Institutionen wie die Europäische Zentralbank haben für unser Bundesland eine große Bedeutung. Die Europäische Union lebt von ihren Menschen und deren Überzeugungen für dieses in vielerlei Hinsicht einzigartige Projekt. Es kann und sollte auch durch die Einbeziehung weiterer europäischer Staaten fortentwickelt werden.

Europa steht, auch gemessen an Krisen der vergangenen Jahre, derzeit historisch einer der größten Herausforderungen gegenüber, sowohl von außen als auch von innen. Die wachsende Bedeutung der digitalen Kriegsführung und Propaganda wird eine Herausforderung für europäische Institutionen. Versuchen zur Schwächung dieser Institutionen wollen wir entschieden entgegenzutreten, eine Einflussnahme externer Akteure durch Unterstützung extrem europaskeptischer Parteien ist sehr kritisch zu sehen. Vor dem Hintergrund, dass die Bedeutung der Europäischen Union für die Sicherung von Frieden, Freiheit, Rechtsstaat und Wohlstand angesichts der globalen Probleme immer wichtiger werden wird, ist eine kluge gemeinsame Politik der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten sowie die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Staaten notwendig.

Europa krisenfest machen

Europa wird in den kommenden Jahren immer stärker auf Krisen reagieren müssen. Wir wollen uns dafür einsetzen, die gemeinsame Idee des freien und demokratischen Europas zu erhalten und seine Bedeutung für Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Dazu gehören u. a. eine Fortentwicklung der europäischen Integration in einzelnen Kernbereichen, die Überprüfung der Aufstellung und Arbeitsweise der EU-Institutionen, wirksame Regeln für eine nachhaltige Finanzpolitik der Mitgliedstaaten und eine gemeinsame und effiziente Migrationspolitik. Wir stehen für eine intensivere und aktive Nachbarschaftspolitik, um europäischen Staaten mit gemeinsamen Werten einen Schutzraum gewähren zu können. Es wird in den kommenden Jahren darum gehen, die europäischen Initiativen mit neuem Leben zu füllen und krisenfest aufzustellen. Die Freien Demokraten in Hessen unterstützen daher die Einberufung eines europäischen Verfassungskonvents, um die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas in konkretes Handeln umzusetzen.

Die Freien Demokraten in Hessen unterstützen alle Bemühungen um einen offenen, fairen und auf Regeln gestützten internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen. Dazu dienen auch Freihandelsabkommen wie CETA mit Kanada und das bereits ausgehandelte Abkommen mit den Mercosur-Staaten. Übermäßige wirtschaftliche Abhängigkeiten von einzelnen Ländern sollten vermieden bzw. abgebaut werden. Z. B. ist bei Rohstoffen und Vorprodukten eine größere Diversifikation und auch eine höhere Eigenproduktion anzustreben, um die EU und ihre Mitgliedstaaten in Krisenzeiten resilienter zu machen.

Europa der Regionen

Die europäischen Regionen können und sollen bei der Neujustierung der EU mitgestalten. Hierfür müssen die Regionen willens und in der Lage sein, an europäischen Rechtssetzungsprozessen besser mitzuwirken. Dabei ist die Beachtung der Subsidiarität und die Vermeidung von Überregulierung, aktuell etwa bei geplanten Vorschriften zur EU-weiten Häuserdämmung, von besonderer Bedeutung. Wir fordern daher unter anderem den effizienten Einsatz des Instruments der Subsidiaritätsrüge sowie seine Weiterentwicklung, so dass den Regionen und deren Parlamenten ausreichend Zeit gegeben wird, ihre Bedenken und Anregungen vorzubringen. Über die Präsenz und die gute Vernetzung der Landesvertretung in Brüssel können hessische Interessen schneller und frühzeitiger in Brüssel vorgebracht werden. Daher werden wir die Landesvertretung weiter stärken.

Hessen muss auch zukünftig weiter von verschiedenen europäischen Förderprogrammen wie den Strukturfonds ELER, ESF und EFRE profitieren können. Dabei wollen wir sicherstellen, dass deren Einsatz nicht nur auf ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch auf wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit gerichtet ist. Die lokale Wirkung der Fördermittel soll regelmäßig evaluiert werden, nur so gelingt eine effiziente und zielgerichtete Verwendung.

Verstärkung der Netzwerke mit den Partnerregionen

Die hessischen Partnerschaften mit verschiedenen Regionen inner- und außerhalb der EU sind von unschätzbarem Wert für zivilgesellschaftliche und politische Verständigung. Wir setzen uns daher für eine Fortsetzung und wenn möglich Vertiefung der Partnerschaften mit unseren Partnerregionen in Italien, Frankreich und Polen ein. Wir sehen die Partnerschaften auch als Instrument, um gemeinsamen Interessen in Brüssel mehr Gehör zu verschaffen. Die Partnerschaft zur türkischen Region Bursa wollen wir nicht abreißen lassen, den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft aber in den Mittelpunkt stellen. Eine klare Kante gegenüber autoritären Bestrebungen ist dabei wichtig. Wir wollen dafür sorgen, dass Hessen neben europäischen Partnerschaften auch den afrikanischen Kontinent verstärkt ins Auge fasst und bestehende Kooperationen mit vielversprechenden wirtschaftlichen und sozialen Partnerregionen intensiviert.

Digitalisierung

Die digitale Transformation macht Menschen das Leben und Arbeiten einfacher und freier. Digitalisierung ist der Treiber der Entwicklung eines Landes. Doch haben uns etwa das Baltikum, Rumänien und Bulgarien längst überholt. Schwache Netze und Funklöcher kennzeichnen unser Land. Zwar verpflichtete das Onlinezugangsgesetz (OZG) Bund und Länder zur Digitalisierung aller Verwaltungs-Dienstleistungen bis Ende 2022, doch warten wir immer noch auf die vollständige Umsetzung. Zwar gibt es einen „Digitalpakt Bildung“, doch kein Konzept für die digitale Bildung. Zwar ist Hessen Finanzplatz Nummer eins, doch bei FinTechs liegt Hessen abgeschlagen hinter Berlin. Zwar gibt es mittlerweile ein hessisches Digitalisierungsministerium, doch dieses hat zu wenig Aufgaben, zu wenig Einfluss und produziert daher nur wohlfeile Überschriften statt Ergebnisse.

Freier Zugang, Zensurverbot, das Recht auf Anonymität, Datensouveränität, Transparenz, der Schutz digitaler Bürger- und Eigentumsrechte und die Sicherung des digitalen Wettbewerbs sind Grundpfeiler unserer Netzpolitik.

Wir wollen, dass ein digitaler Ruck durch Hessen geht. Wir wollen, dass Hessen am Ende der kommenden Legislaturperiode eine digitale Handschrift trägt, die niemanden im analogen Zeitalter zurücklässt.

Für ein echtes Digitalministerium

Das hessische Digitalministerium ist in Wirklichkeit eine Abteilung „Digitale Strategie“ der Staatskanzlei. Die Freien Demokraten streben insbesondere an, Bereiche, die aktuell Bestandteile des Innenministeriums sind (zum Beispiel IT-Sicherheit, Digitalisierung der Landesverwaltung), in ein echtes Digitalisierungsministerium zu überführen. Ebenso wollen wir dem Digitalministerium die Kompetenz für eine Bildungsplattform übertragen. Es kann aber nur in Teilen einem klassischen Ministerium mit zahlreichen Fachabteilungen entsprechen. Vielmehr wäre es eine stärker projektorientierte Organisation mit agilen nachgelagerten Innovationslaboren und Digital Hubs. So wollen wir Digitalisierung in Hessen einen neuen Schub geben. Wir fordern, dass die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD), mit 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die operative Leitstelle der Digitalisierung, an das Digitalisierungsministerium angegliedert wird.

Außerdem soll die zentrale Steuerung der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und des Projektes „Digitale Modellbehörde (DMB)“ im Verantwortungsbereich des Digitalministeriums liegen. Die Steuerung des Recruitings und der Weiterbildung von digitalen Fachkräften der Landesverwaltung soll durch das Digitalministerium erfolgen.

Zudem soll die Anpassung der Besoldungsstrukturen und des Dienstrechtes an die digitale Welt im Einvernehmen mit dem Innenministerium geschehen. Das Digitalministerium soll Verantwortung für die Steuerungsgruppe „digitale Verwaltung Hessen“ haben, um gemeinsam mit Betrieben wie der ekom21 und anderen IT-Dienstleistern im kommunalen Bereich die digitale Welt auch in den kommunalen Verwaltungen durchzusetzen, unter anderem durch Erlasse und Richtlinien (im Einvernehmen mit dem Innenministerium).

Es soll eine gemeinsame Plattform (Ökosystem) „Öffentlicher Sektor“ für private Anbieter und Dienstleister etabliert werden. Zudem soll ein „E-Government-Inkubator“ in Digitalisierung eingerichtet werden, um neue Ideen für die Verwaltungsmodernisierung zu generieren und zu testen.

Digitale Infrastruktur

Die Straße in die Zukunft transportiert Daten, nicht mehr nur Güter und Menschen. Ähnlich wie Investitionen in eine tragfähige Infrastruktur im analogen Raum jahrelang nicht im notwendigen Ausmaß stattfanden, wurde der Aufbau einer zeitgemäßen, zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur vernachlässigt – gerade auch im ländlichen Raum.

Als Freie Demokraten setzen wir dabei auf die Kraft des marktgetriebenen Glasfaserausbaus. Nur dort, wo auf absehbare Zeit keine Potenziale für den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau bestehen, wollen wir mit staatlichen Mitteln unterstützen. Dazu sollen „Gigabit-Gutscheine“ ausgegeben werden, die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie soziokulturelle Einrichtungen für den Ausbau eines gigabitfähigen Glasfaseranschlusses einsetzen können. Der Gutschein deckt einen Teil der Kosten ab und stellt eine Förderung der Interessen statt der Anbieter dar. Gutscheine erleichtern den Menschen und Unternehmen den Umstieg und erhöhen die Nachfrage nach Glasfaser. Ein Gutschein-System ist zudem unbürokratisch und

kosteneffizient. Nicht ohne Grund setzen Länder wie Großbritannien und Griechenland Gigabit-Gutscheine bereits erfolgreich ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Angebot von Open Access (Zugang zur bestehenden Glasfaser zu einem marktüblichen Preis) von allen Marktteilnehmern genutzt wird. So wird volkswirtschaftlich sinnloser Doppelausbau verhindert und der Glasfaserausbau schnell in die Fläche getragen.

Am Ende der kommenden Legislaturperiode müssen Bürgerinnen und Bürger an jedem Ort in Hessen Zugriff auf leistungsfähige Glasfaser- und 5G-Netze haben. Die begonnenen Schritte zum Abbau unnützer bürokratischer Hürden im Planungsrecht wollen wir fortsetzen, um den Netzausbau zu beschleunigen und mehr eigenwirtschaftlichen Ausbau zu erreichen. Dazu wollen wir alternative Verlegungsmethoden erleichtern und dafür sorgen, dass die Verlegung von Leerrohren sowie die Mitverlegung bei anderen Infrastrukturprojekten akzeptiert und zugelassen werden.

Um den Ausbau der Mobilfunknetze zu verbessern, setzen wir uns für eine Förderung der Open-RAN-Technologie ein, die nicht nur Kosten spart, sondern durch den Austausch von Softwarekomponenten ermöglicht, alte Masten für neue Mobilfunktechnologien zu nutzen. OpenRAN ist damit ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Wir unterstützen zudem privatwirtschaftliche Anstrengungen zur Etablierung des nationalen Roamings. Wir ziehen es vor, Anreize für diesen Weg zu schaffen, um Mobilfunkbetreibern weitere Investitionsanreize zu bieten. Die Erörterung alternativer Frequenzvergabeverfahren durch den Bundesrat unterstützen wir ausdrücklich. Wir fordern eine Genehmigungsfiktion, nach der nach einer bestimmten Zeit nicht genehmigte Mobilfunkanlagen als genehmigt gelten. Antrags- und Genehmigungsverfahren wollen wir konsequent digitalisieren.

Die vielfältigen Anwendungsszenarien des Internets der Dinge (IoT) bieten ein enormes Potenzial für die Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen. So können vernetzte Sensoren im öffentlichen Raum zahlreiche Probleme lösen (z. B. Verkehrs- und Parkplatzmanagement, die Überwachung von Luft- und Gewässerqualität sowie intelligente Beleuchtung und Abfallsammlung). Die dafür erforderliche Kommunikationsinfrastruktur, die es ermög-

licht, Daten sicher und energieeffizient über große Strecken hinweg zu übertragen, wollen wir fördern (z. B. durch das LoRaWAN-Netzwerkprotokoll). Die Freien Demokraten wollen Hessen zum Musterland dieser Technologie machen.

Um smarte Anwendungen des Internets der Dinge in die Fläche zu bringen, wollen wir ein Best-Practice-Netzwerk schaffen, in dem Kommunen und Kommunalverbände Anregungen erfolgreicher Projekte sowie Beratung zur Anpassung und Umsetzung eigener Maßnahmen erhalten können. Ziel ist es, die Qualität staatlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen mithilfe vernetzter Infrastruktur durch die Erhebung hochwertiger Daten stetig verbessern zu können. Die Anforderungen an drahtlose Kommunikationsnetze steigen stetig. Während alle noch von 5G reden, sollten wir 6G stärker in den Vordergrund stellen. Es ist zu erwarten, dass 5G seine Kapazitätsgrenze um das Jahr 2030 herum erreicht und durch 6G-Technologien abgelöst wird. Weltweit sind erste 6G-Forschungszentren entstanden, zum Beispiel in Oulu (Finnland) und Seoul (Südkorea). Wir fordern ein 6G-Forschungszentrum für Hessen, in welchem Unternehmen und Wissenschaft gemeinsam an den Lösungen von morgen arbeiten und das dazu beiträgt, dass 6G-Schlüsseltechnologien auch in Hessen entwickelt werden. Die neue Mobilfunkgeneration bietet ein großes Wertschöpfungspotenzial, von dem auch hessische Unternehmen und Forschungseinrichtungen profitieren können.

Digitale Identitäten

Jede Bürgerin und jeder Bürger in Hessen soll von der Zuteilung einer digitalen Identität (eID) profitieren können, um Zahlungen im Handel, eHealth-Anwendungen wie die Gesundheitskarte und das elektronische Rezept sowie Verträge im Online-Handel mit einer eID einfach abzuwickeln. Die eID sollte dem höchsten europäischen Datenschutzniveau entsprechen und unter der persönlichen Datenhoheit des einzelnen Bürgers stehen. Jeder soll jederzeit selbst entscheiden können, welche Daten er freigibt und welche geheim bleiben.

So werden digitale Dienste für alle einfacher, und die Datenhoheit bleibt beim Einzelnen. Die digitale Identität soll der Ausgangspunkt für alle Dienstleistungen der hessischen Landes- und Kommunalver-

waltung sein, damit niemand auf einen Termin im Einwohnermeldeamt warten muss.

smartHessen

Die Freien Demokraten in Hessen streben eine stärkere Vernetzung aller Verwaltungsebenen an. Ziel ist es, ein smartHessen aufzubauen, das die Grundkomponenten der bestehenden smartRegions und smartCities bündelt und vernetzt.

Dazu ist es notwendig, den Status quo in einem zweijährigen smartHessen-Report zu dokumentieren, in dem die Fortschritte des Landes und der Kreise, Städte und Kommunen festgehalten werden. Hessen strebt an, dass seine Städte in den smartCity-Indices, wie bspw. Bitkom-Index, vordere Plätze einnehmen.

Eine moderne Verwaltung unterscheidet sich von der klassischen Verwaltung (Government) dadurch, dass sie alle Stakeholder einbindet. Dazu ist eine Beteiligung der Bürger, der Wirtschaft, Verbände und Vereine usw. notwendig.

Digitale Bürgerbeteiligung (E-Participation)

Die FDP strebt eine stärkere Bürgerbeteiligung in der Politik an. Dazu ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Gerade durch die Digitalisierung ergeben sich neue Möglichkeiten einer E-Participation, die klassische Beteiligungsverfahren erheblich erweitert. In diesem Zusammenhang sind auch Formen von E-Voting zu ermöglichen.

Digitale Verwaltung (E-Government)

Noch immer müssen Beamtinnen und Beamte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viele Aufgaben analog erledigen, weil digitale Vorzeigeprojekte wie die elektronische Akte in der Justiz oder ganz allgemein die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen auch im Backend den Ansprüchen und der Zeit hinterherhinken und in der Zwischenzeit Steuergelder verbrennen. Die digitale Verwaltung muss Vorreiterin und Taktgeberin sein, um das schnelle Tempo der Veränderung gestalten zu können. Eine gut ausgestattete, digitalisierte Verwaltung muss attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitsbedingun-

gen haben, um Fachkräfte für sich begeistern zu können.

Ein Staat, der digitalisieren will, muss auch selbst digital arbeiten. Das gilt sowohl für die Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern (Citizen to Government), für die Interaktionen mit Unternehmen (Business to Government) und für die Interaktion mit Vereinen und Verbänden (NPO/NGO to Government). Es gilt auch für die Interaktionen innerhalb der Verwaltungshierarchien (Government to Government) als auch für die interne Arbeit. Ohne eine Beschleunigung der digitalen Transformation in der Verwaltung besteht die Gefahr, dass die öffentlichen Verwaltungen zur Innovationsbremse werden. Dass die hessische Landesverwaltung digitale Dienste auf einem Verwaltungsportal anbietet, ist wenigen Menschen bekannt – noch weniger nutzen dieses Angebot. Dass die Nutzerzahlen so gering sind, liegt leider häufig auch an fehlender Benutzerfreundlichkeit und mangelhafter Berücksichtigung der Benutzererfahrung.

Die Beantragung einer öffentlichen Leistung sollte nicht komplexer gestaltet sein als die Bestellungen bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen. Die Umsetzung des Once-Only-Prinzips oder die Entwicklungen bei Non-Stop-Verwaltungen tragen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltungen bei.

Auch mit der vollständigen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG 1.0) ist die Digitalisierung nicht abgeschlossen. Die bloße Digitalisierung der Schnittstelle Bürger – Verwaltung (Frontend) greift zu kurz, da die Effizienz der Verwaltung nicht gesteigert wird und die Unzufriedenheit sogar noch zunehmen kann. Vielmehr muss auch der Bereich des Backends digitalisiert werden, wobei eine schlichte Umsetzung analoger Prozesse fahrlässig wäre.

Das EfA (Einer für Alle)-Prinzip und die Entwicklung standardisierter Verwaltungsprozesse ist ein wichtiger Teilschritt in die richtige Richtung, diese müssen aber auf die spezifischen kommunalen Gegebenheiten angepasst werden. Dafür brauchen die Kommunen zweckgebundene Fördermittel, die sie frei vergeben können.

Für die digitale Transformation ist es wichtig, die Kommunen von Aufgaben zu entlasten, die nicht originär deren Aufgaben sind. Insofern unterstützen

die Liberalen die Dresdner Forderungen des IT-Planungsrates.

Wie die teure Verzögerung bei der elektronischen Akte in der Justiz zeigt, ist es bis zur volldigitalisierten, papierlosen Verwaltung noch ein weiter Weg. Wir wollen dieses Ziel bis 2028 erreicht haben. Wir wollen einen Kulturwandel vollziehen, der dazu beiträgt, dass die hessische Landesverwaltung eine attraktive, konkurrenzfähige Arbeitgeberin bleibt. Deshalb müssen im Zuge der Digitalisierung alle Arbeitsschritte mit Blick auf Vereinfachungen und Synergien auf den Prüfstand. Ein weiterer Schritt zur papierlosen Verwaltung ist die kritische Prüfung von Schriftformerfordernissen in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie eine Verpflichtung aller staatlichen Stellen zur Führung elektronischer Akten.

Wir bekennen uns weiterhin zur Offenheit von Daten und Standards. Daher wollen wir ein echtes Open-Data-Gesetz zu einem Transparenzgesetz mit aktiver Veröffentlichungspflicht nach dem Hamburger Modell weiterentwickeln. Öffentliche Digitalisierungsprojekte sollen, sofern keine Sicherheitsinteressen entgegenstehen, nach dem Open-Source-Prinzip entwickelt werden. Nicht personenbezogene oder entsprechend anonymisierte und pseudonymisierte Daten der Verwaltung sollen frei zur Verfügung gestellt werden, um größtmögliche Informationsfreiheit zu gewährleisten. Wir erkennen zudem die innovationsfördernde Wirkung offener Daten an.

Eine digitale Verwaltung benötigt neue Arbeitsbedingungen. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten für Beschäftigte in der Landesverwaltung. Elemente der New-Work-Philosophie tragen einem dadurch veränderten Platzbedarf Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, offene Bürokonzepte, flexible Arbeitsplätze und eine Kombination aus Einzel- und Gemeinschaftsarbeitsplätzen zu etablieren. Dabei streben wir eine weitere Verstärkung der länderübergreifenden Zusammenarbeit an, damit es nicht zu 16 Insellösungen in Deutschland kommt.

Als Politik setzen wir Ziele und Standards für Sicherheit, Datenschutz und Kompatibilität mit anderer Verwaltungssoftware. Die besten und günstigsten Lösungen liefert dann aber der Markt gegebenenfalls mit bestehenden Technologien.

Die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung und ekom21 sollen dabei bestehen bleiben, Ausschreibungen koordinieren und Standards wahren. Privatwirtschaftliche Unternehmen sollen aber unter fairen Bedingungen mit den staatlichen Anbietern in Wettbewerb treten können.

SmartEducation – lebenslang digital lernen: Wer digital bilden will, braucht digitale Ausstattung

Jede Schülerin und jeder Schüler muss ein angemessenes digitales Endgerät nutzen können, um an allen Unterrichtsformen teilnehmen zu können. Wir wollen dafür ein Konzept entwickeln, das „Bring your own device“ mit einem ausreichend großen Pool an Leihgeräten verknüpft. Damit schonen wir Ressourcen und tragen der Tatsache Rechnung, dass das Lernen am eigenen Gerät nachhaltiger und weniger problembehaftet ist. Um den Leihgerätepool, die Geräte der Lehrkräfte und die Serverinfrastrukturen zu warten, werden wir zudem ein nachhaltiges IT-Supportkonzept entwickeln und hierfür jeder Schule ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen. Da Schulen die eigenen Bedürfnisse am besten kennen, wollen wir langfristig die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen im Bereich der digitalen Bildung flexibel einsetzen können.

Neben Hardware gehört zur Ausstattung auch Software. Die Bildungsplattform des Landes steckt noch in den Kinderschuhen. Sie sollte anwenderfreundlich sein und alle notwendigen Funktionen und Anwendungen (auch Zeugnisse) unter einem Dach vereinen, um Schülern ein möglichst unkompliziertes, einheitliches System zu ermöglichen. Mithilfe von KI erhalten die Lehrer Hilfe bei der individuellen Unterstützung der Schüler. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen Schulbücher komplett durch digitale Lernmittel ersetzt sein.

Informatik: kein Pilotprojekt, sondern Standard für die Zukunft

IT und Coding sollten ein Pflichtfach an den Schulen werden. Das mutlose Pilotprojekt „Digitale Welt“ wird abgeschafft.

Einsatz Künstlicher Intelligenz verbessert unsere Bildung

Die Bedeutung Künstlicher Intelligenz nimmt in verschiedenen Lebensbereichen immer weiter zu. Auch in der Bildung bergen lernende Systeme großes Potenzial. Von der Bildungsverwaltung über die Klassenorganisation bis hin zur individuellen Förderung der einzelnen Schülerin beziehungsweise des einzelnen Schülers – Künstliche Intelligenz hat in der digitalen Bildung viele Einsatzbereiche. Daher wollen wir einen Einsatzrahmen für die Künstliche Intelligenz erstellen, der alle Einsatzbereiche vor dem Hintergrund technischer, datenschutzrechtlicher und ethischer Aspekte umfassend beleuchtet. Wir werden KI-Innovationsschulen schaffen, um Erfahrung mit dem Einsatz KI-gestützter Anwendungen zu sammeln und daraus einen Pool KI-gestützter Anwendungen einzurichten, die den Kriterien des Einsatzrahmens entsprechen.

Lehrkräfteaus- und -weiterbildung umfassend digitalisieren

Es muss sichergestellt sein, dass angehende Lehrkräfte die Hochschule mit digitalen Kompetenzen verlassen. Gleichwohl müssen diese Kompetenzen über die Berufslaufbahn hinweg permanent aufgefrischt und vertieft werden. Deshalb soll ein Kern an zu vermittelnden digitalen Grundkompetenzen entwickelt werden, der alle Teilbereiche der Lehrkräftebildung abdeckt, und durch ein umfassendes Fortbildungsangebot ergänzt werden. Darin sollen die in den ersten Phasen erworbenen Grundkenntnisse vertieft werden, Anwendungen der Künstlichen Intelligenz eingeführt und unterschiedliche Ausgangspunkte berücksichtigt werden. Die umfassende Bildungsplattform soll auch für Weiterbildungsangebote zur Verfügung stehen, um auch mit hybriden und self-paced-Formaten arbeiten zu können. Der Stand der digitalen Kompetenzen bei Lehrkräften soll im Rahmen einer Studie regelmäßig untersucht werden, um darauf aufbauend weitere Handlungsempfehlungen für Aus- und Fortbildung ableiten zu können.

Um den Stand der digitalen Bildung regelmäßig zu evaluieren und die rasanten Entwicklungen weiter im Blick zu behalten, werden wir einen Expertenrat Digitale Bildung einsetzen, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Schüler- und Elternschaft, der Lehrkräfte, den Schulträgern und wissenschaft-

lichen Expertinnen und Experten in regelmäßig wechselnder Besetzung konstituiert. Aufgabe des Expertenrates wird es sein, Empfehlungen für Anpassungen zu geben und die datengestützte Schulentwicklung umzusetzen, die die Ziele der Chancengerechtigkeit, des Wohlbefindens der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und eines hohen Leistungsniveaus verfolgt.

Gaming

Die Gaming-Industrie hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftszweig innerhalb der Kreativwirtschaft entwickelt, und gerade in der Region Frankfurt-Rhein-Main sind die größten Softwareunternehmen dieses Sektors angesiedelt. Daher kommt dieser Branche eine besondere Bedeutung zu.

Wir sind auch dafür, eine Gaming-Messe in Hessen vorzugsweise wegen der dort bereits ansässigen Industrie in Frankfurt zu installieren, damit Frankfurt für Hessen eine besondere Bedeutung für diese wichtige Branche bekommt. Veranstaltungen dieser Art im Frankfurter Waldstadion mit mehr als 55.000 Zuschauerinnen und Zuschauern hatten in der Vergangenheit eine sehr große Wirkung und zogen viele begeisterte Zuschauer an.

Hessen und hier insbesondere Frankfurt wäre dazu der ideale Standort für Deutschlands Gaming-Industrie und eSports-Vereine.

smartEconomy – Digitalisierung der Wirtschaft: mit einem Gründungsjahrzehnt aus der Krise kommen

Die durch den Krieg ausgelöste Krisenstimmung ist natürlich vornehmlich in externen Faktoren begründet und dennoch kann es uns nur mit eigenem Antrieb gelingen, die Krise zu überwinden. Wir müssen daher eine neue Phase für Gründungen in Hessen einleiten, Hessen zum Gründungszugpferd in Deutschland machen. Dazu müssen schon junge Menschen mit den Themen Gründung und Innovation in Verbindung gebracht werden. Ökonomische Bildung findet in der Schule zu wenig statt, bestehende Risikoaffinität von Schülerinnen und Schülern wird zu wenig gefördert. In der Lehrkräfteausbildung müssen diese Themen stärker berücksichtigt und dazu gegebenenfalls auch externe Expertise herangezogen werden. Um Gründer auch

im ländlichen Raum stärker zu verankern, wollen wir regionale Innovations- und Gründungszentren schaffen. Um ausgewählte Zentren wollen wir Regulatory Sandboxes einrichten, um in Reallaboren die Erprobung besonders innovativer Ansätze zu fördern.

Digitale Wirtschaft für nachhaltigen Erfolg fit machen

Zur Förderung der Digitalwirtschaft wird die Bedeutung von Rechenzentren immer größer, um den enormen Bedarf an Datenkapazität zu bewältigen. Wir setzen uns dafür ein, den Internetknoten DE-CIX in Frankfurt zu stärken und eine Rechenzentrumsinfrastruktur um ihn herum aufzubauen. Dies ist die Basis für Cloudcomputing, Big Data, Blockchain-Projekte, vernetzte Industrie und Mobilität. Hessen soll nicht nur der Internetknoten Europas, sondern auch das Rechenzentrum Deutschlands werden. Der Neubau von Rechenzentren soll künftig über die Landesentwicklungsplanung gesteuert werden. Kommunen, Energieversorger und Betreiber müssen Konzepte vorlegen, um die enormen Mengen an Abwärme zu nutzen, die in Rechenzentren abgegeben werden.

Einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Erfolg hessischer Unternehmerinnen und Unternehmer leistet das Vertrauen von Kundinnen und Kunden in die Sicherheit ihrer Daten. Das gilt in der digitalen Welt sowohl für digitale Produkte und Dienstleistungen als auch für konventionelle Unternehmen. Wir wollen daher das Hessische Datenschutzsiegel einrichten, mit dem Unternehmen ihr gesetzeskonformes Datenschutzniveau sowie regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen nachweisen können.

Auf diese Daten können Sie bauen – digitales Bauwesen für weniger Bürokratie

In Zeiten massiven Wohnraumbedarfs, der durch die steigende Lebenserwartung und den wachsenden Fachkräftebedarf absehbar nicht sinken wird, darf insbesondere der Bau von Wohnimmobilien nicht durch unnötige Bürokratie und fehlende Digitalisierung aufgehalten werden. Architektinnen und Architekten, die Gewerke sowie Bauherren profitieren von einem umfassenden Digitalisierungspaket in der Planung. Dazu bedarf es zunächst einer umfassenden Umsetzung des Building Information

Modellings (BIM). Darauf basierend sollen Antragstellende künftig standardmäßig Gebäudeinformationsmodelle statt Planunterlagen in einem digitalen System einreichen. Dieses wird durch den Einsatz der digitalen Bauakte und ein somit vollständiges digitales Genehmigungsverfahren ergänzt sowie mit der Digitalisierung des Katasters unterstützt. Die Umsetzung von Building Information Modelling stellt für kleine und mittelständische Unternehmen eine Herausforderung dar. Um diese zu unterstützen, werden wir die regionalen Innovations- und Gründungszentren auch zur Vermittlung relevanter Kenntnisse einsetzen und den Einsatz fördern.

Um den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu fördern, werden der Einbau von Glasfaserkabeln und die Installation von Mobilfunkmasten in öffentlich geförderten Bau- und Sanierungsprojekten bei Eignung und sofern zweckmäßig und vereinbar mit dem Denkmalschutz verpflichtend. Mit einer Kampagne und der Unterstützung der Netzbetreiber wollen wir Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer vom Ausbau im Rahmen von Straßenbauprojekten überzeugen, um die Quote der angeschlossenen Häuser zu steigern.

Digitale Schlüsseltechnologien

Zur Digitalisierung gehört nicht nur, analoge Prozesse in die digitale Welt zu bringen. Digitale Prozesse sollen lernend,entwicklungsfähig und intuitiv sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen bisherige Prozesse aufgebrochen und neu gedacht werden sowie neue Lösungen und Systeme gefunden werden, die Aufgaben in neuen Konstellationen bewältigen können. Die Förderung der Erforschung digitaler Schlüsseltechnologien sowohl in der Grundlagen- als auch in der Anwendungsforschung ist ein wichtiger Baustein in der digitalen Transformation, den wir in den Mittelpunkt stellen müssen. Dazu gehört neben Künstlicher Intelligenz auch, Pionierarbeit bei neuen Funktechnologien zu leisten.

Digitalisierung im ländlichen Raum: Smart Farming für die Landwirtschaft von morgen

Ein umfassendes, anwenderfreundliches Agrarportal wird die neue digitale Heimat der Landwirtinnen und Landwirte in Hessen. Hier werden öffentliche Sensor- und Geodaten mit selbst erfassten

Daten aus Drohnenflügen oder Sensoren in den Wirtschaftsgebäuden kombiniert und, sofern gewünscht, Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt. Sowohl das Wetter als auch Bodenbeschaffenheiten und umfangreiches Kartenmaterial ergänzen das Angebot. Auch eine einfache Antragstellung für Förderung oder Ausbau soll auf diesem Portal möglich sein. Damit sollen betriebliche Abläufe erleichtert und manuelle Arbeitsschritte reduziert werden. Durch Experimentierfelder und Farm Innovation Hubs wollen wir die Landwirtschaft von morgen erproben und in die Fläche bringen.

Um Abwanderung zu verhindern und Spezialisierung zu erleichtern, wollen wir mehr Weiterbildungsangebote in die Fläche bringen und dazu die digitale Lehre stärken. In einschlägigen Ausbildungsberufen werden wir die mit der digitalen Transformation verbundenen Wandlungsprozesse besser berücksichtigen.

Digitale Nahversorgung für einen lebenswerten ländlichen Raum

Der Begriff „On Demand“ ist im ländlichen Raum nicht nur im Bereich Verkehr in aller Munde. Wenn wir auch zukünftig gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen haben wollen, dann müssen wir auch in der Gesundheitsversorgung, bei der Sicherheit, in Bildung und Handel digitale On-Demand-Angebote fördern und schaffen. Neben der lückenlosen infrastrukturellen Anbindung ist dieser Faktor zentral, um den ländlichen Raum in Zeiten mobiler Arbeit und hoher Wohnkosten in Metropolregionen als attraktive Alternative für junge Familien zu erhalten. Dazu gehören der Aufbau digitaler Plattformen, die Kunden, Anbieter und Erzeuger regionaler Produkte und Dienstleistungen miteinander vernetzen, autonom fahrende, vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV mit bedarfsgerechten Takten und Kapazitäten sowie die verstärkte Nutzung telemedizinischer Angebote.

Digitalen Strukturwandel gestalten statt geschehen lassen

Der digitale Strukturwandel wird im ländlichen Raum zu enormen Umwälzungsprozessen führen. Wir wollen Gemeinden bei der Entwicklung und Umsetzung digitaler Strategien unterstützen. Wir wollen Entscheidungsträger und Beschäftigte schulen, indem wir einen digitalen Best-Practice-

Atlas einrichten und Entscheidungsträgern regelmäßige Netzwerktreffen ermöglichen. Wir wollen zudem eine wissenschaftliche Begleitung und dazu auch die durch Smart City/Smart Region-Sensoren erhobenen Daten auswerten. Mit nach offenen Standards entwickelten Softwarelösungen für die Digitalisierung des ländlichen Raums wollen wir für kontinuierliche Anschluss- und Entwicklungsfähigkeit sorgen.

Smart mobility als Digitalisierung im Verkehrssektor: digitale Angebote im ÖPNV

Die Individualisierung der Verkehrsbedürfnisse hat mit dem Aufkommen digitaler Angebote deutlich zugenommen. Private Anbieter strömen auf den Markt und decken damit vor allem das lukrative Segment der Innenstädte ab. Doch auch in Randgebieten der Metropolregionen und im ländlichen Raum herrscht ein Bedürfnis nach einem qualitativ hochwertigen ÖPNV-Angebot, das über den einen Bus am Tag hinausgeht. Die Bereitstellung integrierter Ride-Sharing-Angebote, On-Demand Ridepooling-Services und auch autonomer ÖPNV-Angebote muss daher insbesondere im ländlichen Raum eine Pflichtaufgabe der Verkehrsverbünde werden. Dabei setzen wir uns für ein einfaches, intuitives Preismodell ein, das auch Reisen über Verbundgrenzen hinaus ermöglicht. Eine Stärkung des On-Demand-Verkehrs ist in Zukunft wünschenswert. Wir erwarten hier eine Flexibilisierung bei den Verkehrsverbänden, um den Bedürfnissen der Hessinnen und Hessen gerecht zu werden. Um auch im Bereich der öffentlichen Verkehre Innovation zu ermöglichen, werden wir uns für einen freien Zugang zu allen ÖPNV-relevanten Daten in standardisierten Formaten einsetzen.

Wir setzen uns für eine stärkere Digitalisierung des öffentlichen Verkehrs ein, um den Vertrieb von Fahrkarten und Fahrpreisen sowie die Abwicklung des Bus- und Bahnverkehrs effizienter zu gestalten und so erhebliche Kosten einzusparen.

Digitale Verkehrsangebote brauchen digitale Infrastruktur

Eine Selbstverständlichkeit ist für uns eine durchgehende und zuverlässige Versorgung mit WLAN und Mobilfunk in allen ÖPNV-Angeboten, sowohl ober- als auch unterirdisch. Auch an Straßen in

Landesverantwortung muss gewährleistet sein, dass unterbrechungsfreie mobile Kommunikation flächendeckend möglich ist. Bei dem Ausbau von Straßen und Schienen muss digitale Infrastruktur absolut prioritär eingeplant werden. Projekte der Schnellen Schiene Hessen müssen so geplant werden, dass auch hier eine nahtlose Mobilfunkversorgung gewährleistet ist. Um für das autonome Fahren vorzubereiten, wollen wir ein 5G-Testfeld einrichten. Die Verkehrs- und Parkraumsteuerung mithilfe von telematischer Sensorik soll flächendeckend auf Straßen in Landesverantwortung umgesetzt werden. Dazu gehören auch digital vernetzte Lichtsignalanlagen und Anwendungen der Car2Infrastructure-Kommunikation. Auch der Einbau von Sensorik, um beschädigte Infrastruktur zu ermitteln, soll erprobt werden. Daten, die aufgrund der Digitalisierung der Verkehrsinfrastruktur durch die öffentliche Hand erhoben werden, sollen in anonymisierter Form ebenfalls offen zur Verfügung stehen.

Digitalisierung in Gesundheitswesen und Sozialbereich: eHealth für eine bessere Versorgung aller Hessen

Wer mit Experten aus dem Gesundheitsbereich spricht, dem wird klar, dass es ein großes Bedürfnis ist, digitale Gesundheitslösungen aus einem Guss anzubieten. Wir wollen Verbundlösungen fördern und die Entwicklung mit offenen Standards voranbringen, um dort Schnittstellen zu schaffen, wo unterschiedliche Interessen und Stakeholder aufeinandertreffen. Die Kompatibilität und die Zugänglichkeit der Angebote mit der Digitalen Identität (eID) der auf verschiedenen Ebenen entwickelten eHealth-Anwendungen ist ein Schlüsselfaktor für die Akzeptanz. Bereits im Medizinstudium, aber auch in Ausbildungscurricula sollen entsprechende Kenntnisse im Umgang mit IT-Systemen, großen Datenmengen, Algorithmen und KI-Anwendungen vermittelt werden. Auch Verschreibung, Dokumentation und Abrechnungen sollen voll digitalisiert werden. Um digitale Anwendungen in die Fläche zu bringen, bedarf es jedoch einer leistungsstarken und unterbrechungsfreien digitalen Infrastruktur. Daher werden wir neben Krankenhäusern auch Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen, therapeutische Praxen und Apotheken bei der Glasfaserversorgung priorisieren.

Auf Seiten der Patientinnen und Patienten wollen wir für die Nutzung verbesserter Selbst- und Tele-

monitoring-Angebote werben. Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum profitieren besonders von digitalen Gesundheitsangeboten.

Auch Krankenkassen sollen die Kommunikation mit den Versicherten komplett digital durchführen können. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden durch die Daten-Freigabe des Robert-Koch-Instituts viele Erkenntnisse gewonnen. Eine freiwillige Lösung zur Freigabe von anonymisierten Gesundheitsdaten unterstützen wir ebenso wie den Aufbau einer Stiftung zur vertrauensvollen Haltung dieser Daten.

Pflege zu Hause durch Innovation erleichtern

Der demografische Wandel und der Mangel an Fachkräften in der Alten-, Kranken- und Behindertenpflege stellen das bisherige System vor eine große Herausforderung. Wir wollen prüfen, inwieweit digitale Elemente im Rahmen der wohnumfeldverbessernden Maßnahmen für die Pflege zu Hause durch die Pflegeversicherung übernommen werden können. Außerdem wollen wir eine Förderung von Robotik schaffen, die für Pflegebedürftige autonom Aufgaben übernimmt, sie bei Routinetätigkeiten unterstützt und zu sozialer Interaktion anregen soll. Für körperlich eingeschränkte Menschen können digitale Assistenzsysteme mehr Selbstbestimmung ermöglichen und damit einen Beitrag zu erheblich mehr Lebensqualität darstellen. Digitale Alltagshelfer und Assistenzsysteme schaffen zudem mehr Teilhabemöglichkeiten und tragen zum Abbau von Barrieren bei.

Um die speziellen Bedürfnisse in der digitalen Pflege besser berücksichtigen zu können, wollen wir im Handwerk und in der Informatik erweiterte Berufsqualifikationen schaffen. In Kooperation mit Verbänden wollen wir uns zudem für eine Stärkung der anwendungsorientierten Forschung im sozialen Bereich stark machen.

Diskriminierungsfreie Digitalisierung und digitale Barrierefreiheit

Die digitale Transformation darf nicht dazu führen, dass Menschen aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen oder benachteiligt werden. Digitale Lösungen müssen daher barrierefrei gestaltet und für Menschen mit Einschränkungen zugänglich

sein. Die Entwicklung von Algorithmen und deren Verbesserung mit Daten muss diskriminierungsfrei ausgestaltet sein. Der bisherige Fall, dass Systeme der Künstlichen Intelligenz häufig bestehende Diskriminierungen zementieren, muss in öffentlich geförderten Projekten um jeden Preis verhindert werden. Öffentliche Algorithmen sollen daher ebenso öffentlich nachvollziehbar sein, sofern keine Sicherheitsinteressen dem entgegenstehen. In nicht öffentlichen Projekten muss verstärkt für die diskriminierenden Potenziale verzerrter Daten sensibilisiert werden, um auch hier digitale Barrierefreiheit gewährleisten zu können.

Impressum

FDP Hessen
Adolfsallee 11
65185 Wiesbaden
fdp-hessen.de

Freie Demokraten

Hessen **FDP**